# Die polnische Presse im Kampf gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen.

## Fritz Prause.

Die in hohem Maße volkspolitisch ausgerichtete polnische Presse ging nach 1918 bewußt darauf aus, in der polnischen Bevölkerung Vorstellungen über das Deutschtum in der Form von Gefährdungs- und Vergeltungsgedanken zu erzeugen. Das Resultat war ein ständig tiefergreifender Haß gegen die deutsche Volksgruppe in Polen, der letzten Endes in den bekannten Deutschenpogromen (Bromberg, Lowitsch u.a.m.) gipfelte. Diese Untersuchung aus dem Jahre 1940 dokumentiert an Hand zahlreicher Zitate den Willen der polnischen Presse, ein eigenständiges deutsches Volkstum innerhalb der polnischen Grenzen (in die es durch die Bestimmungen von Versailles wider seinen Willen hineingezwungen worden war!) nicht zu dulden. Was uns entgegentritt, ist ein mit absoluter Einheitlichkeit vorgetragener Presseangriff gegen das Deutschtum, der daneben kein anderes Ziel kennt.

Scriptorium dankt Herrn F. Z.
für seine großzügige Spende dieses Buches
zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!

Die polnische Presse
im Kampf gegen
die deutsche Volksgruppe
in Posen und Westpreußen

**Fritz Prause**

**Zeitung und Leben. Schriftenreihe, herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Karl d'Ester, Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaft an der Universität München. Band 89.**

Konrad Triltsch Verlag, Würzburg-Aumühle © 1940. Diese digitalisierte Version © 2012 by The Scriptorium.

**A. Die polnische Volksmeinung über das Deutschtum**

**B. Die polnische Volkstumsfront und der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen**

**I. Frühere und heutige Träger der Volkstumsfront**

**a) Die polnische Volkstumsfront in der Zeit der preußischen Verwaltung**

**1. Der polnische Klerus.**

**2. Die städtische Intelligenz und das Bauerntum**

**b) Die Nationaldemokratie**

**c) Kampfverbände und Propagandainstitute.**

**1. Der polnische Westverband**

**II. Der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe seit 1918**

**a) Einführung**

**b) Ausgangsstellung und Ziel des polnischen Presseangriffs**

**c) Merkmale des Presseangriffs**

**d) Die Angriffspunkte:**

**1. Das Heimatrecht der Deutschen**

**2. Der deutsche Bodenbesitz und das deutsche Wirtschaftsleben**

**3. Die deutschen kulturellen Einrichtungen und Kulturwerte**

**4. Die Organisation des Deutschtums**

**C. Schlußbetrachtung**

**D. Literatur-Verzeichnis**

[1]

# A. Die polnische Volksmeinung über das Deutschtum

Die deutsch-polnische Volkstumsfrage als stärkstes Gefahrenmoment für das deutsch-polnische Verhältnis. - Die Deutschfeindlichkeit des Polentums in Posen und Westpreußen. - Der Nährboden für das polnische Mißtrauen gegen das Deutschtum.

Nach dem Weltkrieg schien es in Europa keine Grenze zu geben, die so sehr den Wünschen der Urheber von Versailles entsprach wie die deutsch-polnische. Zwei Völker, durch geschichtliche Erinnerungen und die Brutalität der Grenzziehung aufeinander gehetzt, standen sich in Feindschaft erstarrt gegenüber. Nirgendwo zeigte sich ein Ansatzpunkt zu einem Ausgleich der Gegensätze. Im Gegenteil! Die Entwicklung der nächsten Jahre brachte eine Folge von Grenzstreitigkeiten und Wirtschaftskämpfen, wobei sich bei Staatsführung und öffentlicher Meinung Polens eine vollkommene Einheit im Haß gegen das Deutschtum schlechthin zeigte. Während die polnische Anmaßung von Jahr zu Jahr stieg und zu offenen Drohungen gegen Ostpreußen und Danzig überging, beschränkten sich die Vertreter des Deutschen Reiches auf schwächliche Proteste und die mühsame Verteidigung der deutschen Position.

Als die Ursache der größten Spannungen und damit als stärkster Schatten für das deutsch-polnische Verhältnis erwies sich von Anfang an das Problem der deutschen Volksgruppe in Polen. Diese Tatsache konnte nicht verwunderlich erscheinen. Denn die Auseinandersetzung zwischen deutschem und polnischem Volkstum besteht nicht erst seit 1918. Sie war das wesentliche Kennzeichen des Kampfes der Polen der preußischen Provinzen gegen die Regierung in der Zeit der polnischen Staatenlosigkeit gewesen. Der augenscheinlichste Grund dafür ist in der engen Verzahnung und Verklammerung deutschen und polnischen Volkstums zu sehen, die eine scharfe Scheidung der beiden Volkskörper durch staatliche Abgrenzungen unmöglich machen. Die Folge davon war stets das Vorhandensein kleinerer und größerer deutscher Volkssplitter im Vorfeld der deutschen Ostgrenze, (so im Umkreis von Warschau, im Lodzer Gebiet, in Wolhynien, um nur einige dieser deutschen Kolonien, die, nur teilweise in der Stärke verändert, heute wie in der Vorkriegszeit bestehen, zu nennen). Dieser Zustand hat durch die gewaltsame Abtrennung großer rein oder überwiegend deutscher Gebietsteile eine bedeutende Verschärfung erfah- [2] ren. Voller Rücksichtslosigkeit gegenüber der nationalen Überzeugung seiner Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit, unbekümmert von dem Leid und den Tränen vieler hunderttausend deutscher Männer, Frauen und Kinder ging der polnische Staat mit dem Tage seiner Geburt daran, die deutsche Volksgruppe seinem

eigenen Volkskörper einzuschmelzen, d. h. zu polonisieren oder, im Falle der Aussichtslosigkeit dieses Bemühens, die gewaltsame Entfernung der Deutschen von Arbeitsplatz und Scholle zu betreiben. Das Ergebnis dieser Entnationalisierungspolitik liegt uns vor. Während bis zum Ende des Weltkrieges fast 3 Millionen deutsche Menschen in den ehemaligen polnischen Teilgebieten leben, sinkt diese Zahl bis heute auf 1 200 000 herab - ein wahrhaft erschütternder Beweis für die Wirksamkeit des polnischen Vernichtungswillens gegen die deutsche Volksgruppe.

Während die polnische Propaganda die antideutschen Maßnahmen mit einem ununterbrochenen Verleumdungsfeldzug begleitete, breitete sich auf der deutschen Seite ob dieser Handlungsweise eine begreiflich wachsende Erbitterung aus, die mehr und mehr Allgemeingut des ganzen Volkes wurde. Kleinste Anlässe genügten, um spaltenlange Ausbrüche der Empörung in den Zeitungen beider Lager hervorzurufen. Alle Voraussetzungen für eine Besserung der nachbarlichen Beziehungen schienen ausgeschaltet zu sein.

Mit dem Beginn der nationalsozialistischen Erhebung stieg die politische Haßwelle gegen Deutschland noch an. Spätere Betrachter haben mit Recht die deutsch-polnischen Beziehungen jener Zeit den "Neuralgischen Punkt Europas" genannt.

Umso überraschender kam daher die Lösung durch das deutsch-polnische Abkommen vom 26. 1. 1934. Sein Inhalt ist eine einfache Nichtangriffserklärung und enthält die Zusicherung der beiden Vertragspartner, alle Gegensätze auf dem Wege der Aussprache zu regeln.

Nur wenige Weitblickende wußten die Bedeutung der gemeinsamen Tat Adolf Hitlers und des Marschalls Pilsudski abzuschätzen, während die überwiegende Mehrheit dem Abkommen ein kurzes Leben oder zumindest eine minimale Wirksamkeit zusprachen. Denn ungelöst stand weiterhin die Frage nach der national-kulturellen und wirtschaftlichen Existenz der deutschen Volksgruppe in Polen zwischen den Völkern.

Die Leiden und Verfolgungen der Deutschen gingen ungehemmt weiter und die Auslassungen der Presse schränkten wenig oder gar nicht ihre antideutsche Propaganda ein. Genau betrachtet hatten die Polen zu ihren alten antideutschen Parolen einen neuen Anklagepunkt hinzugewonnen: Das Bekenntnis der deutschen Volksgruppenangehörigen zur nationalsozialistischen Weltanschauung. Damit gerieten die Deutschen endgültig in den Verdacht, als Vorhut des deutschen Imperialismus in Polen zu stehen und die Vorbereitungen für eine deutsche Invasion zu treffen. Es begann die neue Kette der Hochverratsprozesse, in deren Verfolg deutsche [3] Menschen unter dem Verdacht der Spionage oder der Geheimbündelei zu schweren Kerkerstrafen verurteilt wurden. Die angebahnte Verständigung von

Volk zu Volk kam dadurch wieder ins Stocken.

Es ist im Laufe der 5 Jahre, während der der deutsch-polnische Kriegsverzichtspakt bestand, einige Male der Versuch gemacht worden, die Scharfmacherstimmung in polnischen Kreisen zu mäßigen und eine bessere Behandlung der deutschen Volksgruppe zu erreichen. Auf dem Wege zu diesen Zielen liegen die deutsch-polnischen Pressebesprechungen, die eine Entgiftung der polnischen Presseäußerungen herbeizuführen suchten, und die Verhandlungen anläßlich des Ablaufs der Genfer Konvention für Oberschlesien. Ungleich wichtiger ist die Volksgruppenvereinbarung vom 5. November 1937. Hier wurde zum ersten Male das Problem der Deutschen in Polen und der Polen im Reich in einer Weise behandelt, die den Kern der Sache traf. In den die Vereinbarung begleitenden Erklärungen wird eingangs festgestellt, die deutsche und die polnische Regierung seien

"übereinstimmend der Überzeugung, daß die Behandlung dieser Minderheiten für die weitere Entwicklung der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von großer Bedeutung ist."

Der Völkische Beobachter vom 6. 11. 1937 kennzeichnet die Lage vor dem Zustandekommen der Vereinbarung folgendermaßen:

"Besonders schienen auf dem Gebiet der Volkstumspolitik natürliche Gegensätze zwischen den beiden Völkern so stark, daß sie jedes positive Verhältnis zwischen dem Reich und Polen unmöglich zu machen drohten. Hoffnungen und konstruktive Ideen, die geäußert wurden, mußten offenbar schon durch die nüchternen Tatsachen eines rücksichtslos durchgeführten Volkstumskampfes zur Illusion werden."

Das Blatt hob an einer anderen Stelle dieser Ausgabe aber auch die Besorgnis polnischer Kreise hervor, nämlich

"daß sich schon zu Ende des letzten Jahres der polnische Außenminister Beck veranlaßt sah, die 'Nervosität' polnischer Blätter zu kritisieren."

Theoretisch schien der Wortlaut der Volksgruppenerklärung alle Voraussetzungen für eine Lösung der Volkstumsfrage und einen Ausgleich der Spannungen zu erfüllen. Jedoch war es augenscheinlich, "daß nun alles auf die praktische Verwirklichung des Abkommens" ankommen würde.

Wie weit aber die Praxis von den Wünschen der deutschen Volksgruppe und den vertraglichen Willensäußerungen entfernt war, beleuchtet die Tatsache, daß bereits am 27. 2. 1939 in Berlin neue Besprechungen mit polnischen Regierungsvertretern angesetzt werden mußten. Der Völkische Beobachter kommentiert diese Nachricht mit dem Hinweis, es habe sich gezeigt, daß die

Minderheitenerklärung nicht die erwartet Erleichterung in der Lage unserer Volksgruppe in Polen gebracht habe [4] und daß ihre Auswirkungen in der Praxis nicht dazu geführt hätten, die Beschwerden verstummen zu lassen.

"Es liegt daher im Interesse beider Länder, über allgemeine Feststellungen hinaus zu wirklichen praktischen Ergebnissen auf dem Gebiete der Minderheitenbehandlung zu gelangen, um dadurch den Zündstoff zu beseitigen, der immer wieder eine Vertiefung des deutsch- polnischen Freundschaftsverhältnisses behindert".1

Es gibt keinen überzeugenderen Beweis für die Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses durch das Volkstumsproblem als diese Kette von Verhandlungen, die immer wieder in die gleiche Sackgasse münden: So sehr die Vertreter Polens eine Sicherstellung der Lebensinteressen der deutschen Volksgruppe versprechen, so wenig läßt die Wirklichkeit erkennen, daß der polnische Staat und das polnische Volk zu einer aufrichtigen Anerkennung und Achtung des eigenständigen Wesens ihrer loyalen deutschen Mitbürger bereit sind. Alles, was von polnischer Seite aus an Gegenargumenten vorgebracht wird, besonders der Hinweis auf die Gefährdung der polnischen Volksgruppenangehörigen in Deutschland, ist - wie wir noch sehen werden - nichts als ein bequemer Vorwand, um ein Recht zur Anwendung sogen. "Gegenmaßnahmen" konstruieren zu können. Das bedeutet aber, daß "der Zündstoff, der immer wieder eine Vertiefung des deutsch-polnischen Freundschaftsverhältnisses behindert", nicht in der Existenz oder in einem angeblichen passiven Widerstand der deutschen Volksgruppe liegt, sondern allein in dem polnischen Willen, das Deutschtum in Polen zu entwurzeln und zu verdrängen.

Getragen wird der polnische Vernichtungswille von einer durchgehend vorhandenen antideutschen Einstellung des polnischen Volkes. An ihrem Vorhandensein ist kein Zweifel (es wird darauf noch später eingegangen), nur ihr Ausmaß ist in den einzelnen Landesteilen Polens verschieden. Die Abstufungen sind durch zwei Umstände bedingt:

durch die Eindrücke des geschichtlichen Erlebnisses der Zeit der Staatslosigkeit,
durch die Auswirkungen der deutsch-polnischen Staats- und Volkstumsgrenze.

Beide Faktoren sind naturgemäß im ehemaligen preußischen Teilgebiet am stärksten wirksam geworden. Was daher die Haltung des Polentums in Posen und Westpreußen kennzeichnet, ist seine einmütige Stellungnahme gegen das Deutschtum, die, in Schattierungen vom latenten Mißtrauen bis zum blindwütigen Haß, im Gegensatz zu den beiden anderen Teilgebieten, hier zu einer wirklichen Volkstumsfront geführt hat.

Es kann an dieser Stelle nicht eine geschichtliche Darstellung der 125 Jahre polnischer Staatslosigkeit gegeben werden, vielmehr soll nur [5] auf die Umstände hingewiesen werden, die die antideutsche Haltung der Polen gefördert haben.

Der Wiener Kongreß von 1815 hatte den Schlußstrich unter die Teilungen Polens gezogen und die Eingliederung der Polen in drei im Wesen von einander völlig verschiedene Staaten bestätigt. Die weitere Entwicklung in den Teilgebieten trug daher, entsprechend den von einander abweichenden Lebensbedingungen, jeweils gesonderte Merkmale. Jedes Teilgebiet hatte seinen eigenen Kampf zu führen, infolgedessen waren auch die Gefühlsreaktionen innerhalb der polnischen Bevölkerung jeweils verschiedene. Sie schwankten lange Zeit in allen drei Teilgebieten von einer strikte durchgeführten Loyalität über absolute Gleichgültigkeit bis zum blinden Haß gegenüber der jeweiligen Staatsgewalt. Das Ende dieser Entwicklung bietet sich folgendermaßen dar:

"Während bei Ausbruch des Weltkrieges das Polentum in den österreichischen und russischen Teilgebieten sich in die beiden Lager der Aktivisten und Passivisten gespaltet hatte, die sich in erbitterter Feindschaft gegenüberstanden, blieben die Polen des preußischen Teilgebiets von diesen Kämpfen völlig verschont; hier gab es nur eine große und geschlossene Front gegen Preußen-Deutschland".2

Wie war das möglich? Hatte nicht die preußische Regierung die Polen in der großzügigsten Weise an den deutschen Kulturwerten teilnehmen lassen! Hatte sich nicht unter ihrer Hand ein blühendes Leben in dem völlig abgewirtschafteten Lande entfaltet, dessen Reichtum das preußische Teilgebiet in einen weiten kulturellen Abstand zu Galizien und Kongreßpolen hob! W. v. Massow gibt in seinem Buch Die Polennot im deutschen Osten darüber einen guten Überblick: In dem national-vielgestaltigen Österreich sei das polnische Volkstum als solches unbehelligt geblieben. Das russische Polen sei nach anfänglichen Freiheiten brutal unterdrückt und in seiner Entwicklung niedergehalten worden. "Preußen jedoch war die einzige unter den herrschenden Mächten, die ihren polnischen Untertanen nicht nur volle Rechte gewährte, sondern auch ernste Arbeit daran setzte, das polnische Volk von seiner politischen Krankheit zu heilen".3

Welch unermüdliche Arbeit hat doch preußische Erziehung an den Polen geleistet! Nur die beiden wichtigsten Maßnahmen sollen herausgegriffen werden: Die Regulierung des bäuerlichen Besitzes und die Einrichtung des Schulwesens. "Die Regulierung des bäuerlichen Besitzes gab dem polnischen Bauern die materielle Grundlage für seine wirtschaftliche Entwicklung, die preußische Volksschule gab ihm das geistige Rüstzeug, das

er brauchte".4

Mit dem wirtschaftlichen und geistigen Aufbau ging ein Wachwerden der nationalen Kräfte Hand in Hand. Damit begann die Tragik der [6] preußischen Polenpolitik: "Das zur Einsicht und politischen Reife gebrachte Polentum mußte sich auf seine völkischen Aufgaben früher oder später besinnen und die neuen Waffen gegen seine Wohltäter kehren".5

Der Kampf Preußens gegen den widerspenstigen polnischen Adel und gegen den aus konfessionellen und nationalen Gründen feindlichen Klerus wurde allmählich zu einem Nationalitätenkampf. Der unheimliche Begleiter dieses Ringens war ein die polnische Volksgruppe mehr und mehr in seine Gewalt ziehender Haß, dessen Heftigkeit ungeachtet der Schwankungen der preußischen Polenpolitik dauernd zunahm. Gerade dafür, daß Preußen die besten Bausteine zur Erneuerung des Polentums geliefert hat, "dafür hassen die Polen Preußen kräftiger als jeden anderen Staat".6

Die willensbestimmte nationale Geschlossenheit ist den Polen in Posen und Westpreußen7 nicht durch irgendein Wunder in den Schoß gefallen, sondern als Frucht eines unerschütterlichen "Glaubens an die eigene Kraft" wie ebenso durch harte nationale Arbeit erworben worden. Worin diese bestand, braucht, da sie bereits in einer umfassenden Literatur ausgiebig dargestellt worden ist, hier nur an den wichtigsten Merkmalen aufgezählt zu werden: Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes, Ausgleichung der Standesunterschiede, Bildung eines bürgerlichen Mittelstandes, Schaffung eines umfassenden Vereins- und Genossenschaftswesens, Heranziehung einer neuen Führerschicht, Erfassung aller Polen durch eine schlagkräftige gegen das Deutschtum gerichtete Propaganda, Erziehung eines neuen polnischen Menschentyps. Wenn diese Zeit von der polnischen Geschichtsschreibung gern als die Epoche der "Volkwerdung" bezeichnet wird, so darf dabei festgestellt werden, daß Preußen-Deutschland dazu die wertvollsten und entscheidenden Beiträge geliefert hat.

Von dem einmal in der Provinz Posen gebildeten nationalen Zentrum mußten starke Impulse auf das gesamte Polentum ausgehen. In der Tat ist dadurch die nationalpolnische unterirdische Arbeit in Kongreßpolen angefeuert worden, während die Galizier im Wesentlichen in der Loyalität zu Habsburg verharrten. Zweifelsohne ist aber auch von diesen beiden Teilgebieten der Volkstumskampf in Preußen mit Anteilnahme verfolgt worden, wobei auch die antideutsche Gefühlsreaktion mitübernommen wurde.

Wurde das Posener Polentum bis zum Ausbruch des Weltkrieges vor allem durch den nationalen Aufbau zum Strahlungszentrum der anti- [7] deutschen Tendenz, so kamen nach 1918 die Antriebe zu dieser ungeschwächt weiterbestehenden Einstellung des polnischen Volkes aus der unvernünftigen

Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen. Der Unterschied gegen früher bestand nur darin, daß nunmehr die Deutschen schutzlos den Verfolgungen der Polen ausgesetzt waren, d. h. daß der Kampf gegen das Deutschtum ein Gegenstand polnischer Staatspolitik geworden war und damit seine Legalisierung erhalten hatte.

Die Polen waren die Herren im Lande geworden und sie handelten danach. Es kann hier kein Bild vom Schicksalsweg der Deutschen in Polen gegeben, jedoch müssen die Beweggründe des polnischen Angriffs klargelegt werden. Der Schwerpunkt des Kampfes liegt in den westlichen Grenzgebieten, Posen-Westpreußen und Oberschlesien. Es geht den Polen dabei nicht nur etwa darum, das Deutschtum besitzlos zu machen, von der Scholle, aus der Wirtschaft und dem Handel zu vertreiben, sondern das Ziel ist: die Deutschen aus den westlichen Grenzgebieten zu verdrängen. Das bedeutet entweder die Ausweisung oder bei weniger nationalgefestigten Personen die Polonisierung der Deutschen. Im Hintergrunde des Problems liegt der Wille, den deutschen Charakter der abgetrennten Gebiete zu beseitigen.

Diese Zielsetzung kennzeichnet zur Genüge, welche Verbissenheit von polnischer Seite aus ins Feld geführt wird. Sie ist aber auch die Veranlassung dazu, daß die Durchführung des Kampfes nicht auf die Westpolen beschränkt geblieben ist, sondern daß nunmehr das ganze Land daran teilnimmt. Eine geschickt arbeitende Propaganda hat allen Polen die Wichtigkeit des Problems klargemacht und den Appell um das notwendige Verständnis mit einer hemmungslosen Agitation gegen das Deutschtum unterstützt. Diese jahrelang ohne jede Einschränkung betriebene regelrechte Greuelpropaganda hat soweit ihren Zweck erreicht, daß es keinen national eingestellten Polen mehr gibt, der nicht von dem Vorhandensein einer deutschen Gefahr überzeugt wäre. Wenn in den Westprovinzen demnach der Deutschenhaß noch einige Grade giftiger ist als im übrigen Polen, so liegt das an den spezifischen Begleiterscheinungen, die der Volkstumskampf mit sich bringt. Das nationale Leben an den Überschneidungsflächen zweier Völker ist ein weit intensiveres als in den gesicherten Bereichen der Mitte. Die national Indifferenten, die als Zwischenschicht zwischen den Völkern ebenfalls aus diesen Grenzbezirken nicht fortzudenken sind, schalten aus unserer Betrachtung aus, da sie nicht Subjekt, sondern allein Objekt der völkischen Auseinandersetzung sind. Jeder einzelne Bekenner zu seinem Volke hat seine Überzeugung hier jeden Augenblick zu vertreten. Er weiß darum auch den Wert seines Volkstums in einem anderen Maße einzuschätzen, jedenfalls höher als seine Volksgenossen in der Reichsmitte, die ihr völkisches Bekenntnis nicht dauernd in Wort und Tat unter Beweis zu stellen haben. Er kennt aber auch seinen Gegner, mit dem er sich täglich Auge in Auge gegenübersteht, von [8] dem ihn alles, was den Inhalt seines nationalen Wesens ausmacht, trennt, und mit dem er in einem ununterbrochenen Kampf um Sprache, Schule, Religion und wirtschaftliche

Existenz liegt. Das Herz eines Volkes schlägt nirgends so stark wie in dem Überschneidungsraum mit einem anderen. Lück schreibt in seinem Werk Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur, daß es sich dabei um ein alle Völker im gleichen Maße angehendes Problem handele. "Wo sie aneinandergrenzen, lieben sie sich nicht nur keineswegs, sondern hegen eine gegenseitige Abneigung. Das ist eine der wenigen Regeln, für die es leider keine Ausnahmen gibt".8

Im Falle der deutsch-polnischen Nachbarschaft gewinnt diese These ein ernsteres Aussehen als anderswo. Hier vereinigen sich so zahlreiche geschichtliche und völkische Belastungen, daß diese zusammen mit der ungeheuer weiten Ausdehnung des völkischen Überschneidungsraumes den deutschen Osten zu der bedeutungsvollsten deutschen Volkstumsfront stempeln. Die verblüffende Wirkung deutschfeindlicher Propagandaaktionen läßt mit Recht auf eine für diese Parolen besonders gute Aufnahmebereitschaft des polnischen Volkes schließen. Um den Kern des von polnischer Seite so stark gefühlsmäßig belasteten nachbarlichen Verhältnisses erkennen zu können, ist es notwendig, näher darauf einzugehen.

Lück hat dieser Frage sein schon oben angegebenes Werk gewidmet und seiner Untersuchung ein erdrückendes Material zugrunde gelegt. Er geht dabei von der das polnische Schrifttum beherrschenden Zwangsvorstellung aus, daß ein natürlicher Haß zwischen Deutschen und Polen bestehe. Die erste Äußerung dieser Art lasse sich im Jahre 1309 nachweisen. Weitere Kennzeichen des deutsch-polnischen Gegensatzes - "antagonizm polsko-niemiecki" ist in der polnischen Literatur fast ein geflügeltes Wort - führt Lück in so großer Zahl an, daß nur die bekanntesten genannt werden können. Zunächst das Sprichwort. Lück sagt, daß keines so berühmt geworden sei, wie das in jeder polnischen Hütte bekannte und ungezählte Male gedruckte, dichterisch, wissenschaftlich und publizistisch verwertete:

"Solange die Welt Welt wird sein,
wird der Deutsche nicht des Polen Bruder sein".
("Jak świat światem, Niemiec Polakowi nie będzie bratem".)9

Lück erläutert hierzu:

"Bismarck erwähnte es in einer Reichstagsrede vom 28. 1. 1886, nachdem darüber vorher im preußischen Landtag der Beuthener Propst Szafranek gesprochen hatte. In seinen Gedanken und Erinnerungen kam er noch- [9] mals darauf zurück. Vor allem aber wurde das Sprichwort im polnischen patriotischen Schrifttum der Nachteilungszeit immer wieder verwertet".10

Und dann das zweite Zeugnis, die "Rota" (Der Eid), 1908 entstanden, später

das Kampflied der Pilsudski-Legionen, von dem Lück schreibt, daß keine Dichtung eine so große Volkstümlichkeit erlangt habe wie sie. Es soll hier nur die letzte der drei Strophen folgen, die selbst in polnischen Kreisen als für die polnische Nation entwürdigend empfunden wird:

"Nicht mehr wird der Deutsche uns spei'n ins Gesicht,
die Kinder uns nicht germanisieren.
Bald kommt der Waffen ehernes Gericht,
der Geist wird uns anführen.
Blitzt nur der Freiheit goldnes Horn - zur Wehr!
Dazu verhelf uns Gott der Herr".11

Es muß hinzugefügt werden, daß die "Rota" nicht etwa ein beliebiges Kampflied ist, sondern in Polen als eine Art Nationalhymne gilt und besonders von der Jugend gesungen wird.

Das Material, das Lück vorbringt, setzt sich aus Sprichwörtern, Volksliedern, Witzen, Schwanken usw. zusammen. Es ist der Volksmund in wörtlichem Sinne, der hier spricht und tatsächlich ein tiefes, seltsam ursprüngliches Mißtrauen unseres östlichen Nachbarn offenbart.

Das deutsche Volk ist in weiten Teilen von einer solchen Einstellung frei. Gerade die Geschichte der letzten 150 Jahre gibt genügend Beweise dafür, wie wenig Boden im Reich die auf die polnische Haltung hinweisenden Worte weitblickender Männer fanden.12 Im Gegenteil! Die Polenschwärmerei nach dem Aufstand von 1830/31 hat noch jahrzehntelang ihre "unheilvolle Wirkung ausgeübt, indem sie den meisten Deutschen jedes Verständnis für die Probleme des Ostens, insbesondere die schwere Not der deutschen Ostmark in den Jahren 1846/48 nahm und fast deren Verlust verursacht hätte," schreibt Recke. Bismarck habe von Beginn seiner politischen Tätigkeit an mit ihren Nachwirkungen zu kämpfen gehabt und noch bis zum Weltkriege habe eine auf diese romantische Stimmung der dreißiger Jahre... zurückgehende unklare und gefühlsmäßige Beurteilung des polnischen Problems, besonders im Westen und Süden Deutschlands, den Weg zum wahren Verständnis der großen Gefahr, die dem Bestande Preußens und Deutschlands im Osten drohte, versperrt.13

Demnach kann von einem natürlichen Gegensatz von Deutschen und Polen, zumindestens vom Gesichtspunkt des Deutschen aus, nicht die Rede [10] sein. Wie verhält es sich aber auf der Gegenseite? Ist das tatsächlich in der Grundhaltung überall vorhandene polnische Mißtrauen gegen den Deutschen der Ausdruck eines naturgegebenen Zustandes oder besteht es nur in der Vorstellung des polnischen Volkes?

Für Lück ist die polnische Ablehnung deutschen Wesens herausgebildet

"durch den Anschauungsunterricht des täglichen Lebens und der greifbaren nächsten Umgebung der deutschen Einwanderung. So seltsam es klingt, gerade die staatsrechtlich und politisch friedliche Durchdringung und Zusammenarbeit der Nachbarvölker, nicht die gegeneinander gerichteten Machtbestrebungen der Staaten, sind die Hauptquelle für die Entstehung der Deutschfeindlichkeit in der breiten Masse des polnischen Bauernvolkes geworden... Die enge Raumgemeinschaft schuf Reibungsflächen großen Ausmaßes".14

Sie lagen im nationalen Unterschied, in dem verschiedenen Recht, vor allem im religiösen Gegensatz. Dazu kam der Gegensatz im Volkscharakter, im Lebensgefühl und in der Leistung. "Die Wissenschaft stellt jedenfalls die beiden Volkstumsfronten immer so dar, daß auf der einen Seite das Gefühl der Überlegenheit, der Aktivität, auf der anderen das der Unterlegenheit, der Passivität herrschte." (Der Mehrwertigkeits- und der Minderwertigkeitskomplex.) Aus diesem Gegenüber ergab sich die polnische Verteidigungsstellung, die "die seit Jahrhunderten in der polnischen Seele aufgespeicherte Feindschaft zum Deutschen" erklärlich macht. "Die Reaktion gegen das, was sich nachher doch zu Nutz und Frommen durchgekämpft hatte," ist im Laufe der Zeit zu einem Mythos vom deutschen Feinde verdichtet worden, der in den ungezählten Ausdrucksformen des Volksmundes und der schöngeistigen Literatur lebendig ist. Denn, so stellt Lück am Schluß seiner Arbeit fest, "in der Nachbarschaftszone zweier Völker löst das Übertragen von Kulturgütern in der Erinnerung der Empfangenden nicht Anerkennung und Dankbarkeit, sondern Abneigung und Feindschaft aus. Zeiten des Gegensatzes bleiben im Gedächtnis des Volkes haften, während Zeiten der Zusammenarbeit ins Unterbewußtsein hinabsinken".15

Dieser Tatbestand wird auch von polnischen Wissenschaftlern erkannt. Sie ziehen aber daraus die Folgerung, daß die Vorurteile einer Gruppe oder eines Volkes über die "Fremden" nur "aktive Verteidigungsmaßnahmen gegen eine etwaige geistige Verbindung mit der fremden Gruppe" seien. "Alle fremden Dinge müssen schlecht sein, weil sie fremd sind".16 Sichtlich meldet sich hier wieder die ewige polnische Unsicherheit, die den Mythos vom deutschen Feinde pflegt und nährt, weil sie darin eine Kraftquelle für die seelischen Widerstandskräfte der Nation sieht.

## Anmerkungen:

1Völkischer Beobachter vom 3. 3. 1939. ...zurück...

2Perdelwitz, R.: Die Posener Polen von 1815-1914, S. 5. ...zurück...

3v. Massow: Die Polennot im deutschen Osten, S. 28 ff. ...zurück...

4Perdelwitz, R.: l. c., S. 18. ...zurück...

5Laubert, M.: Die preußische Polenpolitik von 1772-1914, S. 63. ...zurück...

6v. Massow: l. c., S. 29. ...zurück...

7In Posen sprach für die rasche Entwicklung des nationalen Geistes die Tatsache mit, daß hier die Erinnerungen an die historische Vergangenheit am regsten waren. Die Entwicklung in Oberschlesien ging davon getrennte Wege. "Unwiderleglich bleibt bestehen, daß bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ein völkischer und konfessioneller Gegensatz nicht vorhanden war". (Laubert, M.: Preußische Polenpolitik, S. 167). Erst die systematische Polonisierung des oberschlesischen Schulwesens durch den Regierungs- und Schulrat, späteren Weihbischof Bogedain zerstörte den Frieden. Die entschlossene Abwehr der preußischen Regierung vermochte aber in dem letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege die feindliche Bewegung aufzuhalten. ...zurück...

8Lück, K.: Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur, S. 22. ...zurück...

9Lück, K.: l. c., S. 31. ...zurück...

10Lück, K.: l. c., S. 31. ...zurück...

11Lück, K.: l. c., S. 341. ...zurück...

12In einer 1846 erschienenen Schrift Polen und Deutsche versucht Heinrich Wuttke, seinen deutschen Landsleuten, die mit großer Anteilnahme die Ereignisse des neuen Aufstandes der Polen verfolgten, die Köpfe zurecht zu setzen: "Habt ihr Enthusiasten für die polnische Sache denn gar kein Gefühl für die eigene?" S. 3 ff. ...zurück...

13s. Recke, W.: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, S. 123. ...zurück...

14Lück, K.: l. c., S. 8 ff. ...zurück...

15Lück, K.: l. c., S. 470. ...zurück...

16Znaniecki, Florian: Studia nad antagonizmem do obcych, S. 54, Posen 1931. ...zurück...

# [11]
# B. Die polnische Volkstumsfront und der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen

I. Frühere und heutige Träger der polnischen Volkstumsfront

In der Geburt eines nationalen polnischen Willens bestätigt sich der geschichtliche Erfahrungsgrundsatz, daß die Antriebe in der Entwicklung eines Volkes immer von einer Minderheit ausgehen. Das polnische Volk gibt dafür ein Beispiel, das geradezu als typisch zu bezeichnen ist.

Die polnische Volksmasse war zu Beginn des 19. Jahrhunderts viel zu zähe und schwerfällig, als daß von ihr ein selbständiges Handeln zu erwarten gewesen wäre. Zudem stand sie allen nationalen Dingen gleichgültig, fast apathisch gegenüber. Der Entschluß zur Aufnahme des Volkstumskampfes ist nicht in ihren Reihen entstanden. Er ist vielmehr von der unverhältnismäßig kleinen Führerschicht in sie hineingetragen worden. Ganz langsam setzte sich der schwerfällige Volkskörper in Bewegung, verstand allmählich dunkel hinhorchend die ihm von seiner Führung gepredigten Kampfparolen und formierte sich schließlich zu der zähen polnischen Volkstumsfront. Die breite Masse wuchs damit in die Aufgaben hinein, die solange von der führenden Minderheit allein getragen worden waren: sie wurde Träger des Volkstumskampfes.

Auch in der gegenwärtigen polnischen Haltung zur deutschen Volksgruppe spiegelt sich der bereits in der Vorkriegszeit eingetretene Gesinnungswandel wider. Es ist daher notwendig, den Kräften nachzuforschen, denen die Antriebe zur Festigung und Verstärkung der polnischen Volkstumsfront zuzuschreiben sind.

Im gleichen Schritt mit dem Aufbau der seelisch-geistigen und wirtschaftlichen Kräfte geht ein Wandel in der polnischen Führung vor sich. Der zeitliche Ablauf ist folgender:

Bis 1848 hat der Adel die Führung. Sein Ziel ist die bewaffnete Erhebung. Mit den erfolglosen Aufständen von 1846 und 1848 hat er seine geschichtliche Rolle ausgespielt. An der seit 1838 einsetzenden sozialpolitischen Arbeit (Marcińkowski, Raczyński, Libelt) hat er keinen Anteil.

Seine Stellung nimmt bis 1871 der Klerus ein; er bildet mit dem Mittel einer national-geistigen Erziehung die neue polnische Führungsschicht heran.

[12] Dessen Erbe übernimmt das neu entstandene Bürgertum, das die

Führung bis in unsere Zeit in den Händen behält. In dem Aufbau eines polnischen Verbands- und Wirtschaftslebens bildet es das Fundament der polnischen Entwicklung. Der Klerus schaltet sich dabei als wirksame und einflußreiche Kraft ein.

## a) Die polnische Volkstumsfront in der Zeit der preußischen Verwaltung

## 1. Der polnische Klerus

Die kleine Übersicht weist auf die Schlüsselstellung des polnischen Klerus im Spiel der Kräfte hin. Sein Einfluß beruhte im Wesentlichen

in der Vertretung der These: Polnisch-katholisch, deutsch-protestantisch, womit er eine hohe Scheidewand zum Deutschtum aufrichtete und den Polen ein ausgezeichnetes Mittel gegen die Assimilierung zur Hand gab, und
auf seinem ausgeprägten Nationalgefühl.

Der Widerstand des Klerus begleitet die Bemühungen aller preußischen Regierungen von den Teilungen bis zum Ende des Weltkrieges. Schon um die Wende des 18./19. Jahrhunderts klagt der gewiß nicht polenfeindliche Graf Hoym, daß "der niedere Geistliche den Preußen als Ketzer haßt und diese Anschauung auf die unwissende abergläubische Bevölkerung überträgt".1 Ein halbes Jahrhundert später ist aus dieser konfessionell-nationalen Haßpsychose bereits eine feste Formel geworden, indem der Erzbischof Przyłuski in einem Hirtenbrief während des Aufstandes von 1848 "Polonismus und Katholizismus, Germanismus und Protestantismus" gleichsetzt.2 Im gleichen Revolutionsjahr zeigte sich aber auch der Einfluß, den der polnische Klerus im Namen der Kirche auf die Bauern ausübte, um sie zur Teilnahme an dem Aufstand zu gewinnen. Perdelwitz gibt eine Ansprache des Propstes von Kletzko an seine Gläubigen wieder, die mit den "Worten schließt:3

"Dann werde ich, Euer Hirt, das heilige Kreuz in die Hand nehmen, ich werde die heilige Fahne des polnischen Volkes tragen und werde rufen: 'Polen zu den Waffen!'..."

Der Beginn des Aufstandes brachte eine geistliche Propaganda, auf deren Programm ebenso die Entbindung vom Fahneneid stand wie das bis heute unverändert lebendig gebliebene Schlagwort von der "Bedrohung des katholischen Glaubens" (Germanyzacja jest Protestantyzacja). Nach dem

Mißlingen des Aufstandes, der im übrigen noch ein Werk des Adels gewesen war, ging die Leitung des Polentums in die Hände des Klerus [13] über, der in Kirche und Schule, gestützt auf die seltsam anmutende preußische Instruktion vom Mai 1842 (geistliche Schulaufsicht über das gesamte niedere Schulwesen und damit die Möglichkeit stärkster polonisierender Einflüsse), eine polnische Intelligenzschicht aufziehen konnte. Die polnische Entwicklung ging unter seiner Führung konsequent den neuen Weg der geistigen und nationalen Erneuerung als taktische Vorstufe für die politische Unabhängigkeit.

Zwar wurde der Klerus in der politischen Führung bald durch die heranwachsenden Kräfte des jungen polnischen Bürgertums abgelöst. Aber er wußte sich in dieser Ära wieder die zentralen Stellungen zu sichern. Dabei kam ihm zunächst das Schlagwetter des Kulturkampfes zu Hilfe, der mit Geschick dazu benutzt wurde, den Fanatismus der Massen aufzuputschen. "Damals wurden polnische Priester zu nationalen Vorkämpfern".4 Auf dem gleichen Felde lag die bedenkenlose Agitation des polnischen Klerus im Sprachenkampf, die im Jahre 1901 zu dem Wreschener Schulskandal5 und 1906 zu dem auf dem ganzen Posener Gebiet ausgebrochenen 50 000 Schulkinder umfassenden Schulstreik führte.6

In einem Vortrag in Posen vom 7. 1. 1907 hat Otto Hoetzsch eindeutig auf die Verantwortlichkeit des polnischen Klerus in der Streikbewegung hingewiesen. Niemals hätte die Bewegung eine solche Ausdehnung erlangen können, wenn es nicht gelungen wäre, die Geistlichkeit dafür zu gewinnen und den Erzbischof von Stablewski.7

Ein näheres Eingehen auf die Methoden des Klerus im geistigen Waffengang ist im Rahmen der Arbeit nicht notwendig, da auf die erwähnte Arbeit von Leonhard Müller mit ihren ausgezeichneten Angaben verwiesen werden kann.

Zumindest von gleicher Bedeutung war die Stellung, die der Klerus im wirtschaftlichen System des Polentums einnahm. Das Rückgrat des polnischen Wirtschaftsaufbaus war das Genossenschaftswesen. Ohne sich an seinem Entstehen und an dem ersten Jahrzehnt seiner Existenz beteiligt [14] zu haben, legte der Klerus entschlossen und bewußt nach der Wirtschaftskrisis von 1873 seine Hand auf diese wirtschaftliche Kernzelle. 1871 hatten von 25 polnischen Kassen eine einzige einen geistlichen Direktor und zwei weitere je einen Geistlichen an untergeordneten Stellen. 1876 waren in 87 polnischen Spar- und Darlehnskassen 37 Geistliche tätig, davon die weit überwiegende Zahl in leitenden Posten.8

Weitere Stufen in der Beteiligung der Geistlichkeit am Genossenschaftswesen sind die Wahl des Propstes Wawrzyniak zum Patron

(Verbandsanwalt) der polnischen Genossenschaften und die offizielle Anerkennung der Genossenschaftsarbeit durch den Erzbischof Stablewski (1892). Mit Wawrzyniak erhielt das Polentum seinen großen Wirtschaftsorganisator, einen Mann, der jahrzehntelang das polnische Finanzwesen durch seine Persönlichkeit beherrscht hat. Er hat schließlich erreicht, "daß das polnische Genossenschaftswesen eine politische Macht geworden ist, die heute den Kern des polnischen Gemeinwesens bildet".9

Die Verknüpfung von Klerus und Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde so stark, daß die Besetzung der Pfarreien mit wirtschaftlichen Fachkräften schließlich ein schwieriges Problem bildete. Ludwig Bernhard gibt dafür eine kleine Geschichte wieder, die, wahr oder nicht wahr, doch den Vorzug hat, die Lage ausgezeichnet gesehen zu haben:

"Ein Propst verlor seinen Vikar, der gemeinschaftlich mit ihm eine Parzellierungsgenossenschaft geleitet hatte. Da der neuernannte Vikar wenig Talent und Lust zeigte, die mühsame Arbeit fortzusetzen, erklärte ihm der Propst: 'Wenn Sie nicht in einem Jahr die Grundbuchordnung und das Ansiedlungsgesetz genau kennen, fahre ich nach Posen zum Erzbischof und sorge dafür, daß Sie von hier fortkommen'...".10

Die sprunghafte Entwicklung in der Einflußnahme des Klerus auf das Genossenschaftswesen zeigt sich am besten an folgender Aufstellung (c. nach Bernhard):

Im Jahre

1906 waren 145 Geistliche in 110 Genossenschaften tätig,
1908 waren 217 Geistliche in 159 Genossenschaften tätig,
1912 waren 281 Geistliche in 202 Genossenschaften tätig,
1913 waren 296 Geistliche in 212 Genossenschaften tätig.11

Nach dem Weltkriege ist der Klerus scheinbar in der Bekämpfung des Deutschtums von seiner führenden Position zurückgetreten. Die herangewachsenen nationalen Kräfte, die ihn schon um die Jahrhundertwende in der Arena des Volkstumskampfes verdrängt hatten, sind stark genug geworden, um die Führung und Durchführung der antideutschen Arbeit [15] allein in die Hand zu nehmen. Daß die polnische Geistlichkeit weiterhin ihren deutschfeindlichen Einfluß geltend macht, läßt sich an zahlreichen Momenten in der Vernichtung der deutschen Volksgruppe aufzeigen. Geistliche arbeiten in der gegen das Deutschtum gerichteten polnischen Propaganda mit, sind Mitglieder der antideutschen Kampfinstitutionen in Gdingen, Thorn, Posen und Kattowitz, unterstützen durch die Autorität ihrer Stellung das Vorgehen der Kampfverbände (Westverband und Aufständischen-Verband) und sind schließlich die eifrigen

Handlanger der Polonisierung unter der alten bewährten Parole: polnisch und katholisch ist gleich!12

So ergibt sich das Bild einer klerikalen Betätigung, die, ohne im vollen Licht der Öffentlichkeit zu stehen, mit unverminderter Stärke in der polnischen Volkstumsfront wirksam ist.

## 2. Die städtische Intelligenz und das Bauerntum

"Wichtiger als die in den Hauptträgern von Staat und Kirche sich verkörpernden Gegensätze ist die in jenen Jahren sich anbahnende Umbildung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt und der Struktur des polnischen Volkes im besonderen".13

Mit diesen Worten stellt Laubert das Kernproblem des deutsch-polnischen Volkstumskampfes heraus: das Entstehen einer starken teils bäuerlichen teils städtischen Mittelschicht mit einer eigenen "Intelligenz". Ihre Wege sind die Marcińskowski-Vereine, Gründungen der 1830er Jahre. Sie schickten junge, begabte Leute mit Hilfe von "Volksstipendien" auf die Hochschule und zogen damit einen Führernachwuchs heran, der bereits 1846 tatkräftig auftreten konnte.

Jedoch stand in diesem Zeitabschnitt die große Masse des Volkes immer noch apathisch und gleichgültig beiseite. Zwei Ereignisse leiteten um 1870 eine andere Entwicklung ein: Die Begründung des bäuerlichen Genossenschaftswesens durch Maximilian Jackowski und das Erwachen des polnischen Bauern. Von allen Phasen im Volkstumskampf ist die letztere unzweifelhaft die wichtigste. Den Anstoß dazu gab der Erlaß der preußischen Regierung vom 27. 10. 1873, durch den die deutsche Unterrichts- [16] sprache in der Volksschule eingeführt wurde. Damit wurde der polnische Bauer in der Sprachenfrage zum ersten Mal unmittelbar getroffen. Seine Stellungnahme war herausgefordert worden, und es zeigte sich, daß seine "Loyalität ein gutes Stück Stumpfsinn" enthielt, daß er nicht "zur Erkenntnis seines Preußentums" erwacht war, sondern "in Wahrheit nur in Loyalität dahindämmerte".14 Jetzt begriff er, daß der Schulkrieg ihn selbst anging. Die Bauern ließen ihre Kinder gegen die Unbequemlichkeit der deutschen Sprache kämpfen. Allerdings wird man die Rückwirkung der Schulfrage auf den polnischen Bauern auch nicht überschätzen dürfen, "denn ein wirklich ausgesprochener Feind des preußischen Staates ist dieser Bauer erst im Kampf um den Boden geworden".15 Parallel mit diesen Bauernorganisationen ging die Sammlung des polnischen Handwerkertums in Kreditvereinen vor sich, der aber erst Jahrzehnte später ein Erfolg beschieden war. In den Städten hatte sich allmählich ein Polentum gebildet,

das nicht in einem unsicheren Proletariat bestand, "sondern es waren polnische Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende, es waren polnische Apotheker, Ärzte und Rechtsanwälte, kurz, es waren die Vertreter des neuen polnischen Mittelstandes, und es waren durchweg überzeugte und fanatische Nationalpolen; jetzt trug die Arbeit, die Marcinkowski und seine Mitarbeiter an der Heranbildung eines polnischen Mittelstandes geleistet hatten, ihre Früchte".16 Von diesem polnischen Bürgertum ging die Aktion aus, die sich rühmen darf, in erster Linie die Absonderung des Polentums von den Deutschen bewirkt zu haben: der Boykott gegen deutsche Waren und deutsche Arbeit. Er wurde mit allen Mitteln der öffentlichen Meinungsbildung durchgesetzt. Durch Anprangerung in der Presse wurde jeder Pole erfaßt, der aus dem Kreise der nationalen Gemeinschaft herausgetreten war. Diese Bloßstellung aller "Verräter" hatte die straffste Disziplinierung des Polentums zur Folge. Sie wurde auch im Bodenkampfe angewandt und war die eigentliche Ursache dafür, daß die Ansiedlungsgesetzgebung nicht nur nicht zum Erfolge führte, sondern vielmehr nicht imstande war, den siegreichen Vormarsch der Polen im Kampf um den Boden aufzuhalten. "Bis 1896 parzellierten die Polen hauptsächlich polnischen Besitz, seit 1897 immer mehr von Deutschen gekauften...".17 Zudem war das Netz der nationalen Propaganda so ausgezeichnet gesponnen, daß jede deutsche Aktion gewiß sein konnte, einen Widerhall nicht nur im preußischen Teilgebiet, sondern darüber hinaus auf dem gesamten Territorium des ehemaligen Polen und in der ganzen Kulturwelt hervorzurufen (der Wagen des Drzymała, Enquete des Sienkiewicz). In welchem Maße sich das Bürgertum in der nationalen Propaganda [17] der polnischen Presse zu bedienen wußte und in welchem Umfange diese eine öffentliche Aufsicht über das gesamte völkische Leben der Polen ausübte, ist von Walter Günzel in seiner Dissertation über Die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen zur Zeit der Kanzlerschaft Bülow's 1900-190918 nachgewiesen worden. Das Enteignungsgesetz von 1908, das übrigens praktisch erst 1912 nur in vier Fällen angewandt wurde, fand bereits eine lückenlose Front der polnischen Volksgemeinschaft vor.

Erreicht war für das Polentum im Jahre 1913 ein Reingewinn von über 100 000 ha Land. Dazu eine gutgegliederte, fachlich ausgezeichnet ausgebildete bürgerliche Schicht mit einer eigenen Intelligenz (Kleriker, polnische Rechtsanwälte und Ärzte, Finanz- und Wirtschaftsfachleute), dazu ein fleißiger und sparsamer Bauernstand, der nicht mehr dem alten polnischen Erbübel der Trunksucht verfallen war und frei auf eigener Scholle stand, erreicht war kurzum ein kerngesundes, biologisch starkes Volkstum, das von einer fanatischen Entschlossenheit erfüllt war, seine Ansprüche und seinen Boden mit allen erdenklichen Mitteln zu verteidigen.

## b) Die Nationaldemokratie

Die radikale Änderung der polnischen Verhältnisse durch das Entstehen des polnischen Staates hat auch im Volkstumskampf alte Triebkräfte in den Schatten und neue ans Licht gerückt. Klerus und Mittelstand stellen zwar auch heute noch die wichtigsten Träger in der Deutschenverfolgung. Allein diese Stände treten nicht mehr als Repräsentanten der Volksgruppe auf, sondern erscheinen heute im Gewande einer politischen Partei oder eines Verbandes u. a. m. Die Beherrschung des polnischen öffentlichen Lebens durch das Parteiwesen hat es mit sich gebracht, daß sich der Schwerpunkt der antideutschen Hetze auf die Parteien verlagert hat, deren Sprachorgane, Presse und Versammlungen, die wichtigsten Kampfmittel geworden sind. Es kommt für unsere Betrachtungen nur eine Partei in Frage: die alte Nationaldemokratische Partei (ND). Die starke Aufsplitterung der ND. in jüngere radikale Gruppen kann dabei unberücksichtigt bleiben, da ihnen die gleiche antideutsche Tendenz durchweg ohne Einschränkung eigen ist.

Die ND. ist aus der "Liga Polska", einer Warschauer Geheimorganisation um 1886, entstanden und tauchte in einem Augenblick im preußischen Teilgebiet auf, als sich die nationalen Bestrebungen in der Richtung eines größeren Radikalismus betätigen wollten. Sie schuf sich in Posen selbst eine Presse und verfügte außerdem über den einflußreichen Dziennik [18] Berlinski. Ihr Programm, dessen Grundlagen von Popławski, "der eigentliche Theoretiker der Partei, der geistige Vater der Bewegung", wie ihn Recke nennt,19 festgelegt worden sind, hat für den deutschen Osten eine ungeheure Bedeutung bekommen. "Seine Ideen über die territoriale Gestaltung des künftigen polnischen Staates, die er schon seit dem Jahre 1887 verkündet hat, werden das wichtigste geistige Rüstzeug für den Führer der... nationaldemokratischen Partei, Roman Dmowski".20 Die Hauptthesen Popławski's waren folgende:

"Die polnische Politik hat sich von den unglückseligen Phantastereien von Eroberungen im Osten wieder auf den alten Weg der Piasten-Fürsten, auf den Drang an die Ostsee zu wenden. 'Die Weichsel muß... in ihrem ganzen Lauf wieder polnisch werden', aber nicht nur Danzig und Westpreußen sollen ein Teil des gedachten polnischen Reiches werden, sondern auch Ostpreußen. Gerade der Erwerb Ostpreußens erscheint Popławski als von der größten Bedeutung - ihn gilt es systematisch durch Polonisierung dieses Gebietes vorzubereiten. Denn ohne den Erwerb Ostpreußens scheint es ihm unmöglich, den Besitz Westpreußens aufrecht zu erhalten. Aber ohne Westpreußen wäre der polnische Staat ein politisches und ökonomisches Mißgebilde, unfähig zur Entwicklung, ja sogar zum längeren Leben".21

Dmowski hat diese Gedankengänge uneingeschränkt übernommen. Die sich

daraus ergebende, eindeutig gegen den deutschen Nachbarn gerichtete Zielsetzung sicherte der ND. die Führung im deutsch-polnischen Volkstumskampf. Sie machte überdies bei ihrer starken Anhängerschaft in Kongreßpolen das Auftauchen deutschfeindlicher Wellen und publizistischer Gehässigkeiten verständlich. Ihre Gefolgschaft in Posen und Westpreußen wuchs so stark an, daß sie bei Beginn des Weltkrieges dort die einzige politische Massenbewegung war.

1919 ist das alte Programm der ND. wieder vorgelegt worden. Trotzdem Roman Dmowski mit virtuosem Geschick unter Heranziehung falschen Kartenmaterials und der Beeinflussung der maßgebenden Staatsmänner arbeitete, trotzdem blutige Aufstände für fertige Tatsachen in Scene gesetzt wurden - das alte Programm der ND. ist nicht verwirklicht worden. Das bedeutet aber nicht, daß es seitdem geändert oder aufgegeben worden ist. Es gibt ungezählte Beweise dafür, daß die Zielsetzung der ND. in unverminderter Schärfe die gleiche ist. "Mehr als irgendein anderer," schreibt Erich Maschke in einer Arbeit über Dmowski in der Zeitschrift Osteuropa, "hat Dmowski die geistige Grundlage für das junge Bürgertum Polens gelegt. Ohne seine Erkenntnisse und das Wirken seiner (nationaldemokratischen) Partei... gäbe es keine Schicht, die als Träger eines politischen Selbstbewußtseins das Ganze von Volk und Staat ver- [19] treten konnte".22 Der Einfluß der Ideologie Dmowski's beschränkt sich im heutigen Polen nicht auf die Kreise der ND. und ihnen verwandte Oppositionsgruppen, sondern hat auch maßgebliche Regierungskreise erfaßt. So ist der Gedanke vom Ausbau der polnischen Stellung in den Westgebieten, vom gesicherten Zugang zum Meer u. a. fester Bestandteil der amtlichen Politik geworden. Kein Nationaldemokrat, sondern ein Wojewode des Pilsudski-Regimes, Grażynski, um eine bekannte Persönlichkeit zu nennen, führte die Entdeutschung von Ostoberschlesien mit allen Zeichen der Gewalt durch und verwirklichte damit Forderungen, die gerade von der nationaldemokratischen Partei aufgestellt werden. An dieser Erkenntnis vorbeizugehen, hieße die Frage der geistigen Führung im Kampf gegen das Deutschtum in Polen in seinen wichtigsten Triebkräften verkennen. Das Ringen um die machtpolitische Position im Staat hat die ND. wohl verloren, die Geisteswelt Dmowski's und der ND. hat aber im gesamten polnischen Leben eine nicht zu unterschätzende Bedeutung behalten, die für das Deutschtum umso schwerer ins Gewicht fällt, "als das hervorstechendste Kennzeichen dieses Faktors eine kompromißlose Deutschenfeindschaft ist".23

## c) Kampfverbände und Propagandainstitute

Aus dem Vorhergesagten ist verständlich, daß nach dem Weltkriege in den westlichen Landesteilen Polens sowohl nach gefühlsmäßiger Einstellung wie politischer Zielsetzung der Boden vorbereitet war, auf dem sich eine Reihe von Organisationen und Instituten entfalten konnte, die allmählich in die vorderste Linie der polnischen Volkstumsfront traten. Die wichtigsten von ihnen sind:

Verbände:

1. Der polnische Westverband (früher Verband zum Schutze der polnischen Westgebiete),
2. Die See- und Kolonialliga,
3. Der Weltverband der Auslandspolen.

Institute:

1. Das Baltische Institut in Thorn und Gdingen,
2. Das Schlesische Institut in Kattowitz.

## [20] 1. Der polnische Westverband

Der polnische Westverband ist eine der ältesten volkspolitischen Kampforganisationen; durch die Initiative der oberschlesischen Abstimmungskomités bereits 1921 entstanden, hat er den bis in die Gegenwart gewaltsamen Geist der polnisch-oberschlesischen Aufstände mit übernommen. Er bildete sich zuerst unter der Führung des früheren polnischen Generalkonsuls in Königsberg, Srokowski - eines in der antideutschen Volkstumsarbeit überaus rührigen Mannes - als "Verband zum Schutze der Westgebiete". Aus seiner Initiative entstand wenige Jahre später das "Baltische Institut" in Thorn, das dem Verband in Zukunft die wissenschaftliche Arbeit abnahm.

In dem § 2 seines früheren Statuts hatte sich der Verband selbst als eine Organisation bezeichnet, "die alle Anstrengungen der polnischen Bevölkerung zum Zwecke der Verteidigung der nationalen Interessen der Westgebiete der Republik konzentriert."

"Zu diesem Ziele strebt er durch Aufklärung und Organisierung der Bevölkerung auf allen Gebieten des nationalen Lebens, durch Anregung der bestehenden sozialen Stellen oder durch Schaffung von notwendigen Neuorganisationen."

Was der Verband unter der Erfüllung seiner programmatischen Aufgaben verstand, ist aus den häufigen Resolutionen zu ersehen. Es wurde darin wiederholt gefordert "die Führung einer entschiedenen Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung, die Ausweisung der deutschen Optanten, die unverzügliche Liquidierung des deutschen Eigentums und die Regelung des Rechtsstandes der evangelischen uniierten Kirche"24 (Sicherung eines Eingriffsrechtes des polnischen Staates in die Kirchenangelegenheiten). Diesen jedes staatliche Zusammenleben vernichtenden Forderungen stellte der Verband auch eine sog. "positive Arbeitsleistung" gegenüber: die Unterstützung einer planmäßigen Agrarreform, die eine gleichmäßige Verteilung des Bodens zwischen Deutschen und Polen erstrebt; deutlicher gesagt: die Forderung nach Enteignung des deutschen Grund und Bodens und seine Verteilung an polnische Siedler unter der Begründung: "um die westlichen Wojewodschaften vor dem Zustrom des politisch gefährlichen deutschen Elements zu schützen".

Durch die deutsch-polnische Aussprache vom Januar 1934 war eine neue Lage geschaffen worden, der sich der Verband mit bemerkenswerter Geschmeidigkeit anzupassen verstand. Im November 1934 wurden in einer Generalversammlung Name und Satzungen geändert. Der Verband gab sich den neuen Namen "Polnischer Westverband" und stellte in seinem Statut nicht mehr "die Verteidigung der nationalen Interessen der Westgebiete" heraus, sondern legte nunmehr den Hauptwert auf eine Konzentration "zur allseitigen Entwicklung der polnischen staatlichen und natio- [21] nalen Kräfte im Westen".25 Im Sinne dieser eine "positive Arbeit" versprechenden Grundsätze verpflichtet sich der Verband außerdem zur "Sorge um die polnische Bevölkerung in Deutschland".26

Die Tätigkeit des umgebauten Verbandes läßt erkennen, daß die Änderung der Form nur durchgeführt wurde, um unter ihrem Deckmantel eine breitere Basis im polnischen Volk zum Kampf gegen das Deutschtum zu schaffen. "Das polnisch-deutsche Problem gebietet nämlich, das Organisationsnetz des Verbandes auf den ganzen Staat auszudehnen", schreibt der Dziennik Bydgoski. Die Aufgabe müsse die gesamte polnische Bevölkerung, nicht nur die des früheren preußischen Teilgebiets angehen. Die Verlegung des zentralen Sitzes des Westverbandes von Posen nach Warschau gewinnt über die praktische Notwendigkeit hinaus symbolhafte Bedeutung. Der Erfolg der neuen politischen Linie blieb nicht aus: die Mitgliederzahl nahm rasch zu und konnte im Jahre 1935 nach Roß auf rund 100 000 Personen geschätzt werden. Das Ergebnis wird aber noch günstiger dadurch, daß der umgeformte Verband Anschluß an das Regierungslager gefunden hat, der u. a. ebenso in der Erweiterung der politischen Einflußsphäre wie in der Einbeziehung autoritärer Prinzipien in der Verbandsleitung zum Ausdruck kommt.

Die Bemühungen des Westverbandes um das Polentum im Deutschen Reich bilden die zweite wichtige Erscheinung seit 1934. Sie können als "eine Verlegung der Kampffront des Verbandes in außerpolnisches Gebiet" gelten. Fast in jeder Resolution beschäftigt man sich mit dem Schicksal der "verfolgten polnischen Brüder im Reich". Die hartnäckigen Behauptungen von den "unerlösten Gebieten" - darunter sind bekanntlich zu allererst Ermland, Masuren und Oberschlesien (Oppeln) gemeint - wünschen vor allen Dingen den Boden für eine in günstiger Stunde mögliche territoriale Revision der deutsch-polnischen Grenze vorzubereiten. Daneben zeigen die Resolutionen die auffallende Wendung, die "schwierigen" Lebensbedingungen der Polen im Reich in Beziehung zu der sich in der "ungehinderten Ausübung ihrer vollen staatsbürgerlichen Rechte frei entfaltenden deutschen Volksgruppe in Polen" zu setzen. Aus dem Prinzip der Gegenseitigkeit der Rechte wird schließlich die Regierung aufgefordert, "daß sie bei der Art der Behandlung der nationalen Minderheiten in Polen den tatsächlichen Stand der Lage der polnischen Minderheit in den betreffenden Staaten berücksichtigt".27

Perdelwitz, der diese Entschließung wiedergibt, fügt hinzu, daß alle anderen in demselben Sinne gehalten seien. "Sie sind höchstens in ihren Forderungen noch deutlicher - die drei oben erwähnten Grundgedanken kehren überall wieder".28

[22] In diesem Vorgehen liegt sichtbar Methode. Sie verbindet eine Verhetzung der Öffentlichkeit mit einem gleichzeitigen Druck auf die Regierung. Der Leidtragende ist dabei die deutsche Volksgruppe, die in Demonstrationen und Boykotterklärungen, in Schul- und Kirchenverboten, in Besitzenteignungen und körperlichen Gewaltakten das Ergebnis des Ausspielens "der Sorge des Westverbandes für das Polentum im Reich" zu spüren bekommt.

Ein Bild von der Brutalität, aber auch von der gesteigerten Aktivität, mit der der Westverband vorgeht, gibt ein Flugblatt, das Anfang Mai 1935 in Nordpommerellen verteilt worden ist und in dem es heißt:

"Polen! Die illegale deutsche Minderheit ist dazu übergegangen, auf eine perfide und verabscheuungswürdige Art polnische Seelen für Judas Silberlinge zu kaufen! Pflicht eines jeden Polen ist es, nur bei Polen zu kaufen. Es ist niemanden erlaubt, bei den illegalen Deutschen zu kaufen, die den polnischen Besitzstand schmälern wollen. Wir werden alle Polen brandmarken und sie aus dem gesellschaftlichen Leben ausschließen, die aus der polnischen Einheitsfront ausbrechen wollen...".29

Die Tätigkeit des Westverbandes hat in den letzten Jahren trotz des deutsch-polnischen Abkommens nicht nur an Umfang, sondern auch an Heftigkeit zugenommen. Er hat das Aussehen einer zentralen Befehlsstelle bekommen,

in der "alle Fäden zusammenlaufen, die sowohl das Deutschtum in Polen wie das Polentum in Deutschland und besonders in den gefährdeten deutschen Grenzgebieten betreffen".30

Bei einem solchen tiefgreifenden Einfluß des Westverbandes auf das polnische Volk wird die Wirkung jeder Propaganda gegen das Deutschtum verständlich, zumal sie sich unter einer einfachen Parole vollzieht, die dem Organ des Verbandes Der Aufständische im Januar 1939 entnommen ist und die lautet: "Die Deutschen waren und sind unsere Feinde."

Die Aufgaben der Institute in Kattowitz und in Gdingen liegen auf wissenschaftlichem Gebiet. Sie haben der antideutschen Propaganda die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ihre Zusammenarbeit mit den genannten Organisationen, besonders mit dem Westverband, ist dabei denkbar eng.

Die Tätigkeit der Meeres- und Kolonialliga und des Weltbundes der Auslandspolen in dem Volkstumskampf ist für diese Verbände nur eine Teilaufgabe im Rahmen des ihnen zuteil gewordenen Auftrages. Sie gehören aber in eine Reihe mit dem Westverband als Träger der Polonisierung des Küstengebiets (Westpreußens) und andrerseits als Verbindungsorgane zum Auslandspolentum, in Sonderheit zu den Polen im Deutschen Reich.

## Anmerkungen:

1Laubert, M.: l. c., S. 22. ...zurück...

2Knorr, Emil: Die polnischen Aufstände seit 1830, S. 74. ...zurück...

3Perdelwitz: l. c., S. 44 ff. ...zurück...

4Witting, R.: Das Ostmarkenproblem, Berlin 1907, S. 17.
Wie für die Zeit des Kulturkampfes gesprochen, klingt ein Wort des früheren Oberpräsidenten v. Horn über das Treiben des Klerus:
"Man vergesse nicht, daß der polnisch-katholische Klerus dieser Provinz, der hohe und der niedere, natürlich mit gewissen Ausnahmen, nicht sowohl wahre Frömmigkeit zu befördern sucht, als vielmehr, befangen im krassen politischen Fanatismus, darauf ausgeht, die Religion als Vorwand und Deckmantel für politische Agitation zu mißbrauchen, Unwissenheit und Aberglauben zu erhalten, die Leidenschaften zu erregen". (Laubert, M.: Die

preußische Polenpolitik, S. 117). ...zurück...

5Als in Wreschen polnische Kinder, veranlaßt durch ihre von Presse und Geistlichkeit aufgehetzten Eltern, sich weigerten, auf die Fragen des Lehrers zu antworten, schritt die Schulbehörde zu einer maßvollen Bestrafung. Daraufhin kam es zu tumultartigen Übergriffen der Eltern. Vgl. auch Perdelwitz, R.: l. c., S. 96. ...zurück...

6Vgl. Müller, L.: Nationalpolnische Presse, Katholizismus und katholischer Klerus, S. 82 ff. Müller gibt dort im einzelnen den Fall des Propstes Szadzinski in Witaszyce wieder. ...zurück...

7Hoetzsch, Otto: "Der Schulstreik in Posen - eine polnisch-nationale und -politische Bewegung". Jahrbuch 1908 des deutschen Ostmarkenvereins, S. 42 ff. ...zurück...

8Bernhard, L.: Die Polenfrage, S. 384. ...zurück...

9Bernhard, L.: l. c., S. 226. ...zurück...

10Bernhard, L.: l. c., S. 385. ...zurück...

11Bernhard, L.: l. c., S. 400. ...zurück...

12Rauschning schreibt über die nationale Arbeit des polnischen Klerus, daß die "Weckung und Vertiefung des nationalen Bewußtseins am nachträglichsten durch die Agitation der Geistlichkeit geschah. War sie schon das Rückgrat des Widerstandes zu preußischer Zeit gewesen, so wurde sie jetzt die Quelle, aus der die ständige Verhetzung der breiteren polnischen Volksmassen gegen die Deutschen Nahrung zog. Wenn der polnische Pfarrer in Adelnau am 26. 8. 1920 in einer Ansprache wörtlich sagte: 'Alle Deutschen, die sich in Polen befinden, müssen aufgehängt werden', wenn in einem Gottesdienst der katholischen Kirche zu Neuenburg der Pfarrer erklärte, das Volk solle sich beruhigen und keine Grundstücke von den Deutschen kaufen, die Deutschen würden von ihren Grundstücken verjagt werden und diese dann den Polen zufallen, so mag man sich die Wirkung bei der Autorität der Kirche unschwer vorstellen." s. Rauschning, H.: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens, Berlin 1930, S. 55. ...zurück...

13Laubert, M.: l. c., S. 120. ...zurück...

14Bernhard, L.: l. c., S. 92. ...zurück...

15Perdelwitz: l. c., S. 72. ...zurück...

16Perdelwitz: l. c., S. 92. ...zurück...

17Dr. Josef Buzek: Geschichte der nationalen Politik der preuß. Regierung gegenüber den Polen, Lemberg 1909. Vom Wiener Vertrag bis zu den Ausnahmegesetzen von 1908, S. 348. ...zurück...

18Günzel, Walter: Die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen zur Zeit der Kanzlerschaft Bülow's 1900-1909. s. auch die Arbeit von Altkemper: Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung, Leipzig 1910. ...zurück...

19Recke, W.: l. c., S. 159. ...zurück...

20ebenda. ...zurück...

21Recke, W.: l. c., S. 161 ff. ...zurück...

22Osteuropa, Heft 7, April 1934. ...zurück...

23Ostland vom 1. 5. 1935, Heft 9, 16. Jahrgang. ...zurück...

24Roß, Fr.: Polnische Kampfverbände und Propagandainstitute, S. 20. ...zurück...

25vgl. § 4 der Satzungen des Westverbandes. ...zurück...

26vgl. § 5 der Satzungen des Westverbandes. ...zurück...

27Entschließung des Obersten Rates des Westverbandes in Krakau am 3. 11. 35, c. nach Ilustr. Kurj. Codz. Nr. 308 vom 6. 11. 1935. ...zurück...

28Perdelwitz: l. c., S. 120. ...zurück...

29Roß, Fr.: l. c., S. 27. ...zurück...

30Roß, Fr.: l. c., S. 29. ...zurück...

[23]

# B. Die polnische Volkstumsfront und der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen (Forts.)

## II. Der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe seit 1918

### a) Einführung

Der umfangreiche erste Teil der vorliegenden Untersuchung erwies sich als notwendig, um die Kräfte und Inspiratoren aufzuzeigen, aus deren Kreis der niemals zufriedenzustellende, unaufhörlich Mißtrauen und Feindschaft suchende Geist der polnischen Presse gespeist wird; denn der mit Einheitlichkeit vorgetragene, nur in der Tonart und Intensität verschiedene Presseangriff schwebt nicht in dem luftleeren Raum einer allgemeinen Teilnahmslosigkeit oder in dem unsicheren Wellengang auf- und abflutender Volksstimmungen, sondern liegt vielmehr schon jahrzehntelang sicher eingebettet in dem Meer von Mißtrauen, Abneigung oder Haß, die den Deutschen in Posen und Westpreußen von dem Polentum entgegenströmen.

Perdelwitz zählt den "Deutschenhaß" zu den charakteristischen Merkmalen der großpolnischen Bevölkerung, durch welche diese sich von dem übrigen Polentum unterscheide.1 Es mag dabei dahingestellt sein, inwieweit mit der Anwendung dieser Charakterisierung die Skala und Verbreitung der verschiedenen antideutschen Empfindungen erfaßt werden kann. Sicher ist, daß durch ihn auf eine mit dem Posener Polentum fest verbundene Erscheinung hingewiesen wird, die in gleicher Weise bei den Polen Westpreußens vorhanden ist.

Ausdruck dieser Volksmeinung ist die Presse, denn "wohl kaum eine Einrichtung", schreibt Bömer,2 "spiegelt klarer und anschaulicher Wesen und Eigenart eines Volkes wider als seine Presse". Sie ist zwar "Instrument zur Bildung der öffentlichen Meinung", d. h. Mittel zur Herbeiführung einer allenthalben anerkannten Ansicht über einen Gegenstand und kann in diesem Sinne ein bedeutsamer öffentlicher Erziehungsfaktor sein. In ihrer Wirksamkeit ist sie jedoch abhängig von der Vorstellung oder gefühlsmäßigen Einstimmung, die im Volk hinsichtlich des zu behandelnden Gegenstandes vorhanden ist und die auf die Tätigkeit der Presse nach der Art eines Resonanzbodens reagiert. So mühsam und langwierig die Umstimmung einer festgewurzelten allgemeinen Vorstellung ist, so willig folgt andrerseits das Volk den Parolen der Presse, wenn diese sich mit den gebildeten und schon vorhandenen Ansichten decken. In diesem zweiten Falle tritt die Presse als

echter Ausdruck der öffentlichen Meinung in Erscheinung, was sie im ersteren erst dann wird, wenn die erstrebte Umstimmung des Volkes erreicht ist.

Im Falle des deutsch-polnischen Volkstumskampfes war die Einheit zwischen Volk und Presse auf der polnischen Seite stets vorhanden. Die Arbeit der führenden Elemente des Volkes und die Haltung der Volksmasse ergänzte sich, sodaß die Presse auf dieser Grundlage der hervor- [24] ragenden Wirkung ihres Einsatzes stets gewiß sein konnte. Erst aus der Kenntnis der polnischen Volkstumsfront, soweit sie im Rahmen der Untersuchung vermittelt werden konnte, ist der Widerhall antideutscher Losungen der polnischen Presse von Posen und Westpreußen im polnischen Volksteil voll zu verstehen.

Die Entdeutschung Posens und Westpreußens ist durch Polen systematisch seit der Einbeziehung dieser Gebiete in seinen Hoheitsbereich betrieben worden. Über den Kampf gegen das deutsche Volkstum ist von H. Rauschning3 eine eingehende Darstellung erschienen, auf die im Rahmen der Arbeit verwiesen werden kann. Sie umfaßt den Zeitraum von der Loslösung Posens und Westpreußens aus dem alten Reichsgebiet bis zum Jahre 1929, also den Abschnitt, in dem die für das Verhältnis zur deutschen Volksgruppe entscheidenden Maßnahmen von polnischer Seite aus getroffen wurden. Die Arbeit des Emigranten Rauschning ist mit Absicht gewählt worden. Die Tatsache, daß einer der gehässigsten Gegner der Politik des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches die beweiskräftigen Argumente für das Unvermögen des polnischen Volkes und Staates, seinen fremden Volksgruppen das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht zu gewährleisten, vorlegt, muß von vornherein eine Kritik mit dem Mittel der Ableugnung oder den Versuch einer Rechtfertigung lähmen.

Die polnische Presse von Posen und Westpreußen hat den Weg der Entdeutschung in allen Einzelheiten begleitet, ja zum großen Teil vorbereitet und angeführt. Von dieser unaufhörlichen Handlung war kaum ein Blatt der beiden Gebiete ausgeschlossen. Die Führung lag verständlicherweise bei den beiden Posener Hauptorganen: Dziennik Poznański und Kurjer Poznański, beides Zeitungen mit einer traditionell scharf antideutschen Tendenz. Während der Kurjer Poznański4 als Blatt der westpolnischen ND. die radikale Tonart, ohne jemals eine Einschränkung machen zu müssen, beibehalten konnte, wandelte sich der Dziennik Poznański5 von einer zumeist regierungsfreundlichen Haltung unter dem Regime der Nachfolger Pilsudski's zum im Westen führenden Blatt der Regierung und mußte sich auch demgemäß in seiner Schreibweise der amtlichen Politik in gewissem Maße anpassen. Diesen Zeitungen gegenüber spielt die übrige Provinzpresse in Gnesen, Thorn, Bromberg und anderen Städten nur eine Nebenrolle, zumal die Verlage der beiden Hauptblätter noch durch eine Reihe

von Zeitungen als Nebenausgaben in Posen und anderen Städten vertreten sind.6

[25] Infolge ihrer beherrschenden Stellung sind die Stimmen des Kurj. Pozn. und Dzien. Pozn. in vieler Hinsicht auch für das Gebiet Westpreußens gültig. Als Stimme der polnischen Presse Westpreußens ist daneben die Thorner Zeitung Słowo Pomorskie häufiger zitiert worden. Dennoch muß in einzelnen Punkten der Untersuchung ergänzend auch auf die kleinere Presse eingegangen werden. Auf die Presse außerhalb von Posen und Westpreußen ist verzichtet worden, nicht, weil sie für den Kampf gegen das Deutschtum bedeutungslos wäre, sondern weil der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in beiden Gebietsteilen seine eifrigsten und fanatischsten Verfechter naturgemäß im Lande selbst hat, die übrige polnische Presse also nur einen Widerhall der im Westen Polens geprägten Vorstellungen und aufgestellten Forderungen geben konnte. Da sie zudem in ihrer Wirksamkeit durch ihre geringere Verbreitung gehindert war, konnte sie nur in sehr begrenzter Hinsicht an dem publizistischen Erfolg beteiligt sein.

### b) Ausgangsstellung und Ziel des polnischen Presseangriffs

Die polnische Presse aus der ersten Zeit der neu errichteten Unabhängigkeit, also der Anfangsmonate des Jahres 1919, läßt keineswegs schon ein klares Verhältnis zu den Deutschen des eben durch den geglückten Aufstand gewonnenen Posener Gebietes erkennen. Es fehlt sowohl die Andeutung einer bestimmten Aktionsrichtung als auch die Geläufigkeit von gegen das Deutschtum gerichteten Thesen. Gegenstand feindlicher Auslassungen war das Deutsche Reich und vor allem die dem polnischen Vordringen einen letzten Widerstand entgegenstellende Selbstschutzorganisation des "Heimatschutzes". Sowohl die politisch ungeklärte Lage wie das Schwergewicht des bisherigen deutschen Einflusses hemmten die Zeitungen in ihrer Stellungnahme zum Deutschtum. Zudem sprach bei einem anderen Teil der Presse der Wunsch mit, die Deutschen, die in der Wirrnis des Geschehens ohne rechte Entschlüsse waren, bei der noch sehr unsicheren polnischen Position in abwartender Passivität zu erhalten. Daher finden wir in der Presse jener Zeit ganz übereinstimmend mit den Versicherungen der amtlichen und halbamtlichen polnischen Stellen über die Anerkennung voller Gleichberechtigung für die Bürger deutscher Nationalität7 Erklärungen von polnischer Toleranz und sogar menschlichem Verständnis für die veränderten Verhältnisse der Deutschen. Der Orędownik schreibt in den ersten Januartagen 1919, daß Leben [26] und Eigentum der Deutschen und Juden unangetastet bleiben müssen. Wer gegen die Deutschen und Juden in Posen

hetze, den solle man ungesäumt dem nächsten polnischen Wachposten übergeben. Der Dzien. Pozn. ist ein besonders augenfälliges Beispiel für diese "tolerante" Einstellung. An ihm ist aber auch deutlich die schnelle Wandlung zum deutschfeindlichen Kurs zu erkennen. So schreibt er in seiner Ausgabe Nr. 31 vom 7. 2. 1919:

"Wir wollen keine Vergeltung. Dagegen wünschen wir, daß diese Fremdsprachigen, die in unseren Grenzen bleiben, zufriedene und glückliche und darum an den Staat gebundene Mitbürger werden. Auch wenn sie gegen uns Stellung nehmen, werden ihnen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung sicher sein. Wir werden geduldig gegen sie sein und Nachsicht haben und werden imstande sein, ihre Gefühle zu achten. Wir werden nicht brutal in ihre Herzen treten und sie nach uns umzuformen suchen... Wir werden keine Intriguen und keine Ausnahmegesetze gegen sie ins Feld führen, und wir werden sogar ihren evtl. Träumereien gegenüber Nachsicht haben... Wir fordern eine anständige, gerechte Politik gegen die fremdsprachigen Minderheiten nicht aus irgendeiner Schwäche zu ihnen - wie z. B. zu den Deutschen, die selbst dafür sorgen, daß wir sie nicht lieben können - sondern im Interesse des polnischen Staates."

Diese programmatisch anmutenden Sätze des Dzien. Pozn. sind also nur eine Ergänzung zu den Versprechungen der verantwortlichen Politiker und ebenso wie diese auf eine bewußte Täuschung der Deutschen über ihr künftiges Schicksal berechnet.8 In der gleichen Richtung liegt die von der polnischen Presse unternommene Aktion, planmäßig alle von den Polen verübten Gewalttätigkeiten zu dementieren und die darüber berichtende deutsche Presse der Verleumdung zu beschuldigen.

In einem dieser fast täglich erscheinenden Dementis schreibt der Dzien. Pozn. unter der Überschrift "Lügenkampagne", daß die deutsche Presse systematisch falsche Berichte über angebliche terroristische Handlungen gegen die Deutschen bringe, nichts aber über die Provokationen und Gewaltakte des "Heimatschutzes" und anderer Organisationen.

Gegenüber diesen Beteuerungen, die im schärfsten Widerspruch zu den täglichen polnischen Rechtsbrüchen standen, klingt die Stimme schon etwas anders, die eine Polonisierung der Stadt Posen in ihrem äußeren Bild fordert. "Man wird die fremden Symbole von unserem Rathaus herunterholen, die unser Empfinden provozierenden Denkmäler beseitigen und sie durch andere ersetzen müssen", schreibt der Dzien. Pozn.9 "Man wird den Straßen und öffentlichen Gebäuden polnische Namen geben müssen [27] usw., überflüssig hinzuzufügen, daß im polnischen Staat alle amtlichen Aufschriften grundsätzlich und ausschließlich polnisch sein müssen".10

Ein anderes Blatt, der Dziennik Bydgoski,11 hält die Herbeiführung eines

erträglichen Verhältnisses zwischen Deutschen und Polen für aussichtslos. Er habe eine Zeitlang ein solches Verhältnis angestrebt, sich jedoch davon überzeugt, daß dies eine zwecklose Mühe sei, weil die Deutschen ohne Rücksicht darauf, ob sie Hakatisten12 oder Sozialisten seien, ihre alten Laster nicht ablegen könnten.

Diese hier zum Vorschein kommende Haltung nimmt eine klare Gestalt an in einem Leitartikel des Dzien. Pozn. unter der Überschrift "Gesellschaft zum Schutze der Grenzen". Es heißt darin, daß sich alle bestehenden Vereinigungen, deren Zweck der Schutz der Grenzen sei, in einem großen Verbande zusammenschließen müßten, der ganz Polen umfassen müsse. "Die Aufgabe dieser großen Organisation wird die Abwehr aller drohenden Einflüsse einer fremden Kultur oder fremder Barbarei in den Grenzkreisen sein." In ganz Polen müsse man Stützpunkte zur Verteidigung der Grenzen bilden, um möglichst viel Mitglieder zu erhalten. Die Gruppen in den Grenzorten hätten zudem eine besondere Aktion für die bedrohten Gebiete zu unternehmen.13

Für das Polentum von Posen ist eine solche Forderung unmißverständlich. Unter der "fremden" Kultur und der "fremden" Barbarei sind in erster Linie die Deutschen gemeint, die "bedrohte" Grenze ist vor allem die polnische Westgrenze. Der Vorschlag des Dzien. Pozn. enthüllt sich damit, wie es auch Rauschning festgestellt hat,14 als Grundstein zur Bildung des späteren, bereits in einem besonderen Kapitel behandelten Westmarkenvereins, dem damit gleichzeitig der Aufriß seines deutschfeindlichen Programms vorgezeichnet wird.

So hatte der Dzien. Pozn. und mit ihm die übrige Presse bereits nach wenigen Monaten die Stellung in dem Verhältnis zur deutschen Volksgruppe bezogen, die sie in Zukunft nie mehr verlassen, sondern nur noch versteift und ausgebaut haben. Es können aus den folgenden Jahren Zitate in beliebiger Anzahl dafür angeführt werden. Wohl jeder Tag brachte ein Beweisstück dafür. Sei es, daß der Kurj. Pozn. im Februar 192115 von der Regierung eine politische Linie in der Behandlung der in Polen lebenden Deutschen fordert, von der bisher nicht die Rede sein könne und deren Inhalt es sei, "ein kulturelles und dauerndes wirtschaftliches Übergewicht des polnischen Elements besonders in den Grenzkreisen zu sichern", [28] sei es, daß der Dzien. Pozn.16 sich geschmacklos äußert, daß Polen die nationalen Minderheiten "wie ein Geschwür am Körper" empfinde: die Frontstellung gegen das Deutschtum ist eindeutig festgelegt.

Der Angriff gegen das Deutschtum beschränkte sich nicht auf eine Einengung der deutschen Handlungsfreiheit und der Wirksamkeit ihres Einflusses, sondern kannte von Anfang an nur ein Ziel: die deutsche Volksgruppe zu vernichten. Das entscheidende Wort fiel im Oktober 1919 von

seiten der in Westpolen herrschenden nationaldemokratischen Partei. Der spätere Kultusminister Stanislaus Grabski entwickelte vor einer Versammlung von Delegierten in Posen die Forderungen der Partei gegen das Deutschtum, die besagten, daß der Prozentsatz der Fremden (lies: der Deutschen) von 14 oder sogar 20 v. H. auf 1½ v. H. zu bringen sei. Das polnische Land sei ausschließlich für die Polen.

Die Presse nahm diese als "Posener Programm" gekennzeichneten Vorschläge mit Begeisterung auf und wiederholte sie in unzähligen Variationen. Sie sorgte für die Verbreitung und Popularisierung der verkündeten Parole und gab damit dem polnischen Bevölkerungsteil in den gewandelten Verhältnissen die Verhaltungsmaßregeln gegenüber den Deutschen an. Die sich gegen Sicherheit und Ordnung vergehenden Elemente unter dem Polentum mußten in einer solchen Verdolmetschung einen Freibrief gegen die deutschen Bürger erblicken, sodaß die Presse zeitweise eher zur Vermehrung der Unruhe als zur Förderung friedlicher Zustände im Lande beitrug.

Für die Reduzierung des Deutschtums schlug die Presse zwei Wege vor:

die Deutschen durch Verdrängung aus dem Lande zu entfernen;
die weniger national gefestigten Deutschen durch entsprechenden Druck zu polonisieren und damit dem eigenen Volkstum einzuschmelzen.

Eine solche Zielsetzung setzte aber einen totalen Angriff auf alle Lebensgebiete der Deutschen voraus. Die Presse hat auch nicht gezögert, ihn zu beginnen. Alle Lebensgrundlagen der Volksgruppe wie Sprache, Kirche, Arbeit, Boden, wurden vor die polnische Öffentlichkeit gezerrt und den Deutschen das Recht darauf abgesprochen. Die Loyalität und Vertrauenswürdigkeit des einzelnen Deutschen wie der deutschen Gesamtheit wurden in Zweifel gezogen und verleumdet und damit die Ehre der deutschen Mitbürger geschmäht. Die Absicht war, in den Kreisen des Deutschtums den Lebens- und Behauptungswillen zu schwächen und unmittelbar die Neigung zur Abwanderung zu erzeugen.

Für die Durchsetzung eines Programms, das praktisch die Vernichtung der deutschen Volksgruppe herbeiführen wollte, mußten jedoch zwei unerläßliche Faktoren gewonnen werden: die Staatsführung und das polnische Volk. Während die Presse der amtlichen Politik gegenüber offene Türen einrannte, vielmehr von dieser oft genug als Sturmbock gegen den [29] Völkerbund und das Ausland bei einer Mißbilligung der offenen Entnationalisierungspolitik Polens eingesetzt wurde, mußte erst innerhalb der polnischen Bevölkerung eine einheitliche aggressive Haltung gebildet werden. Der anfänglich verkündete Siegerstandpunkt, wonach alle Güter der Deutschen als "Beutestücke" behandelt werden konnten, ließ sich auf die Dauer nicht halten

und erfaßte zudem nur einen Teil der polnischen Bevölkerung. Daher ging die Presse bald dazu über, eine Meinung im polnischen Volksteil zu erzeugen, die die Sicherheit des Staates durch die Existenz der deutschen Volksgruppe bedroht ansah und sie als nationale Gefahr empfand. Kein Zweifel, daß diese Aufgabe schwieriger zu lösen war, nachdem die Kraft des Deutschen Reiches nicht mehr spürbar war und die Polen sich unter eigenem Hoheitsrecht einrichten konnten. Die Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Aktion war größte Breitenwirkung. Deshalb wurde die Presse unter den verschiedenen Werkzeugen der deutschfeindlichen Propaganda zur ersten Vorkämpferin. Die Presse war dort, wo die Organisation des Westmarkenvereins nicht oder noch nicht tätig war, sie brachte die Aufforderung zu antideutschen Kundgebungen ins Haus, sie wiederholte täglich die gleichen Drohungen und Verleumdungen vor einem tausendfachen Leserkreis,17 für deren Verbreitung die polnische Geistlichkeit auf die mündliche Einzelwerbung und die gelegentliche Predigt beschränkt war.

In welcher Weise der Pressefeldzug geführt worden ist, soll an anderer Stelle berichtet werden. Über den Erfolg soll der Kurj. Pozn. selbst zu Worte kommen, der im Jahre 1926 feststellte: "Es gibt eine Frage, in der sich alle Polen der Westgebiete verbunden fühlen, in der trotz aller verschiedenen Parteiansichten vollkommene Einigkeit herrscht: das ist die deutsche Frage".18

"Es hatte sich eine einheitliche Front sämtlicher Parteien gebildet", schreibt Rauschning,19 sodaß die Tendenz der publizistischen Tätigkeit solcher Zeitungen wie Kurj. Pozn. und Dzien. Pozn. nicht mehr allein die Ansicht bestimmter politischer Gruppen und Organisationen darstellte, sondern die politische Haltung der weitesten Bevölkerungsschichten von Posen und Westpreußen. Eine solche umfassende polnische Einheitlichkeit in der Ausrichtung gegen die deutsche Volksgruppe zu erreichen, war von Anfang an das Ziel der polnischen Presse gewesen. Nachdem sie einmal Tatsache geworden war, konnte von einer so ausgerichteten Öffentlichkeit jeder weitere Schritt zur Verfolgung des Deutschtums verlangt werden; bereitwillig nahm das Polentum die Hinweise und Forderungen der Presse entgegen, jede Anregung zu einem neuen Vorgehen gegen die Deutschen begrüßend, aber auch, wie die Zukunft lehren sollte, verschlossen gegen jeden Ausgleich und jede Anerkennung der völkischen Rechte der deutschen Volksgruppe.

[30]

**c) Merkmale des Presseangriffs**

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung einer erzieherischen oder propagandistischen Pressearbeit ist die Art, wie sie dem Leser zugeleitet wird. Je nach der Zusammensetzung des Leserkreises und dem Inhalt der Zeitung, des Artikels oder der Nachricht wird sich die beste Wirksamkeit einer Arbeitsweise bestimmen. Günzel hat in seiner vorgenannten Untersuchung dieser Frage einen besonderen Abschnitt gewidmet. Für eine vergleichsweise Gegenüberstellung der publizistischen "Arbeitsformen", wie sie Günzel nennt, aus der Zeit der preußischen Herrschaft mit der für den Volkstumskampf verwendeten Schreibweise im neuen Polen seien die Ergebnisse der Günzel'schen Arbeit im Folgenden angeführt:20

Günzel nennt an erster Stelle: die volkstümliche Sprache und die systematische Wiederholung bestimmter Forderungen ohne sonderliche Wandlung der Ausdrucksform. Beides sind typische Mittel einer Publizistik, die sich an einen Leserkreis mit eng gezogenem Gesichtskreis wendet. Wenn die volkstümliche Sprache nicht nur bei größeren Massenaktionen Verwendung fand, so deshalb, weil die damalige Presse ihre Tätigkeit über die propagandistischen Aufgaben hinaus zu einer dauernden Erziehungsarbeit an dem Volksganzen zu erheben bemüht war.

Weitere Arbeitsformen nennt Günzel die Aufstellung "nationaler Gebote", die das Verhalten nationaler Polen bestimmten, weiter Denunziationen, Warnungen und Drohungen gegenüber polnischen Landsleuten, die sich gegen die nationalen Pflichten oder die nationale Würde vergingen, einen ausgezeichneten Nachrichtendienst über alle politisch bedeutsamen Vorkommnisse in den kleinsten Orten und einen ebensolchen Kontrolldienst über den Stellenmarkt, der den Polen ein unschätzbares Hilfsmittel in der Boykottbewegung war.

Bei einem Überblick über diese Aufstellung und einem Vergleich mit den seit 1919 in der polnischen Presse des ehemaligen Teilgebiets sichtbaren Merkmalen ist festzustellen, daß alle diese Requisiten einer auf den Volkstumskampf abgestimmten Pressearbeit wieder Verwendung gefunden haben.

In der Nachkriegszeit sind die Zeitungen ebensowenig wie früher wählerisch in ihrer Tonart. Derbe Kraftausdrücke stehen neben bunt ausgemalten Bildern, die die Verfolgung des Deutschtums zum Gegenstand haben und teilweise jeden Anspruch auf Geschmack verleugnen. Die Deutschen werden als "unser verhaßter Feind" bezeichnet,21 oder es ist gar von den "deutschen Reptilien" die Rede.22 Ein besonders krasses Beispiel dafür bietet ein Artikel im Dziennik Kujawski,23 der von der "germanischen Hydra" als einem

"gemeinen Aas" spricht, "das im Inter- [31] esse der öffentlichen Hygiene möglichst bald aus den Augen der Menschen entfernt werden müßte".

Ebenso offensichtlich für die Mentalität und den Bildungsgrad der Leser bestimmt ist der alte Grundsatz der Wiederholung. Günzel führt ihn ausdrücklich auf die "geistige Trägheit der Lesermassen" zurück. Jedoch hat die Presse die Gewohnheit derselben Behauptungen und Schlagworte bereits mit einer gewissen Stumpfheit der Leser eintauschen müssen. "Auch der Pole empfindet die Öde seiner Presse", schreibt die Deutsche Rundschau in Polen.24 Der von dieser Seite her beeinflußte Gehalt der polnischen Presse hat auch die polnische Kritik auf den Plan gerufen, in der festgestellt wird, daß "sich gegenüber der Vorkriegszeit das Niveau unserer Zeitungen (in Pommerellen) gar nicht erhöht habe"; dagegen habe sich die Auflageziffer gewisser Zeitungen bedeutend verringert.25

Das Moment der Wiederholung spiegelt sich auch in serienweise erscheinenden Artikeln wieder, die einen bestimmten Angriffspunkt zum Gegenstand haben und erkennen lassen, daß die Presse mit dem Grundsatz vertraut ist, wonach jede Behauptung Glauben findet, wenn sie nur mit Hartnäckigkeit wiederholt wird.

Auch das bewährte Mittel der "nationalen Gebote" ist wieder aufgetaucht. In einer langen Liste werden den Polen Verhaltungsmaßregeln für ihr persönliches und geschäftliches Verhältnis zu den Deutschen gegeben. Der Zweck der "Gebote" geht über die Ausschaltung der Deutschen aus dem Wirtschaftsleben hinaus. Er bleibt auch nicht bei der nur formellen Scheidung des polnischen vom deutschen Element stehen, denn diese würde ja im Grunde der erstrebten gewaltsamen Assimilierung der Deutschen zuwiderlaufen. Vielmehr ist als letzter Sinn das den Geboten zugrunde liegende Ziel zu erkennen, die Deutschen durch öffentliche Absonderung und Diffamierung vereinsamen zu lassen und sie damit zur Aufgabe ihres Volkstums zu bewegen.

Auf der gleichen Ebene bewegen sich auch die Formen der öffentlichen Brandmarkung von Polen, die es wagen, aus dem Kreis der von der Presse aufgestellten Vorschriften herauszutreten. Hier ist es im besonderen die Frage des Bodenbesitzes, die die Presse mit schärfster Aufmerksamkeit beobachtet. "Als Landesverschacherer sind rücksichtslos alle diejenigen zu brandmarken, die ihren Besitz in deutsche Hände abgeben," schreibt der Kurj. Pozn. unter der Überschrift "An den Pranger".26 Andererseits ist es "Verrat an der polnischen Sache", wenn sich Kritik im eigenen polnischen Presselager an der chauvinistischen Deutschfeindlichkeit erhebt. Schon an diesem kurzen Überblick, dem an dieser Stelle nicht mehr [32] Raum zu geben ist, kann ersehen werden, in welchem Umfange die Presse die Formen der früheren Kampfesweise wieder aufgegriffen hat. Die neuen

politischen Tatsachen haben jedoch manche alten Formen verändert und eine Reihe neuer entstehen lassen, bei denen die Erfahrung eines jahrzehntelang geübten Volkstumskampfes sich unverkennbar bemerkbar macht.

Zunächst das Schlagwort, d. h. eine Formulierung, die in Form und Inhalt einprägsam eine für alle Vorstellungen verständliche Feststellung trifft. Die polnische Presse hat im Erfinden immer neuer Wortbildungen eine bemerkenswerte Fertigkeit gezeigt, ohne allerdings dabei auf die wirksamsten aus der Vorkriegszeit zu verzichten. Solche Schlagworte wie "preußisches Kreuzrittertum", der deutsche "Drang nach dem Osten" oder die alte Boykottlosung "Jeder zu dem Seinen" sind in den Spalten der Zeitungen wieder zum Leben erwacht, weil ihre werbende Kraft unverändert stark geblieben ist.

Die neuen Schlagworte sind auf dem Boden der neuen Verhältnisse erwachsen. Jeder offene Hinweis deutscher Menschen auf ihr Bekenntnis zu ihrem Volkstum wie ein Singabend deutscher Jungen in ihrem Heim oder das Tragen eines deutschen Vereinszeichens wird von der Presse als "Provokation des polnischen Nationalgefühls" erklärt. Versuchen die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte wie den deutschen Schulunterricht wahrzunehmen, so werden sie von der Presse als "illoyal" verurteilt. Um den Beschwerden der Deutschen vollends jede Grundlage zu nehmen, wird der polnischen Bevölkerung das Lied von der beispiellosen "polnischen Toleranz" vorgesungen. "Die polnische Toleranz ist sprichwörtlich," schreibt der Kurj. Pozn.27 Mehr noch: "Die polnische Großmut gegenüber den nationalen Minderheiten ist wirklich rührend". Worauf aber das Wort von der "polnischen Toleranz" hinauswill, erfährt man einige Zeilen weiter, in denen ein Klagelied über die ungerechte Behandlung der Polen in Deutschland erhoben und die "gleiche Handlungsweise" gegenüber den Deutschen in Polen empfohlen wird.

Von größtem Einfluß ist das Schlagwort von der "deutschen Gefahr" geworden. Schon in den ersten Tagen nach dem Kriege tauchte es in der Presse auf, um sich schließlich an die Spitze aller gegen das Deutschtum ins Feld geführten Behauptungen zu stellen. In unzähligen Wiederholungen hat es die Presse den Polen eingehämmert und mit historischen, wirtschaftlichen, kulturellen, vor allem aber strategisch-militärischen Gründen zu belegen gewußt. Der dadurch wachgerufene polnische Sicherheitskomplex konnte von vornherein als bester Bundesgenosse im Volkstumskampf gelten. Seine Ergänzung hat das Schlagwort von der "deutschen Gefahr" in der seit dem Jahre 1935 aufgestellten politischen Parole von der "Verteidigung des Vaterlandes" gefunden, die zum Kennwort für das [33] Programm des Staates sowie aller Parteien erhoben worden ist. In ihr haben Regierung,

Nationaldemokratische Opposition und die Partei der Sozialisten wenigstens eine gemeinsame Linie gefunden. Gegen wen "Verteidigung des Vaterlandes"? Für die Presse aller Schattierungen in Posen und Westpreußen gibt es nur eine und zwar die "deutsche Gefahr".

Neben diesen wirksamsten und am meisten gebrauchten Wort- und Begriffsprägungen, die im Polentum ihren Niederschlag allmählich in festen Anschauungen gefunden haben, gibt es in der Presse noch eine Fülle anderer geformter Begriffe, die sich in ihrem Inhalt auf Teilgebiete des Lebens der deutschen Volksgruppe beziehen, so z. B. wenn die "landesverräterischen Umtriebe der deutschen Organisationen" behandelt oder die deutschen Bankinstitute als "Vortrupp der deutschen Expansion" bezeichnet oder ein deutscher Gutsbesitz "eine Expositur des preußischen Hakatismus" genannt werden. Sie sind deshalb nur eine Ergänzung der Hauptparolen, erfüllen aber im Hinblick auf die Gesamtwirkung hervorragend ihren Zweck.

Zu den Arbeitsformen der Presse gehören auch die verschiedenen taktischen Manöver, mit denen die polnische Öffentlichkeit gegen die Deutschen eingenommen werden soll.

Das billigste Verfahren, das begreiflicherweise sofort nach dem Kriege besonders beliebt war, ist der Hinweis auf die Zeit unter der preußischen Herrschaft. Die Maßnahmen der früheren preußischen Behörden werden als verwerflich und grausam hingestellt und der damals entwickelte Widerstand im Volkstumskampf der polnischen Bevölkerung als beispielhaft für die gegenwärtige Lage vor Augen geführt.

Die Ergebnisse der aus dem Gegensatz zum preußischen Regime entwickelten Kampfmethoden werden von der Presse zur Lehre und Nacheiferung wiedergegeben. Die Presse konnte hinsichtlich dieser Methode auf einen sicheren Erfolg rechnen, da die Erinnerung an diese Geschehnisse trotz des Weltkrieges keineswegs verblaßt war und die Generation jener Zeit noch mitten im Leben stand.

Ausgeklügelter war eine Taktik, in der sich die Presse in eine scheinbare Verteidigungsstellung zurückzog. Die Zeitungen unterschoben der deutschen Volksgruppe einfach die Absicht einer friedlichen Eroberung des Landes. Die Durchdringung Posens und Westpreußens durch die Deutschen geschehe nicht bloß durch die Presseпropaganda und Vertreibung von Broschüren, sondern werde vor allem sichtbar durch die Erwerbung von Land und Immobilien, gaben die polnischen Blätter bekannt. Das deutsche Element sei im Vordringen; die Sicherheit des Staates sei gefährdet.

Dieses Vorgehen brachte der Presse zwei Vorteile. Die Polen fühlten sich

durch die Warnungen in Unruhe versetzt und nahmen verstärkten Anteil an der Kampagne gegen das Deutschtum. Wichtiger aber war, daß die Presse aus der Scheinstellung einer Verteidigung heraus offen zum Angriff auf die Rechte der Deutschen übergehen konnte. Man konstruierte also den Schemen eines bedrohlichen Feindes, um für sich den Grund [34] zu einer eigenen Aktion zu haben. Die später angeführten Beispiele werden diese Taktik genügend verdeutlichen.

Wenn es der deutschen Volksgruppe auch gelingen konnte, ihre Stimmenzahl bei den Wahlen zu bewahren, wenn sie zeitweise verhindern konnte, daß deutscher Boden im freien Grundstücksverkehr in polnische Hände geriet, so bestand für die polnische Presse kein Grund, die polnische Öffentlichkeit gegen die Deutschen zu mobilisieren. Denn zu der Zeit, als die Zeitungen in immer größerem Umfange zu dieser Argumentation griffen, hatten schon hunderttausende Deutscher das Land verlassen müssen, waren weite Flächen deutschen Besitzes an Polen übergegangen. Diese Tatsache dürfte aber das Bild von einer "deutschen Aggression" entscheidend verändern.

Eine hervorstechende Eigenschaft der westpolnischen Bevölkerung ist ihre ausgeprägte Judengegnerschaft. Nichts konnte vorteilhafter für die polnische Presse sein als das Problem der Juden in einen Zusammenhang mit den Deutschen zu bringen. Der Ansatz war hier umso günstiger als aus der Vorkriegszeit bekannt war, daß sich die Juden häufig hinter der deutschen Volkstumsfront verborgen hatten und oft zu dieser hinzugerechnet worden waren.

Schon im ersten Jahr der neugewonnenen Staatlichkeit ging die Presse dazu über, der Öffentlichkeit eine deutsch-jüdische Gemeinsamkeit auch unter den neuen Verhältnissen einzuprägen. "Die Juden bilden überall im Osten Europas die deutsche Avantgarde," schreibt der Dzien. Pozn.28 Auch in den folgenden Jahren hat es an Versuchen, Judentum und Deutschtum auf einen Nenner zu bringen, in der Presse nicht gefehlt. Das Auftreten des deutschen Antisemitismus und der nationalsozialistische Umbruch in Deutschland 1933 mit seinen Wellenschlägen in die deutschen Volksgruppen in aller Welt und die von ihm herbeigeführte radikale Lösung der Judenfrage brachte allerdings die Presse in einige Verlegenheit, die sie dadurch zu beheben versuchte, daß sie "eine nahe und interessante geistige Verwandtschaft" zwischen Deutschen und Juden behauptete.29

Von hervorragender Bedeutung ist die Frage des taktischen Vorschubs der polnischen Volkssplitter im Deutschen Reich. Das Problem sei wie folgt angedeutet: die polnische Presse weist alle Vorwürfe über die Behandlung des Deutschtums in Polen zurück, bringt dafür Klagen über die sogen. Unterdrückung ihrer Landsleute in Deutschland vor und verlangt darauf

gestützt, in Anwendung der "Gegenseitigkeit" verschärfte Maßnahmen gegen die unter polnischer Hoheit lebenden Deutschen.

Als letzte Arbeitsform soll noch die Offenheit der Presse hinsichtlich der eigentlichen polnischen Absichten gegen die Deutschen genannt werden. Während die amtlichen und halbamtlichen Stellen - schon aus Gründen des polnischen Prestiges, ebenso aber um Konflikten mit dem Völkerbunds- [35] rat aus dem Wege zu gehen und das Ausland zu täuschen - ihre Entdeutschungspolitik nach Möglichkeit durch allgemein gehaltene Gesetzestexte und Begründungen mit dem Hinweis auf staatliche Aufgaben und Notstände oder hinter einem angeblichen Versagen der Bürokratie zu tarnen suchte, sprach die Presse ganz offen und deutlich aus, was jeder mit den Verhältnissen vertraute doch wußte: daß nämlich die Agrarreformgesetze, die Verordnung über das staatliche Vorkaufsrecht, die Bestimmungen über die Zusammenfassung mehrerer Schulen an einem Ort u. a. m. nur als Waffe gegen die sich zum Deutschtum bekennenden Staatsbürger geschaffen worden waren. Der Presse ging es darum, die polnische Bevölkerung über diese bezweckte Auswirkung der Gesetze aufzuklären und ihre Mitarbeit zu gewinnen, die deutschen Mitbürger aber in Besorgnis um ihr Eigentum und ihre Existenz zu versetzen. Auf der anderen Seite ist allerdings die Offenheit der Presse ein deutliches Zeugnis für den Entdeutschungswillen der amtlichen polnischen Politik.

Diesen wesentlichen Zügen im Bild der polnischen Zeitungen können noch eine Reihe Merkmale von geringerer Bedeutung hinzugefügt werden. Die Anwendung der Karikatur,30 die Veröffentlichung anonymer Zuschriften aus dem Leserkreis oder von deutsch-feindlichen Vereinigungen, Artikel aus der Feder bekannter Wissenschaftler (Prof. Kostrzewski) oder an exponierter Stelle der polnischen Volkstumsfront wirkender Staatsbeamter (der Posener Oberprokurator Kierski) u. a. m. Ihre Vielfalt und Reichhaltigkeit bestätigen die betont volkspolitische Ausrichtung der Presse wie ihre Entschlossenheit, keine Angriffsmöglichkeit gegen das Deutschtum außer Acht zu lassen.

## Anmerkungen:

1Perdelwitz: l. c., S. 103. ...zurück...

2Karl Bömer im Vorwort zu: Die Presse im Wandel der politischen Systeme Frankreichs bis zum Weltkrieg, von Gruber, Frankfurt 1937. ...zurück...

3H. Rauschning: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens, Berlin, 1930. Außerdem wird auf die Untersuchung von Stanislaus Mornik, Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen, Berlin, 1931,

verwiesen. ...zurück...

4Im Folgenden unter der Abkürzung Kurj. Pozn. ...zurück...

5Im Folgenden unter der Abkürzung Dzien. Pozn. ...zurück...

6Im Verlag des Dzien. Pozn. erscheinen der Dziennik Poranny mit seinen Kopfblättern Gazeta Kujawska (Hohensalza), Gazeta Wielkopolski (Gnesen), Ilustrowany Kurjer Zachodni (Lissa), der 1932 gegründete und zweimal wöchentlich erscheinende Rolnik Wielkopolski sowie in der Provinz Ma Rubieży. Als Nebenausgaben des Kurj. Pozn. erscheinen die Tageszeitung Orędownik in 6 Ausgaben für Posen, Großpolen, Bromberg, Pommerellen, Schlesien und das westliche Kleinpolen sowie für Lodz und Mittelpolen, die Wochenschrift Ilustracja Polska, das 3 mal wöchentlich erscheinende Volksblatt Wielkopolanin, die Nowiny Poświateczne und das 3 mal wöchentlich erscheinende Volksblatt Pomorzanin. Diese Angaben sind den Ostland-Berichten Jahrgang 1938, Nr. 1, entnommen. Auf die dort gebrachte Aufstellung polnischer Zeitungen, ihre Verbreitung, politische Haltung, redaktionelle Besetzung u. a. m. wird ausdrücklich verwiesen. ...zurück...

7vgl. Rauschning, H., l. c., S. 36 ff. ...zurück...

8Zur gleichen Zeit erklärt der Dzien. Pozn. Nr. 42 vom 20. 2. 1919 dem Deutschtum von West- und Ostpreußen und von Oberschlesien, daß ihnen das unabhängige und tolerante Polen Freiheit der Sprache, der Kultur und der nationalen Rechte zusichere. ...zurück...

9Dzien. Pozn. Nr. 62 vom 15. 3. 1919. ...zurück...

10Von dieser Forderung nahm das Blatt die Städte mit einer überwiegend fremdvölkischen Einwohnerschaft aus, wobei als Beispiel Danzig angeführt wurde - ein Beweis mehr dafür, daß sich hinter der Zusicherung der Gleichberechtigung von Anfang an nur der Wunsch nach einer weiteren Expansion verbarg. ...zurück...

11Dziennik Bydgoski Nr. 27, 1919. ...zurück...

12Das Wort bezieht sich auf die Namen der drei Begründer des alten Ostmarkenvereins: Hansemann, Kennemann und Tiedemann (H.K.T.). ...zurück...

13Dzien. Pozn. Nr. 110 vom 14. 5. 1919. ...zurück...

14Rauschning, H.: l. c., S. 42. ...zurück...

15Kurj. Pozn. Nr. 31 und 32 vom 9. und 10. 2. 1921. ...zurück...

16Dzien. Pozn. Nr. 162 vom 20. 7. 1923. ...zurück...

17Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes der Republik Polen vom Jahre 1930 wird der Hundertsatz der Analphabeten in den früheren preußischen Teilgebieten mit unter 10 v. H. angegeben. ...zurück...

18Kurj. Pozn. Nr. 148 vom 31. 3.1926. ...zurück...

19Rauschning, H.: l. c., S. 88. ...zurück...

20vgl. Günzel: l. c., S. 36 ff. ...zurück...

21Kurj. Pozn. Nr. 105 vom 7. 5. 1922. ...zurück...

22Słowo Pomorskie Nr. 233 vom 11. 10. 1927. ...zurück...

23Dziennik Kujawski Nr. 24 vom 31. 1. 1919. ...zurück...

24Deutsche Rundschau in Polen vom 14. 8. 1938. ...zurück...

25E. Ruecker, Herausgeber der in Danzig bis 1. 7. 1931 erschienenen polnischen Zeitung Baltische Presse in: "Die Lage der Presse in Ostpreußen und Pommerellen" in dem Sammelwerk Gegen die Korridorpropaganda, veröffentlicht von J. Borownik, Direktor des "Baltischen Instituts" in Thorn, 1930, S. 126. ...zurück...

26Kurj. Pozn. Nr. 158 vom 10. 4. 1927. ...zurück...

27Kurj. Pozn. Nr. 199 vom 30. 4. 1932. ...zurück...

28Dzien. Pozn. Nr. 87 vom 26. 4. 1919. ...zurück...

29Kurj. Pozn. vom 2. 2. 1936. ...zurück...

30In dem in Bromberg erscheinenden Dziennik Bydgoski vom 29. 8. 1937 ist eine für den Volkstumskampf typische Karikatur zu sehen: links ein dicker Mann mit einer großen Zigarre - der Deutsche in Polen - rechts ein Männchen mit allen Zeichen der Abzehrung und einem Maulkorb vor dem Mund - der Pole in Deutschland. ...zurück...

# B. Die polnische Volkstumsfront und der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen (Forts.)

# II. Der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe seit 1918 (Forts.)

## d) Die Angriffspunkte

### 1. Das Heimatrecht der Deutschen

"Für den Bestand der deutschen Bevölkerung im abgetretenen Gebiet war es von wesentlicher Bedeutung, wie weit oder wie eng der Personenkreis gezogen war, der nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Kleinen Vertrages 31 die polnische Staatsangehörigkeit erwerben konnte. Ihren Wünschen standen die politische Ziele Polens entgegen, die auf eine Beseitigung des überragenden deutschen wirtschaftlichen Einflusses in den ehemals deutschen Gebieten hinausliefen".32

Die deutschen Reichsangehörigen, die ihren Wohnsitz in einem der Polen zugesprochenen Gebiete hatten, konnten unter bestimmten Voraus- [36] setzungen nach den vorgenannten Verträgen die polnische Staatsangehörigkeit erwerben. Es war ihnen dabei freigestellt, die deutsche oder die polnische Staatsangehörigkeit zu wählen, also für Deutschland oder für Polen zu optieren.

Wenn auch den betroffenen Deutschen das Recht der freien Entscheidung zugesprochen war, so haben die Polen nichts unterlassen, das Deutschtum im weitesten Umfange zur Option für Deutschland zu bewegen. Um dieses Ergebnis zu erreichen, wurde eine Vielzahl von Mitteln angewandt, deren Skala von der Androhung sofortiger Ausweisung bis zur Heranziehung zum Heeresdienst unter Bruch vorheriger gegenteiliger Zusagen reichte.

Da jeder reichsdeutsche Privatbesitz an Grund und Boden liquidiert und in polnische Hand überführt werden konnte, waren die Frage der Staatsangehörigkeit bezw. der Option und die des deutschen Bodenbesitzes fest miteinander gekoppelt. Die amtliche Politik allerdings gab das keineswegs zu, sondern verschanzte sich bei ihrer Entdeutschungspraxis hinter einem System von fadenscheinigen rechtlichen Begründungen, einer ebenso bedenkenlos wie erfolgreich arbeitenden Verschleppungstaktik in allen Verhandlungen und hinter dem Vorwand eigenmächtig handelnder unterer Verwaltungsorgane und enthüllte nur selten - dann aber ganz offen

und von verantwortlicher Stelle - als Ziel ihrer Bestrebungen die Polonisierung des deutschen Bodenbesitzes und die Abwanderung der Deutschen.

Die polnische Presse hatte, wie schon ausgeführt, nur kurze Zeit gebraucht, um ihre Kampfstellung zum Deutschtum zu beziehen. Die Versicherungen der ersten Monate, die von einer Gleichberechtigung der deutschen Mitbürger sprachen, waren rasch vergessen. Obzwar die Presse in der ersten Zeit noch stark mit innerpolitischen, sich aus der langsamen Konsolidierung des Staates ergebenden Fragen und einer aufmerksamen Beobachtung der Friedensverhandlungen beschäftigt ist, tauchen doch in den Artikeln häufig - zumeist als Einleitung - Hinweise auf die Deutschen und die Ablösung ihrer Einflüsse durch polnische Kräfte auf. Blickpunkt für die Betrachtungen der Presse ist aber noch das Deutsche Reich. Es ist ihr jedoch ein Leichtes, in gegen Deutschland gerichteten Aufsätzen Verleumdungen gegen die deutschen Mitbürger einzustreuen. Als die reichsdeutsche Presse im Frühjahr 1919 über die polnischen Gewalttaten berichtet und die gesamte polnische Presse fast täglich Dementis dazu bringt, in denen die deutsche Presse als "lügnerisch" bezeichnet wird (s. S. 26), konnte man auch u. a. als Begründung dazu lesen: "Wir sehen die Deutschen von der Nähe, wir kennen sie lange und genau genug und wissen, welcher Glaube ihren heutigen Versicherungen beizumessen ist".33 Der offenen Diffamierung der Deutschen stellen sich die Meldungen zur Seite, die laufend über angebliche Grausamkeiten der Kampforganisation [37] des deutschen "Heimatschutzes" veröffentlicht wurden. Es kommt dabei der Presse außer auf eine Vertiefung der Gegensätze zwischen Deutschen und Polen auf eine bewußte Verächtlichmachung des deutschen Menschen an. Denn jede Beleidigung traf gleichermaßen das Deutschtum diesseits und jenseits der Grenzen. Eine neue Gelegenheit dazu boten die Abstimmungskämpfe in Oberschlesien, die unendlich viel Material zur Verleumdung des gesamten Deutschtums lieferten. Hier zeigte sich auch bereits klar der Zweck des Vorgehens. Die Deutschen sollen eingeschüchtert und in ihrem Sicherheitsgefühl getroffen werden. Ein in verschiedener Hinsicht aufschlußreiches Beispiel bietet der im Mai 1922 an die Deutschen gerichtete "Offene Brief". Auf die Initiative des Verbandes zum Schutze der Westmarken veröffentlichten alle größeren polnischen Zeitungen34 von Posen und Westpreußen mit Unterstützung zahlreicher Parteien und Vereinigungen einen "Offenen Brief" mit ihrer Unterschrift versehen an die deutsche Bevölkerung. Anlaß dazu war die Ermordung des Polen Dr. Styczyński in Oberschlesien. Die Deutschen werden darin aufgefordert, öffentlich "die verbrecherische Tätigkeit der deutschen Kampfeinheiten" in Oberschlesien zu verurteilen und den deutschen Stellen im Reich klarzumachen, daß auf polnischer Seite das Verlangen nach Vergeltung wachgerufen sei. Würden diese Forderungen nicht erfüllt werden, so schreibt der Kurj. Pozn.,35 dann "werden wir daraus die Folgerung ziehen müssen, daß Ihr durch Eure Passivität das System der

Gewalttätigkeiten und Morde verstärkt und unterstützt". Von den Deutschen selbst hinge es ab, "ob wir auch sie als mitschuldige Verbrecher behandeln sollen". Daß die Zeitung den "Brief" trotz seines unmißverständlichen Inhalts und mehr noch trotz des mitgegebenen Kommentars nicht als Drohung gelten läßt, sondern ihn nur eine ernste Warnung nennt, muß als plumper Tarnversuch angesehen werden. Der Dzien. Pozn. bringt den "Offenen Brief" erst am 3. Mai36 und zwar im Gegensatz zum Kurj. Pozn., der für diesen Zweck den Mittelteil der ersten Seite freigemacht hatte, auf der zweiten Seite an reichlich versteckter Stelle, außerdem ohne jeden Kommentar. Wahrscheinlich wollte er zunächst die Wirkung abwarten. Die offene Drohung, die aus dieser Kampagne spricht, mußte einen tiefen Eindruck in den Kreisen der Deutschen hervorrufen. Sowohl die Organisation der Deutschen, der "Deutschtumsbund", als auch die Zeitungen der Volksgruppe antworteten sogleich, die Aktion hatte jedoch ihren Zweck bereits erreicht, nämlich die Unruhe der Deutschen zu verstärken und auf sie einen Druck in der Richtung einer erhöhten Inanspruchnahme der Option auszuüben.

[38] Im Nachgang benutzt der Kurj. Pozn.37 die Gelegenheit, einen Außenseiter zur Rechenschaft zu ziehen, dazu, um seine Ansichten über das Verhältnis zum Deutschtum wiederzugeben. Er wendet sich gegen den Kurjer Porany, eine den Kreisen um Pilsudski nahestehende Zeitung, die es gewagt hatte, den "Offenen Brief" eine "fatale Demonstration" zu nennen und das Posener Polentum des "nationalistischen Wahnsinns" zu verdächtigen. Sie wird von der Presse zum "Bundesgenossen der hiesigen Hakatisten" und zum "Verräter an der polnischen Sache" gestempelt, der "die Hand unserem verhaßten Feinde" reiche und dafür "wert ist, für ewige Zeiten an den Pranger der nationalen Meinung" gestellt zu werden. Es ist begreiflich, daß eine derartige Tonart, die gänzlich an die Schreibweise der Vorkriegszeit erinnerte, nicht geeignet war, das Sicherheitsgefühl der Deutschen zu erhöhen und in ihnen den Wunsch zu befestigen, polnische Staatsbürger zu werden.

Eine andere Beunruhigung des Deutschtums waren Berichte über polnische Kundgebungen und Propagandaaufmärsche, die, vom Westmarkenverband veranlaßt, gegen "deutsche Gewaltakte" in Oberschlesien protestierten. War in einer Stadt nicht die rechte Anteilnahme vorhanden, wie in Tarnow, so wurde der Einwohnerschaft vorgeworfen, sie verrate "kein lebendiges Interesse für die Sache der Volksgesamtheit".38

Die Presse begnügte sich aber nicht mit diesen moralischen Druckmitteln, sondern gab auch unverblümt ihre Wünsche über eine Abschiebung der Deutschen kund. Als gutes Beispiel dafür kann der Posener Postęp39 zitiert werden, der sich im Hinblick auf die Ausübung des Optionsrechtes folgendermaßen äußerte:

"Natürlich liegt es nicht in unserem Interesse, die Deutschen zu streicheln

und zu bitten, in dem Schoß des neuen Vaterlandes auszuruhen. Es muß vielmehr erstrebt werden, daß die früheren Untertanen Wilhelms sich von hier möglichst bald davonmachen und unseren Landsleuten aus Amerika, Westfalen und den Abstimmungsgebieten Platz machen."

Im Anschluß an die Fragen der Staatsangehörigkeit und des Optionsrechtes, deren endgültiger Klärung sich die polnische Regierung durch immer neue Quertreibereien zu entziehen wußte, traten die deutschen Optanten selbst in das Blickfeld des Volkstumskampfes. Zwei Streitfragen standen im Mittelpunkt: "Die Frage der Rechtsgültigkeit unter Zwang und vorzeitig abgegebener Optionserklärungen und die Frage des Wohnrechts der Optanten".40 Es ist bezeichnend, daß die Presse der ersten Frage kaum Beachtung schenkte, sondern ihren Angriff sogleich auf den Kern der Sache richtete: die Ansprüche der Optanten auf das [39] Verbleiben in ihrer alten Heimat. Ganz entsprechend dem amtlichen polnischen Standpunkt, der in unzähligen kurzfristigen Ausweisungsbefehlen gegen die Optanten in die Tat umgesetzt wurde, vertrat die Presse die These von der Abwanderungspflicht der Optanten. Als deutsch-polnische Verhandlungen in Dresden hinsichtlich des Aufenthaltsrechts der Optanten eine für die Deutschen günstige Regelung verhießen, entfesselten der Dzien. Pozn. (Nr. 105 vom 10. 5. 1923) und Kurj. Pozn. im Mai 1923 einen stürmischen Protest. Der polnische Entwurf wurde heftig angegriffen, weil er nicht die Forderung auf sofortige Ausweisung der deutschen Optanten enthielt. Die polnische Delegation wurde beschuldigt, daß sie nicht die Interessen ihres Landes vertrete. Die Folge war, daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden.41 Nicht nur in diesem Falle, sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit beanspruchte die Presse die Rolle eines öffentlichen Kontrollorgans der Staatspolitik. Der Regierung wurde vorgeworfen, daß sie gegenüber den Deutschen "eine Politik der Ohnmacht" führe und die "deutsche Gefahr" unterschätze. Wie die oben wiedergegebene Tatsache beweist, war dabei ihr Einfluß auf Handlungen der Regierung von sehr großer Bedeutung. So oppositionell diese Haltung aber aussieht, so wirkte sie auf den politischen Sektor der deutschen Volksgruppe im Ergebnis doch nur als Vorspann der Regierungspolitik. Die Presse sprach nur aus, was die Regierung selbst wünschte und verwirklichte. Ministerpräsident Sikorski hatte im April 1923 in einer Rede in Posen die schnelle Entdeutschung der Westgebiete befürwortet und die Abwanderung der Optanten gefordert. Die gleichen Gedanken sind beim Kurj. Pozn.42 vorhanden, wenn er im Januar 1924 schreibt: "Ein erheblicher Teil der deutschen Fremdlinge ist aus unserem Teilgebiet verschwunden, aber wir haben davon immer noch zu viel - wir haben die deutschen Optanten und Staatsbürger, die tausenden kernpolnischen Bürgern das Obdach und das tägliche Brot entziehen..., die Bevölkerung unserer Landesteile versteht es nicht, daß die Optanten schon seit einem Jahr, seitdem die in den Verträgen für sie vorgesehene Frist abgelaufen ist, nicht ausgewiesen werden."

Die Presse machte sich keine Gedanken darüber, daß es auch in Deutschland Optanten gab, und zwar Nationalpolen, die für Polen optiert hatten und von der deutschen Regierung bei Inanspruchnahme des von Polen gebotenen Beispiels gleichfalls ausgewiesen werden konnten. Es schien selbstverständlich, daß sich die deutsche Regierung die Ausweisungspraxis der polnischen Behörden nicht zu eigen machte. Der polnischen Bevölkerung wurde nur gepredigt, was den Polen recht war, nicht aber, was auch eines Tages den Deutschen billig sein konnte. Umso empörter gebärdete sich daher die Presse, als im April 1923 eine Anzahl polnischer Landarbeiter in Mecklenburg und Bayern teils durch Kündigung des [40] Arbeitsplatzes, teils auf Grund von Ausweisungsbefehlen das Reichsgebiet verlassen mußte. Die Presse Posens und Westpreußens griff die Angelegenheit sofort auf und behandelte sie täglich in herausfordernden Artikeln. Einer besonders volkstümlichen Sprache bediente sich dabei der Graudenzer Głos Pomorski:43

"Auge um Auge, Zahn um Zahn. Wir haben den kreuzritterlichen Hochmut satt, der allen menschlichen und göttlichen Rechten Hohn spricht. Bei uns leben die Deutschen wie der liebe Gott in Frankreich. Haben wir denn nicht genug Optanten, genug gegen die polnische Staatlichkeit konspirierende 'Landsleute', die wir zur Vergeltung nach Mecklenburg schicken können...
Die polnische öffentliche Meinung verlangt, daß unsere Regierung nicht dulde, daß uns der Deutsche ins Gesicht speie..."

Andere Blätter schrieben, daß die polnische Bevölkerung in höchstem Grade beunruhigt sei und daß die bis zu dieser größten Spannung vorgeschrittene Ungeduld nicht zum Äußersten gebracht werden dürfe. Der Głos Pomorski44 brachte einige Tage später vor, daß zahlreiche Zuckerfabriken in Posen und Pommerellen deutsche Direktoren hätten, die die Polen boykottierten. Es sei höchste Zeit, diesen Zuständen ein Ende zu machen. "Die polnischen Behörden müßten alle diese Schwaben45 innerhalb von 24 Stunden aus Polen ausweisen."

Der Erfolg der Pressekampagne stellte sich sofort ein. Die polnische Regierung begann zur Vergeltung deutsche Optanten des Landes zu verweisen, wobei den Betroffenen dieser Grund ausdrücklich auf den Ausweisungsbefehlen angegeben wurde. Für die Volksgruppe war es besonders schmerzlich, daß von diesem Vorgehen vor allem ihre Führerschaft in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Presse aber hatte ihr Ziel erreicht. "Endlich also," schrieb der Kurj. Pozn.,46 "hat die Regierung den richtigen Weg beschritten, und wir wollen hoffen, daß sie auf ihm bis zum Schluß ausharren wird, indem sie Kopf um Kopf deutsche Staatsbürger für aus Deutschland ausgewiesene Bürger des Landes verweisen wird." Aber auch weiterhin wurde das Verhalten der polnischen Regierung in dieser

Sache genau verfolgt. Bei dem Alarmgerücht, daß Bestrebungen im Gange seien, die Regierung zu einer Mäßigung in der Vergeltungsaktion zu bringen, wird von der Presse lauter Protest erhoben. Die gesunde öffentliche Meinung, mit der sich die Presse identifiziert, müsse diese Tatsache als einen Schlag gegen die polnischen Interessen ansehen.47 Ob das Gerücht zu recht bestand, ja ob es überhaupt existierte, oder ob die Meldung nur ein Schachzug der Presse zur Steigerung der Spannung war, muß dahingestellt bleiben.

[41] Trotzdem bis Ende 1926 die Abschiebung der deutschen Optanten im Wesentlichen durchgeführt war, verschwand das Thema nicht aus den Spalten der Zeitungen. Die von der Presse im Polentum geformte Meinung erblickte in den Optanten so überzeugt die Schädlinge Polens, daß sich ein Hinweis darauf immer wieder als dankbar erwies. So schrieb die Posener Prawda48 im Jahre 1927: "Unsere (aus Deutschland) ausgewiesenen Optanten fordern die Ausweisung sämtlicher deutscher Optanten aus Polen, damit sie irgendwo wohnen können". Schließlich soll noch eine Stimme aus dem Jahre 1932 angeführt werden, wonach "die Frage der Abwanderung der Deutschen aus Pommerellen für uns von erstrangiger Bedeutung" ist, nämlich "der Deutschen, die sich seit der Zeit der Annektion hier angesiedelt und nach dem Kriege für das Deutsche Reich optiert und auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet haben".49

Wenn die Äußerung der sozialistischen Prawda als Beweis dafür gelten kann, daß die Überzeugung von der Schädlichkeit der deutschen Optanten alle Schichten der polnischen Bevölkerung erfaßt hatte, so darf die Frage gestellt werden, ob eine derartige breite Leserschicht in allen Teilen überhaupt in der Lage war, den Unterschied zwischen deutschen Optanten und polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität zu sehen. Diese Frage kann ohne Bedenken verneint werden. So gesehen, enthüllt sich die weitere Behandlung der Optantenfrage auch nach 1926 durch die Presse als ein Akt propagandistischer Schlauheit, der seinesgleichen suchen kann. Indem die Presse die alte, festsitzende und in der Wirkung sichere Formel weiter anwendet, trifft sie das Deutschtum, das kraft des Besitzes der polnischen Staatsangehörigkeit nicht mit der gleichen Offenheit zur Abwanderung aufgefordert werden kann.

Eine andere Methode, das Heimatrecht der deutschstämmigen Staatsbürger anzugreifen, ist die bewußte Unterschiedslosigkeit der Presse, von "den Deutschen" oder dem "deutschen Element" zu schreiben. Als Beispiel sei der Kurj. Pozn.50 angeführt: "Die Zahl der Deutschen und ihr Besitzstand in Polen müßte schonungslos auf das Mindestmaß zurückgedrängt werden, dann erst würde der national-polnische Charakter der Westgebiete Polens nicht mehr in Frage gezogen werden können." Während soweit noch

zweifelhaft ist, ob damit etwa die deutschen Optanten gemeint seien, so wird dies klar, wenn der Kurj. fortfährt, daß er die Deutschen insgesamt meine, jedoch vor allem müßten die von der Liquidation verschont gebliebenen deutschstämmigen polnischen Bürger um ihren Besitz gebracht werden. Das Beispiel zeigt, wie die Presse es versteht, die Deutschen in einen Topf zu werfen und die polnische Bevölkerung für die gleiche Verdrängungsparole gegenüber den Deutschen mit polnischer Staatsangehörigkeit zu gewinnen. Sichtbar wird aber auch, daß [42] die Presse die Notwendigkeit einer anderen Angriffstaktik erkannt hat. Da sie nicht die unmittelbare Vertreibung der Deutschen durch die Anwendung des Gesetzes fordern kann, verlangt sie den Angriff auf die einzelnen Lebensgrundlagen der deutschen Volksgruppe, wie hier auf den Grund und Boden. Dies soll im Verlauf der Untersuchung noch im einzelnen behandelt werden.

Trotz ihrer bedeutenden Einflußnahme auf den Entdeutschungsvorgang hat sich die Presse bemüht, sich von der Verantwortung dafür freizumachen. Zwar gesteht der Kurj. Pozn.51 einmal in einem Anflug von Wahrheitsliebe - wahrscheinlich aber nur, um seine radikale Gesinnung und seine Verdienste im Kampfe gegen das Deutschtum hervorzuheben -, daß die Abwanderung der Deutschen aus Polen nur dem Widerstande der öffentlichen Meinung zuzuschreiben wäre. Später aber erklärt er die Abwanderung von einer Million Deutscher aus den westlichen Wojewodschaften als einen natürlichen Abgang. Es seien erstens deutsche Beamte gewesen, zweitens das nicht bodenständige, eingewanderte deutsche Element und drittens Deutsche, die in der polnischen Umgebung nicht hätten bleiben wollen.52

Diese Ansicht finden wir auch ein Jahrzehnt später wieder:53

"Soll es auch unsere Schuld sein, daß von 1919 bis 1926 85,5 v. H. der städtischen deutschen Bevölkerung unsere westlichen Wojewodschaften verließen?"

Das deutsche Element sei von der Oberfläche des Lebens gegenüber der moralisch und patriotisch stärkeren Grundlage der polnischen Bevölkerung in einem blitzschnellen Tempo abgeflossen. Eine Behauptung, die sich angesichts der erdrückenden Beweise von polnischer Willkür und der Anwendung von Druckmitteln jeder Art von selbst Lügen straft.

## 2. Der deutsche Bodenbesitz und das deutsche Wirtschaftsleben

Im Mittelpunkt des Volkstumskampfes zwischen Deutschen und Polen hat seit jeher der Grund und Boden gestanden. Er ist die wichtigste Lebensgrundlage einer Volksgruppe. Nichts bindet den Menschen so sehr an das Land, in dem er lebt, als eigener oder zur Bebauung überlassener Grundbesitz. Die Erkenntnis davon war bei beiden Parteien vorhanden. Fürst Bülow, einer der eifrigsten Verfechter der deutschen Sache im Volkstumskampf, schrieb darüber:

"Der Kampf um den Boden, der seinem Wesen nach ein Kampf um die ausreichende Durchsetzung des Ostlandes mit deutschen Menschen ist, [43] wird immer das A und O unserer nationalen deutschen Politik im Osten sein. Der Kampf um deutsche Kultur und Bildung, vor allem um die deutsche Sprache, muß ihm zur Seite stehen".54

Bei dem konzentrischen Vorgehen Polens nach dem Kriege gegen das in seinen Grenzen lebende Deutschtum ist der ideelle Wert des deutschen Bodenbesitzes noch gestiegen. Der schon früher betont agrarische Charakter der deutschen Bevölkerung in Posen und Westpreußen trat noch stärker hervor, nachdem die planmäßige Entnationalisierung das Deutschtum aus vielen Berufen entfernt und diese für die Deutschen versperrt hatte. "Die Landwirtschaft," schreibt das Posener Tageblatt, "ist aber die wichtigste Grundlage für uns Deutsche. Wenn wir diese verlieren, verlieren wir fast die einzige Lebensmöglichkeit, die uns geblieben ist, nachdem uns zahlreiche Berufe verschlossen worden sind".55

Daß sich auch die Gegenseite der zentralen Bedeutung dieses Kampfabschnittes voll bewußt war, ist vor allen anderen Stimmen der öffentlichen Meinung aus der Presse ersichtlich geworden. Schon am 30. Januar 1919 legte der Dzien. Pozn. die Frage des deutschen Bodenbesitzes in einem grundsätzlichen Artikel vor, aus dem bereits die künftigen polnischen Ansprüche samt ihren Hauptgründen, mit denen sie vorgebracht werden sollten, herauszulesen waren. Die Bedeutung der Parzellierung in nationaler Hinsicht, schrieb das Blatt, ergebe sich aus dem Übergewicht des deutschen Elements in der Landwirtschaft. Es verstehe sich von selbst, daß die Sicherung einer dominierenden Stellung des polnischen Elements ein nationales Postulat sein müsse. Dies ließe sich natürlich nicht auf einmal durchführen, jedoch könnte es eine systematisch und vernünftig durchgeführte Ansiedlungsaktion in bedeutendem Maße unterstützen.

Keinem anderen Gebiet hat die polnische Presse so viel Aufmerksamkeit gewidmet wie diesem. Daß sie sich dabei in vollem Einklang mit den polnischen Staatslenkern bewegte, bestätigt Rauschning mit folgenden Worten: "Seit mehreren Jahrzehnten war der Grund und Boden das

Hauptobjekt in dem Kampf der beiden Nationen. So gingen denn seit Ende des Weltkrieges die Bemühungen der polnischen Machthaber in der Öffentlichkeit dahin, den Besitzstand zugunsten des polnischen Volkstums zu verändern".56 In unzähligen Nachrichten, Hinweisen, Artikeln u. a. m. hat die Presse das Problem dargestellt, zergliedert und so der polnischen Bevölkerung vertraut gemacht. Sie brachte dazu die Erfahrung eines jahrzehntelangen Volkstumskampfes mit. Daran anknüpfend richtete sie das gleiche System der Überwachung des deutschen Grundbesitzes auf, wie es vor dem Kriege in seiner Lückenlosigkeit bestanden hatte. Jedoch beschränkte sie sich nicht auf die Methoden der Vorkriegszeit, sondern stützte sich, wendig genug, auf neue Behauptungen, die Polonisierung der deutschen Besitztümer im früheren preußischen Teilgebiet durchzusetzen.

[44] In der Fülle des Materials, mit dem die polnische Presse in dem zu untersuchenden Zeitraum zu dem deutschen Bodenbesitz Stellung genommen hat, fallen stofflich zwei verschiedene Kampfabschnitte auf.

Sie ergeben sich aus den Bedingungen des Versailler Vertrages, der dem polnischen Staat das Recht zugestanden hatte, alle Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger zu liquidieren, soweit sie sich innerhalb Polens befänden.57 Das Eigentum reichsdeutscher Bürger konnte demnach in polnische Hand überführt werden, während Deutsche, die in den Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit gelangt waren, die Verfügung über ihr Gut zunächst behielten. Hier tritt der schon früher erwähnte unmittelbare Zusammenhang von Staatsangehörigkeit und Liquidierbarkeit des Eigentums zutage. Hinsichtlich des reichsdeutschen Privateigentums sah sich Polen von den brutalen Bestimmungen des Versailler Diktats gedeckt und ging ohne Umschweife an die Polonisierung dieser Güter. In dieser Verbindung muß auch die Frage des umfangreichen Grundbesitzes des preußischen Staats, dessen Bewirtschaftung in den Händen zahlreicher Ansiedler und Domänenpächter lag, erwähnt werden. Der polnische Staat nahm die Stelle des neuen Grundherrn ein, erklärte die bestehenden Verträge einfach für "annulliert" und zwang die Betroffenen zur Abwanderung.

Auf Grund dieses Tatbestandes sah auch die Presse die Annullation und Liquidation des deutschen Grundbesitzes als erstes Angriffsziel an. Da die Angegriffenen reichsdeutsche, also fremdstaatliche Personen waren, blieb sie nicht dabei stehen, die Übernahme dieses Besitzes durch Polen zu propagieren, sondern verknüpfte damit zugleich den Gedanken, daß diese "Fremden" das Land zu verlassen hätten. Obgleich sie damit nur offen aussprach, was die Regierung unaufhörlich praktisch zur Ausführung brachte, ist dieser Methode ein ausschlaggebender Einfluß auf die deutsche Abwanderung zuzuschreiben. Denn die unter dieser Parole aufgebrachte polnische Bevölkerung glaubte sich für alle Angriffe gegenüber den im Liquidationsverfahren stehenden Deutschen gerechtfertigt und handelte

danach.

Eine andere Taktik mußte die Presse gegen die deutschen Grundbesitzer beobachten, die im Besitz der polnischen Staatsbürgerschaft waren. Gewiß konnte man sie verdächtigen und beschimpfen. Aber man konnte sie nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie die Reichsdeutschen zum Verlassen des Landes auffordern, obgleich die Presse oft genug diese Grenze streifte und auch überschritt. Deshalb richtete sie ihr Vorgehen in diesem Abschnitt zunächst nur auf die Verdrängung der Deutschen aus ihrem festen Besitz. Daß sie als Ziel im Auge hatte, die ihres Bodens Beraubten zur Aufgabe ihrer Heimat zu bewegen, ist naheliegend und von ihr häufig ausgesprochen worden. In den Vordergrund stellte sie aber das eher faßbare Nahziel, die Staatsbürger deutscher [45] Nationalität zu entwurzeln und an ihre Stelle Kernpolen anzusetzen. Sie befand sich dabei wiederum in engster Fühlung mit der amtlichen Politik. Die Waffen, die man dabei ins Gefecht führte, waren die Agrargesetze: die Agrarreform und das Grenzzonengesetz.

Einer der geläufigsten Gedanken, der diesen Presseeinsatz von seinem Anfang bis in die letzte Zeit begleitet hat, ist der von dem "Mißverhältnis der Zahl der Deutschen zu dem in ihrem Besitz befindlichen Flächenraum". Die Deutschen lebten im Reichtum, während die armen Polen darben und hungern müßten, schrieb die Presse. Nichts war besser geeignet, die Begehrlichkeit der Masse zu reizen, als diese Feststellung. Sie entfachte die niedrigsten Raubtierinstinkte in den polnischen Menschen und rief die Gier nach einer möglichst entschädigungslosen Enteignung der Deutschen wach.

Die erste ernsthafte Äußerung dieser Art brachte, wie schon zitiert, der Dzien. Pozn. Ende Januar 1919, indem er die Parzellierung ländlichen Grundbesitzes "aus dem Übergewicht des deutschen Elements" begründete. Der Ausgangspunkt für diese Generalformel war lange Zeit der "Landhunger" des polnischen Bauern. Obgleich dieses Argument gerade in Posen und Westpreußen keineswegs den Tatsachen entsprach, war es doch aus der Erinnerung an das frühere leidenschaftliche Ringen auf dieser Ebene von nachhaltiger Wirkung. Bemerkungen wie die des Dzien. Pozn.,58 daß die Zahl der polnischen Bauern im Verhältnis zur vorhandenen Landfläche zu gering und in Westpreußen das Verhältnis für die Polen noch ungünstiger sei, hielten die Linie inne. Später werden die polnischen Bauern gewarnt, von den deutschen Ansiedlern Grundstücke zu übertriebenen Preisen zu kaufen, da sich in nicht ferner Zukunft die Möglichkeit eröffnen werde, von der eigenen Regierung Land zu normalen Preisen zu erwerben.59 Das große Geschäft, das die Liquidation deutscher Güter für Polen wurde, zeichnet sich also bereits am Horizont ab.

Erwähnenswert ist noch die Anspielung der Presse auf die Rückwanderung von Polen aus Deutschland und ihre Unterbringung. "Hunderttausende

unserer Landsleute aus dem Rheinland und Westfalen" würden zurückkehren. "In dieser Beziehung gewinnt das Polen verliehene Recht der Liquidierung des Vermögens fremder Staatsbürger außerordentlich an Bedeutung, da es die Aufnahme unserer Auswanderer und ihre Ansiedlung auf den von der Liquidation betroffenen Stellen erleichtert".60

Der Großeinsatz der polnischen Presse in der Liquidation beginnt mit der Tätigkeit des Liquidationsamtes in Posen. Fast täglich erschienen Artikel, die sich mit dieser Frage beschäftigten. Ohne Schwierigkeit ist [46] zu erkennen, welche taktische Stellung die Presse einnehmen wollte. Die Artikel bringen Material über die "unmöglichen Zustände in der Grundbesitzverteilung durch das Vorherrschen der Deutschen" und greifen einzelne Kreise und Landstriche in der Betrachtung heraus. Fast regelmäßig richten sie am Schluß an die Behörden die Mahnung, schneller und energischer zu arbeiten oder fragen an, wann denn eigentlich dieses oder jenes Gut liquidiert würde. Wirtschaftlich völlig undurchführbare Projekte werden vorgeschoben. So z. B. ein Vorschlag zur Beseitigung der kritischen Wohnungsverhältnisse: "Es könnten allein in den Wohnungen der der Liquidation unterliegenden Ansiedler mindestens 10 000 polnische Familien untergebracht werden," schreibt der Kurj. Pozn.61 Mit dem Warschauer Hauptliquidationsamt und dem Obersten Verwaltungsgericht führen die Zeitungen eine Art Nebenkrieg. Ihre bürokratisch langsame Arbeitsweise bringt die westpolnische Presse zu heller Empörung. Es hagelt von Ermahnungen und Vorwürfen. Noch schlimmer ergeht es dem polnischen Außenministerium, dem eine Politik der Rücksichtnahme sowie finanzielle und kollegiale Verbindungen zu deutschen Kreisen vorgeworfen werden.62 Das Außenministerium sei das Haupthindernis, weshalb die Liquidationsaktion nicht schon längst durchgeführt worden sei. Für sein Versagen wird die gesamte Regierung verantwortlich gemacht. Als sich Ende 1926 herausstellt, daß noch gegen 50 deutsche Großgrundbesitzer mit rund 70 000 ha von der Liquidation nicht erfaßt worden sind, wird bei der Regierung in typisch herausfordernder Art angefragt: "Aus welchem Grunde erlaubt es die Regierung nicht, sie auch nur anzutasten? Warum erfüllt sie nicht ihre Pflicht, die darin besteht, diese deutschen Magnaten zu liquidieren?"63 Mit dunklen Andeutungen operiert die Posener Prawda, die der Regierung nachsagt, die Veröffentlichung des Liquidationsverfahrens einiger deutscher Güter im Monitor Polski zu verschleppen, um anschließend fortzufahren: "Weshalb?... Es ist nicht schwer zu erraten!..." Sehr unzufrieden ist die Prawda mit dem Obersten Verwaltungsgericht. Polnische Interessenten seien auf ihre Anfrage ohne Bescheid geblieben, während die Deutschen nicht zu warten brauchten. Polnische Persönlichkeiten würden sich für prominente Deutsche verwenden, daß diese die polnische Staatsangehörigkeit erhielten usw.64

Diese scheinbare Sorge um die Festigkeit der Regierungspolitik sichert der Presse zwei Vorteile: sie kann ständig einen erheblichen Einfluß auf die

Maßnahmen der Regierung ausüben und die polnische Bevölkerung in unaufhörlicher Spannung und Interessiertheit an der Sache halten. Die Presse ist sich dieser Tatsache auch durchaus bewußt. Als der Kurj. Pozn. eines Tages die Meldung bringen muß, daß das Gut Grätz in [47] den Händen seiner deutschen Besitzerin verbleibe, da ihr durch eine Gegenaktion von deutscher Seite die polnische Staatsbürgerschaft zuerkannt worden sei, fügt er hinzu: "Über diese Transaktion ist die öffentliche Meinung nicht unterrichtet worden aus Furcht vor einer Kritik;... der deutsche Besitzstand im Posenschen ist erheblich gestärkt worden".65

Schwerwiegender für das Deutschtum ist aber das Überwachungssystem, das die Presse für den deutschen Bodenbesitz einrichtet. Mit einer Hartnäckigkeit und Sorgfalt ohnegleichen verfolgt die Presse die noch nicht liquidierten deutschen Güter. Besonders sind es die großen Latifundien, die keinen Augenblick aus den Augen gelassen werden. Ein treffendes Beispiel dafür bietet die dem Fürsten von Thurn und Taxis gehörende Herrschaft Krotoschin mit einer Fläche von 24 000 ha. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Fürsten und den Warschauer Stellen über einen freien Verkauf zur Abwendung der Liquidation waren wegen des niedrigen Angebots der Polen ohne Ergebnis geblieben. Die Presse hatte die Vorgänge stets beobachtet und die Öffentlichkeit mit kurzen Notizen unterrichtet. Im Januar 1927 setzte eine verstärkte Angriffswelle der Presse ein. Hauptgegner ist der Kurj. Pozn.66 Er richtet Vorwürfe gegen das Warschauer Hauptliquidationsamt, daß dieses die Herrschaft nicht öffentlich zum Verkauf anbiete und fordert eine rasche Entscheidung in der Liquidation.67 Wenige Tage später, am 17. 1, bringt er eine Meldung des offiziösen Nachrichtenbüros PAT, nach welcher der Zwangsliquidation der Krotoschiner Besitzung keine Hindernisse mehr im Wege ständen. Der Kurj. setzt hinzu: "Nach diesen Ankündigungen erwarten wir Taten".68 Schon am 28. 1. erfolgt eine neue Mahnung: "Wir hoffen, daß jetzt die Verlautbarungen ein Ende nehmen werden und die Liquidation der Herrschaft Krotoschin beginnen wird. Es wäre Zeit!"69 Im April will der Kurj. Gerüchte gehört haben, die von einem freien Verkauf des Besitzes sprachen; er erwartet ein Dementi der Regierung.70 Am 24. und 28. Mai wird "eine unverzügliche Veröffentlichung des Beschlusses betreffend den Übergang der Herrschaft Krotoschin in das Eigentum des Staates" verlangt.71 Endlich im folgenden Monat kann der Kurj. die im Monitor Polski bekanntgemachte Übernahme von Krotoschin durch den Staat melden.72 Seinen Anteil an diesem Ergebnis stellt er mit den Worten fest, daß "die konsequenten Vorstellungen der öffentlichen Meinung, deren Sprachrohr unser Blatt war, damit von Erfolg gekrönt worden" seien.

[48] Trotz seiner volkspolitisch höheren Bedeutung ist der kleine und mittlere Besitz der Deutschen im Einzelnen nicht annähernd so stark von der Presse beobachtet worden. Die Gründe dafür ergeben sich einfach daraus, daß die Frage und der Ablauf der Liquidation am Beispiel großer, sichtbarer Objekte

von den breiten Schichten des Polentums weit eher verstanden wurden und deren Spannung dadurch weit stärker wachgehalten wurde als durch die Berichterstattung über kleine und mittlere Ansiedlungen. Für die letzteren wurde die Forderung nach der Liquidation meistens generell ausgesprochen und seltener ein bestimmtes Grundstück herausgegriffen. Dieselbe Erscheinung finden wir später im gleichen Maße bei der Behandlung der Agrarreform. Der Erwähnung bedarf an dieser Stelle, daß die Presse über den landwirtschaftlichen Grundbesitz keineswegs den der Liquidation unterliegenden städtischen Hausbesitz und die Industrie vergaß. Immerhin ist der Umfang der Erörterungen über den deutschen Hausbesitz bescheiden. Dagegen wird die Öffentlichkeit öfter davon unterrichtet, daß ein Teil der Zuckerfabriken in deutschen Händen sei und schleunigst Besitzer und Direktor wechseln müsse.

Eine Wandlung in der Argumentation macht sich in den Jahren 1925/26 bemerkbar. Die Presse geht allmählich dazu über, anstatt sich auf wirtschaftliche Erwägungen oder "das Recht des Versailler Vertrages"73 zu stützen, "die deutsche Gefahr" in den Vordergrund zu stellen. Die Formulierung wird auch gegen andere deutsche Lebensbezirke angewandt und entwickelt sich zur gefährlichen Waffe gegen das Deutschtum, weil sie sich eine im Polentum herrschende Meinung zu eigen macht: die teils eingestandene teils uneingestandene Furcht vor einer Rückkehr der abgetrennten Gebiete zu Deutschland.

Da die gleichen Gedanken und Formulierungen auch bei der Agrarreform vorgebracht werden, sollen sie dort zusammengefaßt zur Behandlung kommen. Nur eine Stimme aus dem Jahre 1925 soll hier angeführt werden, weil sie mit besonderer Deutlichkeit die Zusammenhänge ausspricht:

"Wenn wir mit einem Kriege rechnen sollen, so ist es ganz klar, daß der Aufenthalt der deutschen Vorhut in polnischen Landen im höchsten Grade gefährlich ist. Und wiederum treten in ihrer ganzen Größe die Versäumnisse hinsichtlich der Liquidation, der Option usw. zutage, woran die Zentralregierung schuld ist. Daher muß gefordert werden, daß man angesichts der Entwicklung der Verhältnisse sofort alle Konsequenzen ziehe und alle Deutschen in beschleunigtem Tempo entferne, alle Deutschen, die zu entfernen wir ein Recht haben."74

Die rechtmäßige Übernahme der riesigen deutschen Vermögenswerte hätte ein Kapital erfordert, das der im Aufbau befindliche polnische Staat [49] und seine Wirtschaft nicht zur Verfügung hatten. Eine gütliche Einigung mit den Deutschen wäre eine vernünftige Lösung gewesen. Polen wußte aber einen anderen Weg zu gehen. Es führte Methoden in die Abwicklung der Liquidation ein, die hart neben der bewußten Täuschung, dem Zwang und dem Betrug standen und die Grenzen des Rechts in vielen Fällen

überschritten. Den deutschen Grundbesitzern wurden mit Hilfe falscher Taxen lächerlich niedrige Kaufpreise geboten, von denen noch Renten, Steuern u. a. in Abzug kamen, sodaß der Erlös nicht selten gleich Null war. In diesen "Handel" schaltete sich auch die Presse ein. Sie beschuldigte z. B. einen Deutschen, der ein liquidierbares Objekt besaß, daß er sein Grundstück absichtlich schlecht bewirtschafte. Dies war für das Liquidationsamt ein hinreichender Anlaß, über das Grundstück die Zwangsverwaltung zu verhängen und einen polnischen Zwangsverwalter, meistens den späteren Erwerber, einzusetzen. War es so weit, dann setzte wieder die Presse ein, machte den wirtschaftlichen Zustand des Grundstücks möglichst schlecht und drückte auf diese Weise erheblich den Kaufpreis. Trotz der rücksichtslosen Unterbewertung deutscher Grundstücke brachte es aber die Presse andererseits fertig, die polnischen Behörden zu beschimpfen, zu hohe Taxen festzusetzen und den Erwerb deutschen Eigentums für Polen zu erschweren.75 In konsequenter Durchführung ihrer Rolle versicherte sie im gleichen Atemzuge den betrogenen Deutschen, daß sie in wahrhaft polnischer Großzügigkeit für ihre Besitzungen abgefunden worden seien.

Wenn auch die günstige Gelegenheit, auf billige Art deutsches Gut zu erlangen, der Presse in polnischen Kreisen eine große Gefolgschaft verschaffte, so gab es doch noch immer einige andersdenkende Polen, die mit der Vertreibung der deutschen Nachbarn nicht einverstanden waren. Fälle dieser Art wurden häufig in Form von Zuschriften aus der betreffenden Ortschaft der Öffentlichkeit preisgegeben. So meldet der Kurj. Pozn.,76 daß in dem Ort Kurnik, in dem man soeben noch gelobt hätte, "daß wir die Erde, von der unser Geschlecht stammt, nicht aus den Händen lassen würden", sich eine Delegation von prominenten Polen (folgt genaue Angabe von Stand und Namen) gebildet habe, um für einen Deutschen, der noch im Jahre 1925 aktiver Beamter in Preußen gewesen sei und sich in Polen nur auf Grund eines Passes aufhielte, die Befreiung von der Liquidation zu erwirken. Die Abordnung habe eine Eingabe mit 30 Unterschriften von Einwohnern der dortigen Ortschaften vorgelegt, die sich für den Deutschen einsetzten. Diese Angelegenheit sei typisch für den Niedergang der bürgerlichen Moral.

In dem Maße, in dem es um die Liquidation infolge des zusammenschrumpfenden reichsdeutschen Besitzstandes stiller wurde, gewann die Frage einer Parzellierung und Aufsiedlung des deutschen Großgrund- [50] besitzes an Bedeutung. Es trat hier eine Erscheinung auf, die dem Betrachter später noch öfter entgegentritt: die Presse behandelt ein Thema so lange mit allen Mitteln, als es in volkspolitischer Hinsicht im Vordergrund steht. Erst wenn die Praxis des Volkstumskampfes durch Vernichtung der angegriffenen deutschen Werte oder durch einen Teilerfolg einen Einschnitt in dem Ringen gebracht hat, wird eine neue Frage aufgenommen und die Öffentlichkeit darauf hingelenkt. Daraus ergab sich eine Konzentrierung der öffentlichen Meinung auf jeweils einen bestimmten

Lebensbereich der deutschen Volksgruppe, die den geschlossenen Ansturm auf eines ihrer Rechte erheblich heftiger empfand, als wenn die Presse sich gleichzeitig auf den verschiedenen Gebieten verzettelt hätte. Als lebenswichtigste Frage für die deutsche Volksgruppe behandelte daher die polnische Presse im Anschluß an die Liquidation vorzugsweise das Thema der Agrarreform.

Die Grundlage bildet das Agrarreformgesetz vom 15. Juli 1920. Es richtete sich gegen den Großgrundbesitz, der das Land zur Verfügung zu stellen hatte, wobei es gleich war, ob der Eigentümer der Fiskus, die Kirche oder die private Hand war. Die nationalpolitischen gegen die andersvölkischen Gruppen Polens gerichteten Tendenzen des Gesetzes traten in der Praxis klar zutage. In Sonderheit wurde der deutsche Großgrundbesitz in Posen und Westpreußen betroffen. Verschärften Ausdruck fand dies in dem neuen Agrarreformgesetz vom 28. Dezember 1925. Im Rahmen der Arbeit kann weder auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen noch auf den Inhalt und das Ergebnis dieser Landenteignung gegenüber der deutschen Volksgruppe eingegangen werden. Es wird diesbezüglich auf die Schrift von Mornik: Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen verwiesen.77 Das Grenzzonengesetz vom 9. Juli 1936 ist nur eine konsequente Fortführung dieser Politik.

Die Frage, ob die polnische Presse mit den deutschfeindlichen Absichten der Agrarreform vertraut gewesen sei, ist nicht näher zu untersuchen, denn die Agrarreform ist von der Presse nicht nur angeregt und publizistisch vorbereitet, sondern stets gleichzeitig mit der antideutschen Spitze versehen worden. Sie hat später mit aller Schärfe und Aufmerksamkeit darauf geachtet, daß diese Tendenz erhalten blieb. Die amtlichen Stellen wurden unaufhörlich daran erinnert und gemahnt, ihre Pflicht zu tun. Es kann bei Kenntnis der Ergebnisse polnischer Bodenpolitik keineswegs behauptet werden, daß eine polnische Regierung jemals Verständnis für die Forderungen der Deutschen auf gleichberechtigte Behandlung in der Agrarreform aufgebracht hätte. Gleichwohl ist es ein ständiger Vorwurf der Presse, daß die Regierung die deutschen Besitzungen bei der Zwangsparzellierung nicht genügend heranziehe, daß den polnischen Siedlern von den Behörden Schwierigkeiten bereitet würden u. a. m.

[51] Diese beiden Richtungen - die antideutsche Zielsetzung der Agrarreform und die Kontrolle der amtlichen Organe - sind die Grundtendenzen des Presseeinsatzes.

Nachdem die Presse das Thema Agrarreform jahrelang pfleglich behandelt hatte - schon 1919 hatte u. a. der Dzien. Pozn.78 empfohlen, zu Ansiedlungszwecken alle Majorate und solche Güter aufzulösen, die nicht von den Besitzern selbst bewirtschaftet würden oder deren Besitzer im

Ausland lebten - verstärkte sie im Jahre 1925 ihre Tätigkeit in Erwartung des neuen Agrargesetzes, das mit folgenden Worten treffend gekennzeichnet ist: "Die mit besonderem Nachdruck seit 1925 durchgeführte Agrarreform dient unter dem Deckmantel der Steigerung der Produktionskapazität der Agrarwirtschaft ausschließlich nationalpolitischen Zwecken und bringt eine Zerschlagung des deutschen Bodenbesitzes und des deutschen Lebensraumes in Westpolen mit sich".79 Bereits Anfang 1925 hatte sich der Kurj. Pozn.80 vernehmen lassen: vor allem müßte die Agrarreform so durchgeführt werden, daß möglichst viele deutsche Landbesitzer verschwänden. Daher hatte er - schon damals - neue "gesetzmäßige Formen" verlangt, um die Deutschen, vor allem die von der Liquidation verschonten deutschstämmigen polnischen Bürger um ihren Besitz zu bringen.

Die Formulierung läßt bereits erkennen, daß die Presse ihr Stichwort gehört hatte. Eine Welle gegen den deutschen Grundbesitz beginnt zu laufen, die von Jahr zu Jahr an Wucht zunimmt. Selbstverständlich bedient sich die Presse auch der amtlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Begründungen, wie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und der "Landhunger" des polnischen Bauern. Für die Erhöhung der propagandistischen Schlagkraft weiß sie aber noch geschicktere Mittel. Sie greift auf die Zeit vor dem Weltkrieg zurück und bringt die Kämpfe mit den preußischen Behörden um die Ansiedlung polnischer Bauern in Erinnerung. Noch mehr auf den Geschmack der Masse abgestimmt sind solche Formulierungen wie: "Sollte die Erhaltung einiger deutscher Magnaten auf der Scholle wichtiger sein als die Ansiedlung von einigen tausend polnischen Bauernfamilien?"81

Ein besonderes Gesicht hatte die Agrarreform in Westpreußen. Der schmale Landkeil zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet mit dem Zugang Polens zur See wurde von vornherein in seiner Bedeutung herausgehoben und als staatspolitisch erstrangiger Raum angesehen. Die Posener und die natürlich in diesem Falle stärker beteiligte Presse in Westpreußen hämmerten dem Polentum die erhöhte Schutzbedürftigkeit des Gebiets ein und brachten diese zugleich mit dem Vorhandensein deutscher Ansiedler in Verbindung. Material in reichem Maße lieferte [52] ihr dazu das Baltische Institut in Thorn, später in Gdingen. Bei der Forderung der Agrarreform für diesen Bereich konnte sie die Stimme eines hohen Regierungsvertreters zitieren. Der Minister für Agrarreform, Dr. Staniewicz, erklärte in einer Ansprache in Graudenz unter dem Hinweis darauf, wie teuer Pommerellen dem Herzen jedes Polen sei: die Agrarreform in Pommerellen sei eine Tat der Notwendigkeit.82 Während aber der Minister noch begründend hinzufügte, daß in der Aktion schwerlich etwas mehr zu erblicken sei als eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit, war die Głos Prawdy83 weit ehrlicher. Sie schrieb, daß "die Verdichtung der dünnen Bevölkerung

dieses Landes eine Notwendigkeit für eine hinreichende Sicherstellung unseres Zuganges zum Meere und zugleich eine Verstärkung des polnischen und eine Schwächung des deutschen Elements" sei. Die Agrarreform sei notwendig mit Rücksicht auf die Ernährung, gleichzeitig bedeute sie aber eine Verringerung des deutschen Besitzstandes.

Es gehört zu dem allgemeinen Bild des Presseeinsatzes in der Agrarreform, daß die Presse jeden öffentlichen Verteidigungsversuch der deutschen Volksgruppe in seinen Beweggründen verdächtigte und mit Schmähungen überschüttete. Wandte sich die Organisation der Volksgruppe mit einer Beschwerde in Sachen der Agrarreform an den Völkerbundsrat, so wurde erklärt, daß die Deutschen hinter dem Rücken der polnischen Regierung nach Genf gegangen seien,84 interpellierte der Vertreter der Deutschen wegen "der Art der Ausführung der Agrarreform in Polen" im polnischen Senat, so wurde das "als Beweis der unverschämten deutschen Frechheit" angesehen,85 beschlossen die deutschen Grundbesitzer, sich mit Anträgen und Protesten an die zuständigen staatlichen Stellen und Ämter gegen die Parzellierungsverordnung zu wenden, so hieß es: "die Deutschen nehmen eine illoyale Haltung ein".86 Die Absicht ist klar zu erkennen: Indem den Deutschen die Möglichkeit einer Verteidigung ihrer wichtigsten Existenzgrundlage abgesprochen wird, sollen sie - eingesperrt in das Gefängnis fremder Staatshoheit und als "Bürger 2. Klasse" behandelt - in ihrem nationalen Lebenswillen tödlich getroffen werden.

Auf der Suche nach neuen Argumenten kamen der Presse im Jahre 1927 die Vorverhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, der den Wirtschaftskrieg zwischen beiden Staaten beenden sollte, zurecht. Die Presse erklärte den Vertrag für ein Werkzeug der Expansion des deutschen Elements im polnischen Staate und stellte als besonders verdächtig das Niederlassungsrecht deutscher Staatsangehöriger in Polen hin.87 Ihre Beweggründe sowie das Ausmaß und die Einmütigkeit der [53] Entrüstung, mit der sich die Presse gegen diesen Punkt des geplanten Vertrages wendet, sind charakteristische Zeichen für die Entwicklung, die die Arbeitsweise der Presse inzwischen genommen hatte.

"Die deutsche Gefahr" ist die nunmehrige Parole für den Bodenkampf, deren Verwendung schon von der Liquidation her bekannt ist.88 Sie wird in aller Breite ausgewalzt. Kurj. Pozn.89 gibt unter der Überschrift "Brennende Probleme" eine Situationsschilderung, die die neue Frontstellung erkennen läßt. Nach seiner Ansicht versuchten die Deutschen die Westgebiete durch die Politik der "friedlichen Durchdringung" wiederzugewinnen. Die Rechte aus dem Versailler Vertrag hörten in Kürze auf. Die Liquidation schreite nicht weiter, der Abfluß der Deutschen würde also aufhören. Die Bedingungen und Möglichkeiten für eine Expansion des Deutschtums seien im Zunehmen begriffen, da der geplante Handelsvertrag die deutsche Volksgruppe in eine

engere Beziehung zum Deutschen Reich setze. Diese "friedliche Durchdringung" kommt für den Kurj. durch eine planmäßige deutsche Siedlung zustande.90

Um die Behauptung dem polnischen Leser schmackhafter zu machen, gibt die Presse zwei Entdeckungen bekannt. Sie glaubt zu bemerken, daß deutsche Siedler aus Kongreßpolen und Galizien nach Westpreußen und den Grenzgebieten Posens gezogen werden, wo sie als polnische Staatsbürger das durch die Agrarreform zu Siedlungszwecken freiwerdende Land erwerben. Die zweite Entdeckung ist angeblich eine intensive Aktion des deutschen Kapitals in Dörfern und Städten Westpolens, besonders in Westpreußen, oft unter dem Deckmantel Danziger oder holländischen Kapitals. Beide Behauptungen werden miteinander in Verbindung gebracht und den Polen als "zielbewußter Vorstoß des deutschen Elements" aufgetischt, der - und das ist der entscheidende Abschlußgedanke - auf eine illegale Verbindung mit dem Deutschen Reich zurückgeht.

Der Vortrag der Argumente ist bei den verschiedenen Zeitungen fast gleichlautend. Der Dzien. Pozn.91 läßt einen anonymen Verfasser in seinen Spalten zu Wort kommen, während der Kurj. Pozn.92 unter der Überschrift "Die Deutschen kolonisieren Pommerellen" einen Artikel aus dem Słowo Pomorskie übernimmt. Der Inhalt ist in beiden Aufsätzen dem Sinn nach derselbe. Der Unterschied liegt allein darin, daß der Dzien. Pozn. sich nicht auf Westpreußen beschränkt, sondern die Feststellung auch auf Posen ausdehnt. Einleitend wird bemerkt, daß in den Jahren 1926/27 eine Anzahl polnischer Besitzungen in deutsche Hand übergegangen sei. Dann wird die Frage aufgeworfen, woher die Käufer [54] das Geld haben könnten, denn es seien vorwiegend unvermögende Leute. Als Antwort wird auf die Hypothekenhergabe deutscher und ausländischer Kreditinstitute hingewiesen. Während sich der Dzien. Pozn. damit begnügt, auf das in Frage stehende Niederlassungsrecht von Reichsdeutschen als neues Gefahrenmoment im Kampf um den Boden anzuspielen, schreibt der Kurj. die Herkunft der Geldmittel unverblümt der deutschen Reichskasse zu, aus der die fraglichen Bankinstitute gespeist würden.

Nach diesem Schema wird das Bild von der "deutschen Gefahr" ins Volk getragen. Es gibt nur geringe Abweichungen von den angeführten Gedankengängen, sodaß diese Art der Publizistik, die jahrelang die polnische Presse beherrscht, schablonenhaft anmutet.

Die Abweichungen sind gleichsam Streiflichter, die entweder nur einen Ausschnitt aus dem Komplex zeigen oder kleine Variationen sichtbar machen. So spielt die sogen. "verderbliche Kreditaktion" eine Rolle einmal bei deutschen, dann wieder bei polnischen Landwirten. Sie mache die Ausführung der Agrarreform auf freiwilligem Wege93 unmöglich. Die Banken

gestatteten die Löschung der Hypotheken bei einem Teil der zur freiwilligen Parzellierung bestimmten Grundstücke nicht. Aber auch die Zwangsparzellierung werde auf diese Weise erschwert.94 Das Słowo Pomorskie sieht durch die Kreditaktion die polnischen Landwirte direkt gefährdet. Diese hätten nämlich Kredite bei den Raiffeisen-Banken aufgenommen und würden im Falle der Kündigung ihren Besitz verlieren, der "natürlich in die Hände eines Deutschen übergehen" würde.95 Auch hinsichtlich der Käufergruppen bestehen verschiedene Versionen. Einmal sind es deutsche Ansiedler aus der Wojewodschaft Lublin, die sich bei Thorn, Graudenz, Löbau und Strasburg niederlassen würden,96 dann wieder sind es Reichsdeutsche, die sich die Danziger Staatsangehörigkeit verschafft hätten, um alsdann unter Berufung auf die Sonderabmachungen zwischen Danzig und Polen polnischen Grundbesitz zu erwerben.97

Aufschlußreich für die polnische Mentalität, aber auch für den Erfahrungsschatz der polnischen Presse in Volkstumsfragen sind die Motive, die den Handlungen der Deutschen unterlegt werden. Mit Berechnung wird "das vorkriegszeitliche Gefühl einer patriotischen Mission auf dem nach Osten vorgeschobenen Posten des Deutschtums" zitiert, das in unveränderter Weise weiterbestehe.98 Das fehlende Glied in diesen Konstruktionen, die Unterstellung einer Direktion aus Deutschland versucht das Słowo Pomorskie99 mit folgenden Sätzen nachzuweisen: "Die Ziele [55] der Ostpolitik Deutschlands sind groß und auf längere Zeit berechnet, und im Sinne der alldeutschen Solidarität müssen auch unsere Deutschen diesen Zielen dienstbar sein. Denken wir stets daran!"

Das ist die Folgerung, auf die die Presse hingestrebt hat: die Deutschen erhalten ihre Befehle aus Berlin! Auf diesen Nenner lassen sich alle Vermutungen bringen, die von der Presse offen oder verbrämt als Schlußstück der gedanklichen Konstruktion der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Der Kurj. Pozn.100 glaubt einen "sehr genauen und klug entwickelten Plan" zu erkennen. Die deutsche Minderheit verfolge mit wirtschaftlichen Mitteln politische Zwecke und könne dabei "auf die Unterstützung des wirtschaftlichen Apparates Deutschlands rechnen, der vor allem politischen Zielen des Reiches dient". An anderer Stelle schreibt er von einer "deutschen Strategie", die 'tote' deutsche Inseln nach Gegenden versetzt (gemeint sind deutsche Bauern aus Kongreßpolen, die sich in Westpreußen niederlassen wollen), gegen die man einen Angriff beabsichtigt.101

Maßnahmen des Deutschen Reiches zur Unterstützung seiner Ostprovinzen, wie das sogen. "Sofortprogramm", sind der Presse ein willkommener Anlaß, die Kredithergabe deutscher Volksbanken in Polen dazu in Beziehung zu bringen und eine Regie aus Berlin zu behaupten.102

Die Frage erscheint nun berechtigt, welche Zwecke die Presse durch das konstruierte Schreckgespenst einer "deutschen Gefahr" im Rahmen der bewußten Vernichtung deutschen Grundbesitzes verfolgt. Die Antwort muß lauten: Die Liquidation hatte, da infolge ihrer rücksichtslosen Anwendung nur noch eine geringe Fläche von Land zur Verfügung stand, für die Zukunft als Instrument des Volkstumskampfes an Wert verloren. Der Kurj. Pozn.103 drückt dies folgendermaßen aus: "Dem deutschen Druck, der sich ständig verstärkt, werden wir die Liquidationsaktion nicht mehr entgegenstellen können". Für sie mußte ein vollgültiger Ersatz eintreten, der in der Form der Agrarreform auch schon geschaffen war. Der Durchführung der Agrarreform in einer bisher nicht gekannten Form sollte durch die Presseaktion der Weg frei gemacht werden. Dafür galt es, eine möglichst starke Beteiligung des Polentums zu gewinnen. Für diesen zentralen Gedanken nahm die Presse das Schlagwort von der "deutschen Gefahr" zu Hilfe.

Daneben erfüllte sie durch dieses umfangreiche Manöver noch eine weitere Aufgabe. Sie erhob die Agrarreform zu einer Frage der Staatssicherheit, der gegenüber die ungeheuren wirtschaftlichen und kulturellen Schäden für das Land im Gefolge des Überganges deutschen Bodens an oft fachlich unausgebildete Polen in den Hintergrund zu treten hatten oder gar nicht diskutiert werden durften. Das war umso bedeutsamer, [56] als es polnische Kreise gab, die sich dieser Erkenntnis keineswegs verschlossen.

Der Abschluß der zahllosen Aufsätze und Nachrichten, die zu dem neuen Thema in den Zeitungen erschienen, bestand meist aus einer Mahnung oder Aufforderung an die Behörden oder an die Regierung, denen oft Vorwürfe über die bisherige politische Haltung vorausgegangen waren. So wendet sich der Dzien. Pozn.104 gegen den Starosten (Landrat) in Bromberg, der einem Polen den Ankauf einer deutschen Besitzung mit der Begründung versagt hatte, daß dieser schon 100 Morgen Land bewirtschafte. Während dieser Meldung nur ein schwacher Tadel angefügt wird, fordert das Słowo Pomorskie105 "die verantwortlichen Faktoren" auf, "dieser verderblichen Aktion (Kredite deutscher Banken) entgegenzuwirken". Andere Pressestimmen kritisieren die Regierung derart, daß sie ihr jegliche Handlungsfähigkeit absprechen. Sie rufen dafür zur nationalen Solidarität aller Schichten, zur Verteidigung der nationalen und sozialen Ideale auf.106 Die Volksgesamtheit müsse ein wirksames Verteidigungssystem schaffen.107 Zum Verständnis dieses Mißtrauensvotums an die Adresse der Regierung muß an die im Jahre 1926 erfolgte Umwälzung in der Staatsführung erinnert werden, die in der Person des Marschalls Pilsudski einen von dem Großteil der westpolnischen Presse erbittert bekämpften Mann an die Macht gebracht hatte.

An dem sorgfältig aufgebauten System der Presse bei ihrem Einsatz in der Agrarreform, in der psychologische Momente, schlagkräftige Formeln und

politische Konstruktionen geschickt verteilt waren, hat sich in der Folge nichts mehr geändert. Es war aus dem wirksamsten Material zusammengesetzt und zu gut eingespielt, als daß es durch ein besseres ohne weiteres hätte ersetzt werden können. Auch nach der Veränderung der außenpolitischen Lage durch den deutsch-polnischen Kriegsverzichtspakt von 1934 ist das gegen den Bodenraum der deutschen Volksgruppe gerichtete Angriffssystem in seinen Grundzügen beibehalten worden.

Ein wichtiger Gedanke, der ab 1934 stärker in den Vordergrund gerückt wurde, war folgender: Die Presse sucht scheinbar unter dem Aspekt der offiziellen Ausgleichspolitik die Aufteilung des deutschen Grundbesitzes mit Erwägungen der Billigkeit zu motivieren. Die polnischen Grundbesitzer im Westen seien viel stärker zur Parzellierung herangezogen worden, schreibt der Kurj. Pozn.,108 und zwar im Verhältnis des deutschen bezw. polnischen Großgrundbesitzes zum Hundertsatz der deutschen bezw. polnischen Bevölkerung in beiden Wojewodschaften - und selbst ohne Rücksicht auf diesen Hundertsatz. Der ungleich größere deutsche Grundbesitz sei ein Ergebnis der preußischen Herrschaft. Man könne auf dieser Grund- [57] lage für die deutschen Grundbesitzer kein Vorrecht schaffen und nicht darauf ihre Schonung bei der Durchführung der Agrarreform stützen. Gegenüber ihren früheren Äußerungen stellte also die Presse nunmehr die deutschfeindliche Tendenz der Agrarreform in Abrede.

Die Darstellung muß sich im Wesentlichen auf die Hauptmomente des Presseeinsatzes beschränken. Sie kann aber nicht an Erscheinungen vorübergehen, die wie die folgenden ein besonders kennzeichnendes Licht auf die Arbeit der Presse werfen.

Um die Einflußnahme des Deutschen Reiches auf die Volksgruppe überzeugend nachweisen zu können, suchte die Presse eifrig Anhaltspunkte dafür zu gewinnen. Die leichteste Anknüpfung fand sie in der Tätigkeit der deutschen Konsulate bei der Erteilung von Sichtvermerken an deutsche Ansiedler für die Einreise nach Deutschland. Die Presse zog die Fälle heraus, in denen Volksdeutsche, die ihren Besitz an Polen veräußert hatten, von der Verweigerung des Sichtvermerks getroffen worden waren. Sie gab sie bekannt und versah sie mit folgender Erklärung: Diese Volksdeutschen sollten gezwungen werden, in Polen zu bleiben, um die deutsche Volkstumsfront zu stärken. So z. B. berichtet Słowo Pomorskie,109 daß das deutsche Konsulat dem Deutschen Friedrich Baumann die Erteilung des Sichtvermerks verweigert, ihm dagegen beratende und finanzielle Unterstützung bei dem Ankauf einer neuen Ansiedlung gewährt habe. Nach Ansicht der Zeitung geht diese Handlung auf eine Anordnung von Berlin zurück mit dem Ziel, im Rahmen der deutschen Expansionspolitik die Entdeutschung der westpolnischen Gebiete zu verhindern. Die Regie aus Deutschland greife sogar noch viel weiter:

"Wenn nämlich irgendein Deutscher seine Wirtschaft zu verkaufen und nach Deutschland auszureisen beabsichtigt, erhält er sofort von dem über die Absichten der einzelnen Ansiedler durch die Ortspfarrer gut unterrichteten Konsul eine Warnung, daß er keinen Einreisegenehmigungsvermerk zur Einreise nach Deutschland erhalten werde, falls er es wagen sollte, seine Wirtschaft an einen Polen zu verkaufen."110

"Die Reichsregierung", bemerkt der Kurj. Pozn.,111 "strebt ganz offiziell danach, daß möglichst viele Deutsche im ehemals preußischen Teilgebiet verbleiben sollen". Die polnische Bevölkerung scheine das wohl zu begreifen, "aber jeden Augenblick wird sich einer aus dem Abschaum der Gesellschaft finden, der sein Land an einen Deutschen abgibt". Dazu führt der Kurj. Pozn. zwei Fälle an, in denen Polen aus dem Kreise Mogilno ihre Wirtschaften an Deutsche verkauft hatten.

Es ist eines der ungezählten Zeugnisse der polnischen Boykottpropaganda, eines der bekanntesten und gefährlichsten Mittel der Presse im [58] Volkstumskampf. Ihr muß im Rahmen der Untersuchung besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Wie geschickt die polnische Presse in der Vorkriegszeit diese Waffe zu handhaben verstand, dafür hat besonders Der Polenspiegel von Wagner-Voßberg ausreichende Beweise gebracht. Der Boykott tritt uns in dieser Materialsammlung sowohl als wirtschaftlicher wie als gesellschaftlicher Faktor entgegen. Er richtete sich gegen alles Deutsche, umfaßte aber auch alle Polen, welche die von der Presse aufgestellten Gebote der national-polnischen Disziplin durchbrachen, indem sie sich zu einem verständigen Zusammenleben mit den Deutschen bereit zeigten.

In dieser Periode war es der polnischen Presse nicht schwer gefallen, die polnische Bevölkerung auf bestimmte Pflichten festzulegen, da es möglich war, das Polentum von der Bedrohung der nationalen Existenz zu überzeugen. Die veränderten staatlichen Verhältnisse hatten jedoch die natürlichen Voraussetzungen für eine solche Propaganda zunächst beseitigt. Die Bedrohung durch das Deutschtum im Lande selbst mußte daher - in der Vorstellung der Polen - erst wieder geschaffen werden. Wie sich die Presse dieser Aufgabe im Kampf um den Boden unterzog, ist bereits geschildert worden ("Die deutsche Gefahr"). Die Einsatzmöglichkeit eines wirtschaftlichen Boykotts gegen den deutschen Grundbesitz war jedoch beschränkt. Seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse konnten letzten Endes nicht boykottiert werden, da sie nicht durch polnische ersetzbar waren. Zudem bot das hervorragende deutsche Genossenschaftswesen den deutschen Landwirten für ihren Geschäftsverkehr einen starken Rückhalt. Daher blieb der polnischen Presse nur übrig, die Reihen des eigenen

Volkstums auf Handlungen zu beobachten, die einen Übergang polnischen Bodens in deutsche Hände zum Ziel hatten.

Trotz aller Beschwörungen der Presse gab es immer wieder Polen, die von der Gefährlichkeit der Deutschen nicht überzeugt oder aus wirtschaftlichen Gründen zum Verkauf ihres Landes an deutsche Siedler bereit waren. Gegen diese "Abtrünnigen" wandte sich nun die Presse mit den erprobten und bewährten Mitteln der vorkriegszeitlichen Boykottpropaganda. Słowo Pomorskie112 veröffentlichte eine Namensliste sowohl der Polen, die Land verkauft wie der Deutschen, die es erworben haben mit genauer Flächenangabe. Dazu schreibt das Blatt: "Die Polen müßten öffentlich als Landverschacherer gebrandmarkt werden". Die psychologisch geschicktesten Worte findet wieder der Kurj. Pozn., indem er die Erinnerung an die Vergangenheit beschwört: "Durch eine geschlossene öffentliche Meinung und durch rücksichtslose Brandmarkung der Landverschacherer und durch eine nach dieser Richtung hin entfaltete Aktion ist es uns vor dem Kriege gelungen, uns der deutschen Hochflut zu widersetzen.. Daher muß man denen gegenüber, die polnisches Land an Deutsche verkaufen, die gleiche Methode beibehalten, wie man sie vor dem Kriege [59] gegen die Landverschacherer anwandte. Wir werden diejenigen mit Namen nennen, die auch nur einen Fußbreit polnischen Landes an einen Deutschen abgetreten haben".113 Andere Blätter fordern die Einrichtung von "Schwarzen Listen". In der Untersuchung eines Besitzwechsels gehen die Zeitungen bis ins Einzelne. Dem Dziennik Kujawski entnimmt der Kurj. Pozn.114 die Schilderung der Zwangsversteigerung eines 270 Morgen großen polnischen Guts in Rostrzanbowo, Kreis Schubin, das in deutsche Hände übergegangen war. Durch Belastung mit fiktiven Hypotheken habe der Schuldner Johann Gburczyk den Besitz an den Deutschen Bohm verschachert. Er habe sich damit aus der Volksgesamtheit ausgeschlossen. Inwieweit das Blatt allerdings Recht hatte in der Behauptung, daß die Hypotheken fiktiver Natur waren und ob überhaupt die Absicht, das Gut 'zu verschachern' bestand, kann nicht nachgeprüft werden. Es liegt aber ebenso im Bereich der Möglichkeit, daß man in dem Bestreben, den betreffenden Polen öffentlich zu verleumden, unbedenklich gelogen hat.

Ein weites Feld öffnete sich der Presse für ihre Boykottpropaganda im übrigen deutschen Wirtschaftsleben. Es stellte auch nach den enormen Verlusten der ersten Jahre polnischer Herrschaft immer noch einen beachtlichen Faktor dar. Die Geschäftspartner des deutschen Handels, des Handwerks und der Industrie kamen in großem Umfange aus polnischen Kreisen. Aus den schon erwähnten politischen Gründen hielt sich das Polentum immer weniger an die Boykottparolen der Vergangenheit, zumal die Güte der deutschen Arbeit einen erheblichen Anreiz zum wirtschaftlichen Verkehr mit den Deutschen bot. Daher hielt es die Presse bald für notwendig, die alten Boykottideen wieder stärker zu beleben. Die Aufgabenstellung war

leicht gegeben: die Presse verlangte von den Polen, nichts in deutschen Geschäften zu kaufen, deutsche Arbeiter und Handwerker nicht zu beschäftigen, die Verbindungen zu deutschen Industrieunternehmen abzubrechen, deutsche Genossenschaften und Banken zu meiden u. a. m.115 Gleichzeitig erklärte sie alle Polen in den Verruf, die sich der aufgestellten Boykottparole nicht fügen wollten, d. h. sie verhängte über diese Polen den gesellschaftlichen und, wo es möglich war, auch den wirtschaftlichen Boykott. Ein Streiflicht auf die Verhältnisse im Jahre 1921 wirft ein Artikel des Kurj. Pozn.,116 der darüber Klage führt, daß die gleichen Leute, die sich über eine deutsche Firmenaufschrift aufregten, ihr Geld ruhig zum deutschen Kaufmann oder in deutsche Gaststätten trügen, ohne Rücksicht auf ihre Pflicht, das polnische Gewerbe und den polnischen Handel zu unterstützen, eine Pflicht, die nach Erlangung der polnischen Unabhängigkeit keineswegs an Wert eingebüßt habe.

Mit verschiedenen Begründungen bemühte sich die Presse, die polnische [60] Bevölkerung für die Losung "Kauft nicht bei Deutschen, sondern kauft bei Polen" zu gewinnen. "Die Deutschen schrecken selbst ihre Kundschaft ab, weil sie nicht polnisch lernen wollen", überschreibt Słowo Pomorskie117 einen Bericht, nach dem ein deutscher Schirmmacher in Thorn (folgt Angabe seines Geschäfts) einen Auftrag nicht annehmen konnte, weil er nicht polnisch verstand. Auch bei einem zweiten deutschen Handwerker (folgen dieselben Angaben) seien erhebliche sprachliche Verständigungsschwierigkeiten vorhanden gewesen. Oder es wurden Aufstellungen darüber gebracht, in welchem Umfange die Deutschen in einem Gewerbezweig vertreten sind, wie es der Kurj. Pozn.118 für das Brauwesen tut. Die Verbraucher und polnischen Gastwirte sollten aus dieser Darstellung die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. "Denken wir umsomehr an die alte Losung: Der Landsmann zum Landsmann!'"

Nicht immer ist ersichtlich, ob die Aufforderungen der Zeitungen zum Boykott deutscher Unternehmen allein von nationalen Beweggründen bestimmt werden.

Wenn z. B. der Kurj. Pozn.118 eine Zuschrift aus Rackwitz veröffentlicht, in der die deutschen Bemühungen um den Ausbau einer eigenen Molkerei als gefährlich hingestellt werden, so scheint hier der Wunsch mitzusprechen, die offenbar gut arbeitende deutsche Molkerei in den Augen der polnischen Milchlieferanten unmöglich zu machen, um dafür der im gleichen Ort vorhandenen polnischen Molkerei einen größeren Umsatz zu verschaffen, denn die Grenze zwischen gemeinnützigen Motiven und eigenem Geschäftsinteresse ist dabei zweifellos leicht verwischbar. Welcher Art aber auch die Motive sein mögen, ist der polnischen Zeitung im Grunde gleich. Ihr genügt es, daß sie dem polnischen Leser neues Propagandamaterial für den Boykott vorlegen kann. Für diese Annahme spricht außerdem, daß der

Verfasser der Zuschrift nicht genannt wird.

Zu einer erheblich schärferen Tonart ging die Presse über, wenn sie zu Vergeltungsmaßnahmen für eine angebliche Boykottierung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Polen in Deutschland aufrief. Als im Spätsommer 1932 von der in Deutschland herrschenden Wirtschaftskrise auch die polnische Volksbank in Allenstein ergriffen wurde, schob der Kurj. Pozn.119 die Schuld daran der deutschen Presse zu, die durch falsche Nachrichten das Vertrauen zu dem Bankinstitut erschüttert habe. Sein Allensteiner Korrespondent Baltikus verlangte dafür ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Banken der deutschen Volksgruppe: "Auge um Auge, Zahn um Zahn."

Neben der Bearbeitung der polnischen Bevölkerung benutzte die Presse jede Gelegenheit, die polnischen Behörden auf die Möglichkeit ihres Eingreifens in deutsche Wirtschaftsbetriebe aufmerksam zu machen.120 Die [61] eifrig gepflegte Einrichtung der Presse, Zuschriften aus dem Leserkreis zu veröffentlichen, verschaffte ihr eine gute Unterrichtung über deutsche wirtschaftliche Vorhaben oder im Aufbau begriffene Unternehmungen. Im Anschluß an solche Veröffentlichungen wurde dann eine Aufforderung an die Behörden zu entsprechenden Störungsmaßnahmen gerichtet. Ebenso erfolgten öffentliche Anfragen an die Behörden bei eigenen Beobachtungen der Presse.

Alle diese Handlungen der Presse verraten keine besonderen taktischen Überlegungen; die Boykottpropaganda wird ohne Tarnung oder Bemäntelung entwickelt, als Grund die "deutsche Wirtschaftsexpansion" angegeben und daraus die Notwendigkeit der Schwächung des Deutschtums und der Stärkung des Polentums gefolgert.

Dagegen hat das Verhalten der Presse in der Boykottfrage nach 1934 alle Kennzeichen einer bestimmten Taktik. Die Presse behauptet nämlich nunmehr einen wirtschaftlichen Boykott der deutschen Volksgruppe gegen polnische Unternehmer und Arbeiter. Es ist der alte, schon genügend bekannte Taschenspielertrick der polnischen Presse, das eigene Tun dem Gegner zuzuschieben. Die Presse greift ihn auf, um auf diese Weise das Recht zu Gegenmaßnahmen zu erhalten und der eigenen Boykottaktion ein positives Aussehen zu geben. In einer längeren Artikelserie gibt der Kurj. Pozn. unter der Sammelüberschrift "Glück und Leid in den Grenzkreisen Posens" die Eindrücke eines Berichterstatters von einer Fahrt in die Grenzgebiete Posens wieder, wobei diesem Problem ein größerer Raum gewidmet ist. Es wird zunächst hervorgehoben, daß es dort keine arbeitslosen Deutschen gäbe, da sich die Deutschen bemühten, ausschließlich Angehörige der deutschen Volksgruppe zu beschäftigen.121 Aber der Boykott der Deutschen bestehe auch gegen polnische Geschäfte.

Zur Veranschaulichung erzählt der Berichterstatter eine Begebenheit, die im Wortlaut folgt:

"Neutomischel. In ein großes polnisches Geschäft kommt eine Deutsche vom Lande. Trotz einer bedeutenden Zahl von Käufern drängt sie sich nach vorn.

Bitte, warten Sie einen Augenblick. Ich werde Sie gleich bedienen - sagt der Verkäufer.

O nein! Fertigen Sie mich bitte sofort ab, denn noch hat mich hier niemand gesehen.

Der Verkäufer war intelligent und übersah blitzschnell die Situation.

Na, und was ist dabei, wenn Sie jemand sieht - fragt er die Frau aus.

O, dann werde ich Strafe zahlen! -

Sieh da! Ich bediene Sie schon. Zucker, Kaffee? Bitte sehr. Und welche Strafe zahlen Sie denn? -

Nun, bei uns in der Organisation zahlen wir für das Kaufen beim [62] Juden 5 Zloty und für das Kaufen beim Polen 3 Zloty Strafe."122

Der Berichterstatter, der die Geschichte mit dem Zusatz "authentisch" versieht, ruft am Ende seines Artikels unter der Losung "Jeder zu dem Seinen" zur Gegenaktion auf. Er schreibt: "Wir wollen die Sache klar stellen: der Pole muß beim Polen kaufen! Wenn wir über die deutsche Gefahr im Grenzgebiet (und nicht nur dort) sprechen und über das Fehlen des Interesses für diese Sache von Seiten der amtlichen Faktoren, - so wollen wir, die Volksgesamtheit, nicht den gleichen Fehler begehen. Der wirtschaftliche Sektor hängt in vielen Fällen von uns ab... Die Volksgesamtheit muß selbst das tun, was dazu gehört. Und sie tut es."

Das Betreiben des Boykotts hatte an vielen Stellen Ergebnisse, die sich zu einer überaus empfindlichen Schädigung des deutschen Wirtschaftslebens auswuchsen. Allerdings war es der Presse bei der steigenden Heftigkeit der Auslassungen nicht immer möglich, den Boykott in bestimmten Grenzen zu halten. Die aufgeputschten Massen führten ihn schließlich nach eigenem Gutdünken durch und die Folgen gefährdeten häufig die allgemeine Sicherheit und Ordnung. Die Presse konnte ihre Beteiligung daran nicht abstreiten, aber sie war keinesfalls gewillt, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Immer wurden dann allgemein "unverantwortliche Elemente" vorgeschoben. Als z. B. die Boykottaufforderungen der Lissaer Zeitschrift OSA, die in Gemeinschaft mit der Nationalen Partei (ND) herausgegeben worden waren, peinliche Auswirkungen hervorgerufen hatten, sah sich das Blatt genötigt, in drei Meldungen123 dazu Stellung zu nehmen, von denen die wichtigste lautete: "Im Zusammenhang mit den von uns veröffentlichten antideutschen Parolen erfahren wir, daß diese Aktion von uns nicht näher bekannten Elementen zu persönlichen Abrechnungen benutzt wird." Es folgt eine Erklärung, daß die Nationale Partei mit diesen "Auswüchsen" nichts zu

tun habe. Vielmehr seien nach dem vorliegenden Nachrichtenmaterial die Exzesse von Juden oder ähnlichen Elementen verübt worden. In einer späteren Meldung spricht die Zeitschrift davon, daß die Aktion der Nationalen Partei verschiedentlich schlecht verstanden worden sei.

Der aktiven Propaganda stand eine von der Presse ausgeübte ausgedehnte Kontrolle des Polentums zur Seite. Denn der Erfolg des Boykotts war nur dann gewährleistet, wenn nun auch tatsächlich die Gesamtheit der polnischen Bevölkerung daran teilnahm. Soweit die bisherigen Beeinflussungsmethoden einzelne Glieder des Polentums nicht erfaßt hatten und diese sich an die Verfemung der Deutschen nicht hielten, ging die Presse gegen sie mit der öffentlichen Diffamierung vor. Die Mittel dazu sind z. T. schon aus dem Kampf gegen den deutschen Grundbesitz be- [63] kannt: Es erfolgten zunächst Mahnungen und Warnungen, auf die schließlich Namensnennungen folgten, und die nicht selten von Drohungen begleitet waren, in denen die Volksgesamtheit, d. h. Vertreter des gleichen Chauvinismus, zur entsprechenden Stellungnahme aufgefordert wird. Dabei schreckt die Presse auch nicht davor zurück, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anzugreifen. In einem längeren Aufsatz schildert Słowo Pomorskie124 den wirtschaftlichen Aufschwung einiger in deutschem Besitz befindlicher Thorner Industriewerke. Leider erhielten sie, so schreibt das Blatt, bereitwillig Unterstützung u. a. von dem Polen J., einem Mitglied des Kreisausschusses. "Das Verhalten des Herrn J.", fährt die Zeitung fort, "der Vertreter der polnischen Volksgesamtheit des hiesigen Kreises sein will, muß rücksichtslos gebrandmarkt werden. Hoffentlich wird die Volksgesamtheit die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen und hinsichtlich seiner Person entsprechend Stellung nehmen."

Ebensowenig wurde im eigenen Presselager eine Durchbrechung der festgelegten Richtlinien geduldet. Zwar war dies bei der uniformen Einstellung der Presse in Posen und Westpreußen gegenüber der deutschen Volksgruppe nicht zu erwarten. Jedoch auch auf die polnische Presse aus anderen Landesteilen wurde geachtet und eine unerwünschte Auffassung sofort gerügt. Ein Beispiel ist bereits gegeben worden (vgl. S. 37 ff.). Daß die Presse sich aber auch nicht scheute, den Ruf solcher Presseorgane, die sich nur einmal objektiv und ohne jede Anspielung auf die verbohrte Haltung der westpolnischen Presse zu den deutschen Lebensfragen äußerten, zu verunglimpfen, wird durch eine Bemerkung des Kurj. Pozn.125 bestätigt, die das Organ des polnischen Schützenverbandes "Strzelec" der Annahme deutscher Bestechungsgelder beschuldigt. Bezeichnend für die Polemik des Kurj., aber auch für seine allgemeine Einstellung zu deutschen Fragen ist die Tatsache, daß sie in der Ära der deutsch-polnischen Erklärung von 1934 durchgeführt wurde.

Bei einer Gegenüberstellung des früheren und nachkriegszeitlichen

Presseboykotts ist eine Änderung der wesentlichen Gedanken unverkennbar. Einstmals hatte die Presse den Boykott als ein Mittel zur Absonderung des polnischen Volksteils von den Deutschen ins Feld geführt, als ein Instrument zum Ausbau der eigenen wirtschaftlichen Kräfte und zur Schädigung der Gegenseite. Vor allem aber hatte sie ihn in den Dienst der nationalen polnischen Erziehung gestellt. Unter dem polnischen Regime aber wandelte die Presse mit Unterstützung der ND. und des Westverbandes den Boykott zu einem Werkzeug der Verdrängung des Deutschtums um. Diese negative Zielsetzung deutet bereits die wertmäßige Verschiebung an, die die Presse in der neuen Zeit als Faktor der öffentlichen Meinung erfahren hat. So gefährlich der Boykott als Waffe gegen das Deutschtum wurde, so hat er kaum noch wirkliche nationale Erziehungsarbeit am Polentum im Sinne der früheren Kampfzeit geleistet.

## Anmerkungen:

31Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. 6. 1919. ...zurück...

32Rauschning, H.: l. c., S. 97. ...zurück...

33Dzien. Pozn. Nr. 3 vom 4. 1. 1919. ...zurück...

34So: Dzien. Pozn., Gazeta Powszechna, Gazeta Poznańska, Głos Poranny, Goniec Wielkopolski, Kurj. Pozn., Orędownik, Postęp, Przegląd Poranny, Rzeczpospolita, Dziennik Bydgoski, Głos Pomorski, Głos Robotników, Słowo Pomorskie. ...zurück...

35Kurj. Pozn. Nr. 101 vom 2. 5. 1922. ...zurück...

36Nr. 101. ...zurück...

37Kurj. Pozn. Nr. 105 vom 7. 5. 1922. ...zurück...

38Kurj. Pozn. Nr. 106 vom 10. 5. 1922. ...zurück...

39Postęp Nr. 243 vom 23. 10. 1920. ...zurück...

40Rauschning, H.: l. c., S. 116. ...zurück...

41vgl. Rauschning, H.: l. c., S. 65. ...zurück...

42Kurj. Pozn. Nr. 5 vom 6. 1. 1924. ...zurück...

43Głos Pomorski Nr. 5 vom 6. 1. 1924. ...zurück...

44Głos Pomorski Nr. 7 vom 9. 1.1924. ...zurück...

45Im Volksmund gebräuchliches Schimpfwort für die Deutschen. ...zurück...

46Kurj. Pozn. Nr. 9 vom 11. 1.1924. ...zurück...

47Kurj. Pozn. Nr. 12 vom 15. 1.1924. ...zurück...

48Prawda Nr. 43 vom 23. 2. 1927. ...zurück...

49Słowo Pomorskie (Thorn) Nr. 264 vom 16. 11. 1932. ...zurück...

50Kurj. Pozn. vom 12. 3. 1925. ...zurück...

51Kurj. Pozn. vom 2. 11. 1925. ...zurück...

52Kurj. Pozn. Nr. 96 vom 1. 3. 1927. ...zurück...

53Kurj. Pozn. Nr. 361 vom 7. 8. 1936. ...zurück...

54Fürst von Bülow: Deutsche Politik, Berlin 1916, S. 239. ...zurück...

55Posener Tageblatt vom 18. 2. 1939. ...zurück...

56Rauschning, H.: l. c., S. 234. ...zurück...

57Versailler Vertrag, Art. 92 und 297. ...zurück...

58Dzien. Pozn. Nr. 24 vom 30. 1. 1919. ...zurück...

59Gazeta Torunska Nr. 59, 1919. ...zurück...

60Kurj. Pozn. Nr. 94 vom 24. 4. 1921. ...zurück...

61Kurj. Pozn. Nr. 251 vom 30. 10. 1920. ...zurück...

62Kurj. Pozn. Nr. 235 vom 24. 5. 1927. ...zurück...

63Kurj. Pozn. vom 30. 12. 1926. ...zurück...

64Prawda Posen Nr. 93 vom 23. 4. 1927. ...zurück...

65Kurj. Pozn. Nr. 320 vom 18. 7. 1927. ...zurück...

66Kurj. Pozn. Nr. 12 vom 10. 1. 1927. ...zurück...

67Kurj. Pozn. Nr. 12 vom 10. 1. 1927. ...zurück...

68Kurj. Pozn. Nr. 24 vom 17. 1. 1927. ...zurück...

69Kurj. Pozn. Nr. 44 vom 28. 1. 1927. ...zurück...

70Kurj. Pozn. Nr. 174 vom 15. 4. 1927. ...zurück...

71Kurj. Pozn. Nr. 235 und Nr. 241. ...zurück...

72Kurj. Pozn. Nr. 256 vom 8. 6. 1927. ...zurück...

73Kurj. Pozn. Nr. 46 vom 29. 1. 1927. ...zurück...

74Kurj. Pozn. Nr. 55 vom 7. 3. 1925. ...zurück...

75Kurj. Pozn. Nr. 70 vom 14. 2. 1927. ...zurück...

76Kurj. Pozn. Nr. 96 vom 25. 4. 1925. ...zurück...

77vergl. S. 94 ff. ...zurück...

78Dzien. Pozn. Nr. 36, 1919. ...zurück...

79Osteuropäische Lageberichte, IV. Jahrg., Heft 3, S. 3. ...zurück...

80Kurj. Pozn. vom 12. 2. 1925. ...zurück...

81Kurj. Pozn. Nr. 593 vom 29. 12. 1927. ...zurück...

82Kurj. Pozn. Nr. 51 vom 2. 2. 1927. ...zurück...

83Głos Prawdy vom 29. 7. 1928. ...zurück...

84Kurj. Pozn. Nr. 16 vom 12. 1. 1927. ...zurück...

85Kurj. Pozn. Nr. 110 vom 9. 3. 1927. ...zurück...

86Kurj. Pozn. Nr. 191 vom 24. 4. 1929. ...zurück...

87Kurj. Pozn. Nr. 510 vom 8. 11. 1927. ...zurück...

88s. S. 48. ...zurück...

89Kurj. Pozn. Nr. 362 vom 11. 8. 1927. ...zurück...

90Kurj. Pozn. Nr. 262 vom 11. 6. 1927. ...zurück...

91Dzien. Pozn. Nr. 63 vom 16. 3. 1928. ...zurück...

92Kurj. Pozn. Nr. 424 vom 15. 9. 1938. ...zurück...

93Die Aufforderung des Staates zur freiwilligen Parzellierung geht der Zwangsparzellierung voraus, vgl. Mornik, l. c., S. 97. ...zurück...

94Kurj. Pozn. Nr. 368 vom 16. 8.1927. ...zurück...

95Słowo Pomorskie Nr. 110 vom 14. 5. 1927. ...zurück...

96Kurj. Pozn. Nr. 193 vom 28. 4. 1927. ...zurück...

97Kurj. Pozn. Nr. 262 vom 11. 6. 1927. ...zurück...

98Kurj. Pozn. Nr. 74 vom 15. 2. 1928. ...zurück...

99Słowo Pomorskie Nr. 1 vom 1. 1. 1928. ...zurück...

100Kurj. Pozn. Nr. 350 vom 4. 8. 1927. ...zurück...

101Kurj. Pozn. Nr. 193 vom 28. 4. 1927. ...zurück...

102Słowo Pomorskie Nr. 246 vom 26. 10. 1927. ...zurück...

103Kurj. Pozn. Nr. 350 vom 4. 8. 1927. ...zurück...

104Dzien. Pozn. Nr. 39 vom 18. 2. 1927. ...zurück...

105Słowo Pomorskie Nr. 110 vom 14. 5. 1927. ...zurück...

106Kurj. Pozn. Nr. 558 vom 6. 12. 1927. ...zurück...

107Kurj. Pozn. Nr. 362 vom 11. 8. 1927. ...zurück...

108Kurj. Pozn. Nr. 481 vom 20. 10. 1938. ...zurück...

109Słowo Pomorskie Nr. 288 vom 16. 12. 1927. ...zurück...

110Słowo Pomorskie Nr. 246 vom 26. 10. 1927. ...zurück...

111Kurj. Pozn. Nr. 454 vom 3. 10. 1928. ...zurück...

112Słowo Pomorskie Nr. 125 vom 2. 6. 1927. ...zurück...

113Kurj. Pozn. Nr. 158 vom 16. 4. 27. ...zurück...

114Kurj. Pozn. Nr. 590 vom 23. 12. 31. ...zurück...

115Der gesellschaftliche Boykott des Deutschtums richtete sich vor allem gegen die deutschen Vereine, s. das Kapitel: Die Organisation des Deutschtums. ...zurück...

116Kurj. Pozn. Nr. 31 vom 9. 2. 1921. ...zurück...

117Słowo Pomorskie Nr. 172 vom 28. 7. 1929. ...zurück...

118Kurj. Pozn. Nr. 334 vom 23. 7. 1930. ...zurück...

119Kurj. Pozn. Nr. 492 vom 27. 10. 1932. ...zurück...

120Über die systematische Bekämpfung des deutschen Wirtschaftslebens durch die polnischen Behörden, s. Rauschning, H.: l. c., S. 127. ...zurück...

121Kurj. Pozn. Nr. 270 vom 16. 6. 1938. ...zurück...

122Kurj. Pozn. Nr. 296 vom 3. 7. 1938. ...zurück...

123O S A (Lissa) vom 24. 7. 1938. ...zurück...

124Słowo Pomorskie Nr. 68 vom 22. 3. 1928. ...zurück...

125Kurj. Pozn. Nr. 135 vom 24. 3. 1937. ...zurück...

[64]

# B. Die polnische Volkstumsfront und der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen (Forts.)

## II. Der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe seit 1918 (Forts.)

## d) Die Angriffspunkte (Forts.)

### 3. Die deutschen kulturellen Einrichtungen und deutschen Kulturwerte

Weder den kulturellen Bereich noch die Fragen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Absonderung des Deutschtums hat die polnische Presse als unwichtige Nebenkriegsschauplätze angesehen. Sie

hat sie nur später in Angriff genommen. Nachdem gegenüber dem deutschen Besitzstand so außerordentliche Erfolge für Polen erzielt worden waren, konnte die Presse ihre freigewordenen Kräfte gegen die kulturellen Einrichtungen der Deutschen wenden. Die Spalten der Zeitungen zeigten in wachsendem Maße neben der niemals vernachlässigten Überwachung des deutschen Besitzes Artikel und Nachrichten über das deutsche Schulwesen, die Kirche u. a. An die Seite der politischen und wirtschaftlichen Entrechtung des Deutschtums trat der Kampf gegen die deutschen Kulturgüter.

Ebenfalls ist das späte Eingreifen der Presse auf dem neuen Felde nicht so zu deuten, daß sie sich bis dahin völlig passiv verhalten hätte. Bei der Beseitigung der Merkmale deutschen Kultureinflusses hat die Presse besonders im Stadium des staatlichen Hoheitswechsels einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. In einer Zeit, in der noch um die Befestigung der polnischen Macht gerungen wurde, machte die Presse bereits auf die Ausschaltung deutscher Kulturkräfte aufmerksam. Ihr Blick fiel dabei auf die Kulturinstitute, deren deutsches Wesen im kulturellen Leben am deutlichsten sichtbar war: die Theater. So schreibt der Dzien. Pozn.126 am 15. 3. 1919: Die Stadt Posen müsse den Vertrag mit dem gegenwärtigen Direktor lösen, das Gebäude müsse gründlich renoviert werden, indem man die Aufschriften und Malereien beseitige und sie durch eigene ersetze, um mit Beginn der kommenden Spielzeit, also im Herbst, mit regulären polnischen Vorstellungen beginnen zu können. Gleichzeitig schlägt die Zeitung einen neuen polnischen Theaterdirektor vor, der anschließend in breiter Darstellung seine künftigen Theaterpläne bekannt gibt. Die sich innerhalb des Polentums regenden Stimmen, die zur Mäßigung rieten, weist die Gazeta Narodowa127

zurecht: die Polen sollten sich lieber um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Die Polen seien die Herren im eigenen Lande und könnten das freie Dasein anderer Nationalitäten gestatten, aber sie hätten keine Pflicht, zu deren Gunsten auf etwas zu verzichten. Niemand werde die Deutschen daran hindern, ein Theatergebäude für sich zu errichten, aber niemand werde zulassen, daß im Posener Stadttheater das deutsche Wort erklinge.

Diese rücksichtslose Verkündung des polnischen Herrenstandpunktes deutet darauf hin, daß es der Presse um diese Zeit in erster Linie mehr um die kulturelle Einfluß- und Machtposition geht, daß sie dabei noch nicht direkt auf die Zerstörung des deutschen Kulturlebens zielt. Die [65] Deutschen sollen aus ihren tonangebenden Stellungen verschwinden, also auch aus der kulturellen Zone, und Polen sollen an ihre Stelle treten. Gleichfalls von diesem Willen zeugt ein Artikel des Dziennik Bydgoski,128 in dem gefordert wird, daß bei der Besetzung der Oberleitung der Schulabteilung des Bromberger Magistrats darauf Bedacht genommen werde, "daß die Schulabteilung im polnischen Bromberg nicht zu einer Expositur des deutschen Schulvereins werde". Daneben sollte überhaupt im Bild der Stadt alles ausgelöscht werden, was an die deutsche Oberhoheit erinnerte. Das betraf auch die deutschen Denkmäler. Der Dziennik Bydgoski berichtet in diesem Zusammenhang über die Entfernung der deutschen Embleme von dem Bromberger Gefallenendenkmal:

"So ist geschehen, was die städtischen Behörden schon längst hätten ausführen sollen. Es hat sich wohl eine Anzahl junger Leute gefunden, die diese letzten Spuren des junkerlichen Hochmuts unserer einstigen Bedrücker in dem polnischen Bromberg nicht zu ertragen vermochten."129

Allmählich nahm der Kampf gegen deutsche Kulturwerte festere Formen an. Nach Aufgaben brauchte die Presse wahrlich nicht zu suchen. Vor ihr standen als gewaltige Gebäude deutschen Kulturwillens das deutsche Schulwesen und die deutsche Kirchenorganisation. Ihre Bedeutung ist schon allein daraus ersichtlich, daß die lebende und die kommende Generation der deutschen Volksgruppe ihnen starke geistige und moralische Kräfte verdankte. Beide Institutionen waren in größtem Umfange an der Volksgruppenführung beteiligt. Nicht zuletzt seien sie genannt als Hort des kostbaren Schatzes der deutschen Muttersprache.

Die Machtverlagerung im Volkstumskampf mußte sich auf dem Gebiet des deutschen Schulwesens in einem ganz anderen Umfange auswirken als z. B. innerhalb der Wirtschaft; denn das deutsche Schulwesen war dem Eingriff des polnischen Staates unmittelbar ausgesetzt. Dieser nahm den Kampf in der Weise auf, daß er durch Zerreißen von Schulgemeinden die Aufbringung der erforderlichen Anzahl deutscher Schulkinder für eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache unmöglich machte und dies dann zum Anlaß

nahm, die Schule zu schließen. Mit solchen Maßnahmen war es den polnischen Behörden ein Leichtes, die Bestimmungen für den Minderheitenschutz zu umgehen. Von anderen Maßnahmen sei hier nur noch die häufige Versetzung deutscher Lehrer an polnische Schulen oder die Kündigung ihrer Stellung hervorgehoben. Näher unterrichtet darüber die erwähnte Schrift von Mornik.130

Gegenüber einer solchen Umstellung konnte die Presse mit ihren Erfahrungen aus der Vorkriegszeit zunächst wenig anfangen. Ihre damaligen Anklagen gegen die deutschen Behörden, die darin gegipfelt hatten, daß [66] polnische Kinder in deutschen Schulen germanisiert würden, konnten mangels jeder tatsächlichen Grundlage nicht ohne weiteres fortgesetzt werden. Daher beschränkte sich die Presse in den ersten Jahren darauf, das Vorgehen der Behörden als rechtmäßig und den schulischen Bedürfnissen des Deutschtums entsprechend hinzustellen. Sie bediente sich dabei folgender Taktik:

Sie behauptete, das deutsche Schulwesen in Polen sei glänzend ausgebaut. Seine Behandlung durch die polnischen Behörden zeuge von einer vorbildlichen Toleranz. Es bestehe in dieser Hinsicht ein vollkommener Gegensatz zu der Lage der in Deutschland lebenden Polen, deren Wünsche nach Schulen mit polnischer Unterrichtssprache nicht berücksichtigt würden. Die Gegenüberstellung des deutschen Schulwesens in Polen und des polnischen im Deutschen Reich ist also der Angelpunkt für die Presse. Perdelwitz nennt es eines der beliebtesten Mittel der polnischen Presse, immer wieder darauf hinzuweisen, welche Zahl von Schulen den deutschen Minderheiten in Polen zur Verfügung stehe und wie gering im Vergleich dazu die Zahl der polnischen Minderheitsschulen in Deutschland sei.131

Im Anschluß an eine polnische Lehrertagung, die Mitte 1927 in Danzig stattfand und über die eingehend in den Zeitungen berichtet wurde, polemisierte die Presse heftig gegen die Schrift des volksdeutschen Schulfachmannes Paul Dobermann über "Die deutsche Schule im ehemals preußischen Teilgebiet Polens". Die Artikel, die teilweise als Serien in der Presse erschienen, machten sich die Gedanken einer Veröffentlichung des ehemaligen Schulrats und Organisators des polnischen Volksschulwesens Johann Suchowiak zu eigen. Einen großen Raum nahmen die Zusammenstellungen aller sogen. "fürsorglichen Maßnahmen" ein, die von polnischer Seite zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Minderheitenvertrag für die Deutschen getroffen worden waren. Gazeta Gdanska132 fügt daran die Bemerkung:

"Wir meinen, daß diese Skizze... ein ausgesprochener Beweis der polnischen Loyalität und Gerechtigkeit gegenüber ihrer deutschen nationalen Minderheit ist. Polen zahlt also den Deutschen nicht mit gleicher Münze... und es wendet

menschliche Methoden an, die den früheren und auch zum Teil den heutigen Methoden des preußischen Regimes gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland in keiner Weise ähnlich sind."

Häufig greift die Presse zu einem zahlenmäßigen Vergleich, wie ihn der Kurj. Pozn.133 im Juli 1930 anstellt. Die deutsche Minderheit in Polen mit 1 100 000 Köpfen habe 932 Schulen, die 100 000 Kinder be- [67] suchten, während die polnische Minderheit in Deutschland, die mindestens auf 1 200 000 Personen zu schätzen sei, nur über 73 Schulen verfüge, die nicht ganz 2000 Kinder besuchten. Die Forderungen der Deutschen nach Aufhebung oder Erleichterung der Schulbeschränkungen werden also als unbillig hingestellt. Mehr noch, die Presse behauptet: Die Deutschen möchten ein bevorrechtetes Volk sein. Auf einen Artikel im Posener Tageblatt134 über "Die Lage des deutschen öffentlichen Volksschulwesens in Pommerellen" aus der Feder des genannten Paul Dobermann, entgegnet der Kurj. Pozn.:135

"Herr Dobermann möchte, daß jedes deutsche Kind in Pommerellen nur deutsche Schulen besucht. Einverstanden..., wenn aber die Deutschen in der Diaspora wohnen, wenn die geringe Zahl der Kinder nicht genügt, daß der Staat für sie einen besonderen Lehrer unterhält, so mögen sie doch für sich kein Vorrecht verlangen."

Ebenso weitreichend wie grundsätzlicher Natur war die Frage einer deutschen Kulturautonomie, die u. a. den Einbau deutscher Kontrollorgane in das deutsche Schulwesen vorsah. Sie war Gegenstand verschiedener Besprechungen zwischen Deutschland und Polen gewesen, wobei die Polen die deutschen Vorschläge stets als unannehmbar bezeichnet hatten. In der Schrift von Dobermann waren sie wieder vorgebracht worden. Der Dzien. Pozn.136 antwortet darauf: Für die Privatschulen hätten die Deutschen die Autonomie schon erlangt. Bei den öffentlichen Schulen könne der polnische Staat eine Autonomie nicht einräumen. Der demokratische Grundsatz des Tragens der gemeinsamen Lasten würde dadurch erschüttert werden; eine Kulturautonomie sei unannehmbar und undurchführbar.

Diese unter sachlichen Gründen verborgene Ablehnung kann aber wohl kaum die wahre Meinung des Dzien. Pozn. gewesen sein; denn einige Tage zuvor hatte er eine wesentlich andere Stellung zu diesem Thema eingenommen:137

"Die Deutschen betrachten ihre deutschen Minderheiten in diesen Landesteilen als ihre Vorposten. Die deutschen Minderheiten sollen in diesen Ländern sein:
heute - die Verbreiter der deutschen Kultur und des deutschen Geistes,
später - der deutschen wirtschaftlichen Interessen,
schließlich - des deutschen politischen Einflusses."

Die Kulturautonomie der Deutschen sei das Kennwort für das getarnte Streben der Deutschen nach Errichtung eines "Großdeutschland" in Mitteleuropa.

[68] In diesen Sätzen zeigt sich aber bereits eine andere Art des Vorgehens der Presse gegen das deutsche Schulwesen, nämlich das Bestreben, den deutschen Schulen staatsgefährliche Zwecke anzudichten und sie bei der polnischen Bevölkerung in Verruf zu bringen. Durch diesen Vorwand sollten die Handlungen des Staates gedeckt werden. Im Mittelpunkt der Pressekampagne stand die deutsche Lehrerschaft. In ihr verkörperte sich ja auch die wichtigste Stütze des deutschen Schulwesens, das mit der Haltung seiner Lehrer und ihrer unverrückt nationalen Gesinnung stand und fiel.

Umgekehrt mußte aber gerade ein so hingebend tätiges Bekenntnis für das Deutschtum die polnische Presse auf den Plan rufen. Es war ihr nicht schwer, Verdächtigungen gegen diejenigen deutschen Lehrer zu finden, die noch von der preußischen Verwaltung übernommen worden waren. Ihnen wurde der Vorwurf eines "alldeutschen Geistes" gemacht und von ihnen aus diese Bezichtigung auf die ganze deutsche Lehrerschaft ausgedehnt. Der Dzien. Pozn.138 berichtete in diesem Sinne von einer Versammlung der deutschen Lehrer, die am 29. 12. 1920 in Posen stattgefunden hatte. "Die Vorkämpfer der germanischen Idee," heißt es dort, "legten offen das Bekenntnis ab, daß sie nur der moralische Zwang, d. h. das Wohl der deutschen Kinder bewogen habe, ein so schweres Opfer, wie die Ablegung des Staatseides, zu bringen." Diese Behauptung, schreibt die Zeitung weiter, beweise nur zu sehr den feindseligen Geist, von dem sich die deutsche Lehrerschaft leiten lasse.

Bei dieser allgemein gehaltenen Feststellung bleibt aber die Presse nicht stehen. Die Einführung der deutschen Schulkinder in das deutsche Kulturgut, eine Arbeit, die doch nur der natürlichen Bestimmung der deutschen Schule entspricht, deutet die Presse als eine "polenfeindliche Aktion" um, die auf dem völligen Ignorieren alles Polnischen beruhe. Polnische Sprache und Literaturunterricht wird nach Ansicht der Presse der deutschen Jugend nur erteilt, wenn es die polnischen Behörden fordern. Die Presse hält das für ein Vergehen gegen den Geist der Loyalität, denn ihrer Anschauung nach besteht "die loyale Pflicht der in den Grenzen des polnischen Staates lebenden Angehörigen fremden Volkstums" darin, "im Polentum aufzugehen".139

Neben den moralischen Beschwörungen der Presse an die Adresse der Deutschen kannte der Volkstumskampf die Methode des unmittelbaren Druckes auf die Eltern schulpflichtiger Kinder. Diese wurden durch die polnischen Behörden oder durch die verschiedenen polnischen Verbände - an ihrer Spitze der Westverband - aufgefordert, ihre Kinder in polnischen

Schulen anzumelden. Weigerten sie sich, dies zu tun, so wurden denen unter ihnen, die bei einer Behörde oder einer polnischen Firma im Arbeitsverhältnis standen, die Stellung gekündigt und sie der Arbeits- [69] losigkeit preisgegeben. Die Vermittlung eines neuen Arbeitsplatzes kam aber nur in Betracht, wenn sie sich doch zu einer polnischen Beschulung ihrer Kinder entschlossen. So wurde der Kampf um die Erziehung des deutschen Kindes und damit um die deutsche Schule oft genug auf dem Arbeitsamt entschieden.

Die polnische Presse bemühte sich, diese offenkundigen Polonisierungsversuche im Schulwesen nach Möglichkeit zu decken. Sie griff dabei nach der gleichen Methode, das eigene polnische Tun den Deutschen anzudichten, die schon wiederholt festzustellen war. So schreibt der Dziennik Poranny:140

"...denn die deutschen wirtschaftlichen Organisationen üben oft auf das polnische Element, das wirtschaftlich von ihnen abhängig ist, einen Druck aus, indem sie polnische Kinder dazu zwingen, eine deutsche Schule zu besuchen. Ohne diesen Druck der deutschen Kreise würden die Zahlen der deutschen Schulkinder... noch niedriger sein."

Weit mehr im Vordergrund stehen aber die Anklagen und Verdächtigungen, die in den deutschen Schulen die Zellen einer vom Deutschen Reich aus geleiteten antipolnischen Arbeit sehen wollen. Der Ansatz dafür ist die Fragestellung: Wer gibt das Geld für die deutschen Schulen? Der Kurj. Pozn.141 antwortet mit dem Hinweis auf die "fördernden Organisationen in der Fremde". Er erweitert seine bisherigen Aufklärungsversuche um einige Angaben, die er der deutschen Zeitschrift Ostland entnommen hat, in denen von verbandsmäßigen deutschen Schulpatenschaften die Rede ist. Obgleich hierdurch die Frage nach dem Geld geklärt erscheint, verschwindet sie damit noch nicht aus den Spalten der polnischen Presse. Ausgerechnet der Kurj. Pozn.142 wiederholt sie bei dem Bau des deutschen Gymnasiums in Graudenz, dessen Bauherr der "Deutsche Schulverein" ist. Die Zeitung schreibt, daß es ein "Geheimnis" sei, woher der Schulverein die Mittel schöpfe. "Es fällt auch auf, daß der Schulverein ganz im Stillen und geräuschlos zur Ausführung eines so beachtlichen Werkes herangeht, über das sich auch die deutsche Presse ausschweigt." Kurze Zeit darauf übernimmt fast die ganze polnische Presse einen Artikel der in Deutschland erscheinenden pazifistischen Zeitschrift Das andere Deutschland, in dem Angaben über das deutsche Schulwesen in Polen gemacht werden.143 Es wird darin ausgeführt, daß in den Oberklassen der deutschen Schulen Organisationen beständen, die sich die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland zum Ziel gesetzt hätten. Zum Inspirator dieser Strömungen wird der Bromberger Oberstudienrat Dr. Schönbeck gestempelt, der zudem, um eine einheitliche nationale Gesinnung unter seiner Lehrerschaft zu erhalten,

besondere schwarze Listen [70] geschaffen habe, auf Grund deren er unzuverlässige Lehrer von ihren Posten entferne. Im übrigen habe sich Schönbeck ins Ausland begeben.

Die große Aufmachung dieses Artikels in der polnischen Presse deutet darauf hin, daß damit die Kampagne ihren Höhepunkt erreicht hatte und man sich als Folge einen besonders scharfen Zugriff der polnischen Behörden gegen das deutsche Schulwesen versprach. "Wenig später aber mußte der Kurj. Pozn.144 die Nachricht bringen, daß Dr. Schönbeck seine Arbeit in Bromberg wieder aufgenommen hatte. Mehr noch, er habe in einer Ansprache vor dem Deutschen Schulverein die "Hilfe der Deutschen aus dem Mutterlande" für das deutsche Schulwesen in Polen erwähnt. Das Blatt entrüstet sich zwar sehr über diese Erklärung und meint, daß also alle Enthüllungen über die großen Beihilfen aus dem Reich wahr gewesen seien, es verlangt "kategorisch nähere Aufklärung in der Angelegenheit des Herrn Schönbeck", - aber dies alles kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die klare deutsche Stellungnahme die ganze Aktion durchkreuzt hatte.

Es war weder der einzige noch der letzte Versuch der Presse, der deutschen Schule auf diese Art beizukommen. Die Presse rechnete mit dem kurzen Gedächtnis der Leserschaft, sodaß sie, sobald eine Verleumdung von der deutschen Volksgruppe aus dem Wege geräumt war, die alte Behauptung neu hergerichtet nicht lange danach wieder ins Treffen führte.

Die besondere Aufmerksamkeit der Presse bekamen die deutschen Wanderlehrer zu spüren. Das Wesen ihres Berufes, der sie zu einem ständigen Wechsel ihrer Arbeitsstelle anhält, legte es polnischen Kreisen nahe, sie mit einer Spionagetätigkeit für Deutschland in Verbindung zu bringen. Die Presse nahm sich daher mit Eifer aller Fälle an, in denen deutsche Wanderlehrer aus diesen oder ähnlichen Gründen verhaftet worden waren. Sie verstand, den Polen einen Zusammenhang zwischen der Reisetätigkeit der Lehrer und unbestimmten Spionage-Indizien dahingehend klar zu machen, daß der Beruf des Wanderlehrers nur als Tarnung für geheimnisvolle Aufträge reichsdeutscher Stellen erschien. Der Dzien. Pozn.145 berichtet z. B. von der Verhaftung des deutschen Wanderlehrers Emil Neumann, der unter dieser Eigenschaft Spionage für Deutschland getrieben hätte. Bezeichnend ist, wie die weitere Schilderung es vermeidet, den N. nach Arbeit und Kenntnissen in den Beruf eines Wanderlehrers einzuordnen, sondern darauf hinausgeht, ein unbestimmtes Zwielicht um ihn zu schaffen. N. hätte hinreichende Kenntnisse der wirtschaftlichen Lage, der konfessionellen Verhältnisse usw. Er hätte interessante Instruktionen mit Bezug auf die Umschulung der Kinder gehabt, um die Mindestzahl von Schulkindern zur Erhaltung der Minderheitsschulen zu [71] erzielen. Über die Wanderlehrer insgesamt wird anschließend u. a. ausgeführt, daß zu ihrer Unterstützung ein ganzes Netz von verschiedenen Nachrichtenagenturen,

Vertrauensmännern in den Dörfern usw. bestehe.

Mit diesen Mitteln machte die Presse aus einigen beschlagnahmten harmlosen Aufzeichnungen, Amateuraufnahmen und dergl. gewichtige Spionagefälle, besser gesagt: sie weckte auf diese Weise für die handelnde polnische Polizei die nötige öffentliche Resonanz, - die schließlich alles behördliche Tun deckte.

Wenn die polnische Presse auch stets bei der Behauptung blieb, daß das deutsche Schulwesen mit der "sprichwörtlichen polnischen Toleranz" behandelt werde, so mußte sie andererseits doch einen Rückgang darin zugeben. Allerdings hatte sie dafür ganz andere, nur nicht die wahren Gründe zur Hand. Im Jahre 1922 schrieb der Dzien. Pozn.:146 Die Mehrheit der deutschen Lehrer wolle sich nicht an den neuen politischen Organismus anpassen. Es sei also keineswegs die Schuld der polnischen Schulleitung, wenn ein gewisser Teil der Dienststellen in den deutschen Schulen ohne Lehrer geblieben sei. Suchte die Presse für die Behinderung im Unterricht die deutschen Lehrer selbst verantwortlich zu machen, so gab sie für den Rückgang der Zahl der deutschen Schulen den durch die deutsche Abwanderung geschaffenen Verhältnissen die Schuld. Wenn in Polen in letzter Zeit eine Anzahl deutscher Schulen geschlossen worden sei, schrieb der Kurj. Pozn.,147 so sei dies deshalb geschehen, "weil die Zahl dieser Schulen im Verhältnis zu dem Hundertsatz der deutschen Bevölkerung zu groß war". Es galt als "eine normale evolutionäre Folge der Verhältnisse im Lande, nicht aber, wie es mit dem Schulwesen in Preußen geschieht, als eine Folge politischer Gewalttaten".148 Daß dabei die Dinge in doppelter Hinsicht - für die Volkstumspolitik sowohl Deutschlands wie Polens - auf den Kopf gestellt werden, stört die Presse nicht. Entscheidend ist für sie, daß dem volkspolitischen Ergebnis ein - wenn auch oft sehr dürftiges - Mäntelchen der Rechtfertigung umgehangen wird.

Auf der gleichen volkspolitischen Ebene behandelte die Presse die kirchlichen Fragen der deutschen Volksgruppe. Nicht nach religiös-konfessionellen oder spezifisch kirchlichen Gesichtspunkten richtete die Presse ihren Einsatz aus, sondern allein nach dem Maßstab, welchen Wert die kirchlichen Einrichtungen für die nationale Existenz der deutschen Volksgruppe bildeten.

Zuvor ein kurzer Blick auf die kirchlichen Verhältnisse des Deutschtums in Posen und Westpreußen. Das kirchliche Leben der Deutschen gliedert sich in das evangelische und römisch-katholische Bekenntnis. Die evangelischen Gemeinden waren zur Zeit des staatlichen Hoheitswechsels an die Preußische Landeskirche angeschlossen. Ihr gehört der Großteil [72] des deutschen Volkstums an. Daneben besteht eine starke katholische Gruppe, die ungefähr 1/6 des Deutschtums umfaßt.

"Polen verlangte 1920 die vollständige Loslösung der uniierten Gemeinden von der deutschen Mutterkirche in geistiger wie wirtschaftlicher Beziehung."149 Damit ist einer der Kardinalpunkte zur Entdeutschung der evangelisch-uniierten Kirche genannt. Durch eine Verfügung des polnischen Staates vom 3. Juli 1920 wurde diese Forderung in die Tat umgesetzt. Dabei blieb es aber nicht. Vielmehr wurden rigorose Maßnahmen angewandt, das kirchliche Leben in seinem Kern zu treffen. Kirchliches Eigentum wurde beschlagnahmt, zahlreiche kirchliche Institutionen aufgelöst, Veranstaltungen verboten u. a. m. Alle Bemühungen der Kirchenleitung, den deutschen Charakter der Kirche zu bewahren, hatten nur eine allgemeine Terrorisierung der deutschen Geistlichen zur Folge.

In der gleichen Weise wurde auch gegen die deutschen Katholiken vorgegangen. Es ist schon im ersten Teil der Arbeit darauf hingewiesen worden, daß die Formel polnisch gleich katholisch heute wie früher ihre Gültigkeit hat. Das Vorhandensein deutscher Katholiken ist daher stets von dem polnischen Chauvinismus als überaus lästig empfunden worden, was seinen Ausdruck auch in einer besonders scharfen Gegenpropaganda fand. Fügt man hinzu, welche Führerstellung der polnische Klerus in der polnischen Volkstumsfront einnimmt, so ergibt sich ein Bild der schweren Lage der deutschen Katholiken. Es erübrigt sich fast festzustellen, daß sie unter den gleichen Beschränkungen und Eingriffen in ihr kirchliches Leben zu leiden hatten wie die evangelischen Deutschen.

Die Presse leistet den Unterdrückungsmaßnahmen in allen Fällen eifrig Hilfestellung. Ob evangelisch oder katholisch ist für sie in gar keiner Weise bestimmend. Beide Bekenntnisse werden mit der gleichen Heftigkeit und nach den gleichen Methoden angegriffen. Sie arbeitet fast nach demselben System wie gegen das deutsche Schulwesen. Sie wendet sich einmal gegen den deutschen Einfluß auf kirchlichem Gebiet überhaupt und zum andern betreibt sie eine üble Verfolgung der deutschen Geistlichen. Wieder unterschiebt die Presse ihren Opfern Absichten, die in ihrem eigenen Lager als selbstverständlich gelten und praktisch täglich durchgeführt werden. Auf polnischer Seite strebt man offen oder versteckt nach der Polonisierung der Kirchen - unverzüglich bezichtigt die Presse die deutsche Geistlichkeit "germanisatorischer Absichten". Daß die Presse hier unmittelbar an die Tradition der Vorkriegszeit anknüpfen konnte, kam ihrem Auftreten durch festgeprägte Arbeitsformen sowie durch eine wesentliche Hellhörigkeit der polnischen Bevölkerung zugute. Ein treffendes Beispiel dafür gibt eine Mitteilung der Gazeta Gdanska150 vom 2. 9. 1919, die sich für die Belebung der Erinnerungen an die Vergangenheit von einem polnischen "älteren Geistlichen" folgendes schreiben läßt: [73] "Geistliche Germanisatoren betrieben ihr scheußliches Handwerk und vernichteten in den Herzen ihrer Schäflein die teuersten Schätze des Glaubens". Die Pelpliner bischöfliche

Behörde habe stets nach Berlin und Danzig mehr geschaut als nach Gott und Rom. In Westpreußen sei in der Kirche stets politisiert worden. Man habe ein preußisches Regime gehabt, kein katholisches und habe es noch.

An dieser Einstellung gegenüber deutschen Geistlichen hielt die Presse fest, wobei, wie schon festgestellt wurde, die Konfession unwesentlich blieb. Eine Pressestimme aus dem Jahre 1925, die sich gegen evangelische Geistliche erhebt, soll ein Licht darauf werfen und zugleich zeigen, in welchem Maße das Wirken deutscher Geistlicher der Beobachtung durch die Presse unterlag. Die Mitarbeit an Aufgaben, die mit seelsorgerischen Pflichten zusammenfallen, wird den Geistlichen als Betätigung im Sinne der deutschen Volkstumsarbeit und damit als Zeugnis des Willens, die Kirchen in den Dienst politischer Bestrebungen zu stellen, ausgelegt. Der Angriff richtet sich gegen die deutschen Pastoren Lorenz Berthau in Wollstein und Hermann Löffler in Rackwitz. Beide sind Reichsdeutsche und durch die polnischen Behörden als lästige Ausländer ausgewiesen worden. "Berthau ist," so schreibt der Kurj. Pozn.,151 "trotz seines französischen Namens Preuße und ein erbitterter Feind alles Polnischen. Er verhielt sich herausfordernd, war der Organisator und die Seele aller deutschen Organisationen und stand an der Spitze des Jungfrauenvereins, während seine Ehefrau in der Frauenhilfe den Vorsitz führte. Anstatt Gottes Liebe predigte er Haß und mißbrauchte die Kanzel zu politischen Zwecken. Den polnischen Behörden gegenüber benahm er sich geradezu frech, indem er es z. B. ablehnte, dem Starostenamt eine Nachweisung seiner evangelischen Parochianen vorzulegen". Er habe sich so betragen, um als aus Polen ausgewiesenes "Opfer" eine entsprechend gute Stelle im "Vaterlande" zu erhalten. Gegen Pastor Löffler wird dieselbe Liste von Anschuldigungen vorgelegt und schließlich zusammenfassend der Ausweisungsbefehl damit begründet, daß beide Pastoren ihr Kirchenamt zu politischen Zwecken mißbraucht und die polnischen Staatsbürger deutscher Zunge zur Illoyalität gegen den polnischen Staat angesport hätten und daher als "lästige Ausländer" ausgewiesen werden mußten. Den Gipfel der Heuchelei erklimmt aber der Kurj. Pozn. mit einer abschließenden Bemerkung, die den Gedanken der staatlichen Fürsorge unterstreicht, als ob dieser der alleinige Antrieb für die rücksichtslosen Maßnahmen gewesen wäre: Im Kreise Wollstein gäbe es noch mehrere andere Pastoren, und die Behörden hätten alle Schritte unternommen, "um der Bevölkerung evangelischen Bekenntnisses die ihr zustehende Seelsorge sicherzustellen". Der wahre Grund war von "staatlicher Fürsorge" weit entfernt. Die Ausweisung deutscher Pastoren war bei dem Mangel an Nachwuchs deutscher Theologen darauf berechnet, die deutschen Gemeinden ihrer geistlichen [74] Führung zu berauben,152 eine Zielsetzung, die auch dem Kurj. Pozn. bekannt sein mußte. Für das Deutschtum war es dabei gleich, ob das Schicksal Geistliche mit reichsdeutscher oder polnischer Staatszugehörigkeit traf.

Welche Entrüstung aber zeigt die Presse, wenn einmal auf die schweren Übergriffe polnisch-katholischer Geistlicher zum Zwecke einer Polonisierung der ihnen anvertrauten deutschen Katholiken aufmerksam gemacht wird. Auf die Feststellungen der Zeitung Der Deutsche, die katholische Kirche sei nationalistisch und mißbrauche ihre Macht dazu, die katholischen Minderheiten zu vergewaltigen und zu entnationalisieren, empört sich der Dzien. Pozn.153 "Eine unerhörte Verleumdung! Ist es doch bekannt, daß die polnische Geistlichkeit mit demselben Eifer den polnischen wie den deutschen Katholiken dient."

Trotzdem die Trennung der evangelisch-uniierten Kirche von der deutschen Zentralkirche mit der einseitigen Verfügung der polnischen Regierung Tatsache geworden war, ließ die Leitung des abgesplitterten Kirchenteiles nichts unversucht, um Verständnis für das ihr zustehende Recht zu gewinnen. Auf einer Tagung der evangelischen Kirchen in Upsala im Jahre 1921, auf der auch Polen vertreten war, betonte der Posener Generalsuperintendent Blau für die evangelisch-uniierte Kirche des ehemals preußischen Gebietes die Notwendigkeit des völligen geistigen Zusammenschlusses mit der protestantischen Mutterbehörde in Deutschland und mit der Generalsynode in Berlin. Dieses mutige Auftreten ruft unverzüglich die polnische Presse auf den Plan. Der Kurj. Pozn.154 nennt es eine unerhörte Stellungnahme. Seiner Meinung nach handelt es sich allein um die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Berlin. Die Interessen der Kirche seien dafür ein Vorwand. Die aufgestellten Forderungen aber seien wieder ein charakteristisches Zeichen der angeblichen "deutschen Loyalität".

Wie die Knebelung der kirchlichen Unabhängigkeit hält die Presse auch die Beschränkungen des deutschen Gottesdienstes für gerechtfertigt. Hier deckt die Presse ein Vorgehen der amtlichen polnischen Stellen, das sich nunmehr sogar gegen den Gebrauch der deutschen Muttersprache im gemeinsamen Gebet richtet. Die Klagen gegen die Einführung des polnischen Gottesdienstes in der Jesuitenkirche in Bromberg fertigt der Dzien. Pozn.155 mit der Erklärung ab, daß sich die konfessionelle und nationale Struktur in Bromberg gründlich verändert habe und infolge des Kirchenmangels eine Vermehrung der gottesdienstlichen Handlungen für die polnischen Katholiken notwendig geworden sei.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Presse sich auch nicht gescheut hat, die deutsche Geistlichkeit einer geheimen Verbindung zu [75] reichsdeutschen Stellen zu verdächtigen. Es ist bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen worden (S. 57), wie die Presse das Gerücht von einer angeblichen Zusammenarbeit der deutschen Geistlichen mit den deutschen Konsulaten verbreitete. Bei Betrachtungen über die seelsorgerische Tätigkeit der Geistlichen greift es die Presse ebenfalls auf. Die deutschen Pastoren erhielten geheime Weisungen, schreibt das Słowo Pomorskie,156 nach

denen sie vor allem die ländliche Bevölkerung zu Unterhaltungen an sich locken sollten, um das Deutschtum betreffende Fragen zu besprechen und auf diese Weise nicht nur der Entnationalisierung entgegenzuwirken, sondern auch zur Förderung der deutschen Kultur unter der polnischen Bevölkerung anzuregen. Der deutsche Konsul in Thorn gehe in dieser Kulturarbeit mit gutem Beispiel voran. Die Vorträge, die er halte, seien zwar belehrenden Inhalts, hätten aber durchsichtige Ziele.

In das Kapitel des Presseeinsatzes gegen das deutsche Kulturleben gehört auch das Thema "deutsche Presse", und zwar ist darunter nicht nur die volksdeutsche Presse in Posen und Westpreußen gefaßt, sondern auch die in diesen Gebieten sehr stark gelesene reichsdeutsche Presse.

Es ist nicht verwunderlich, daß die polnische Presse auf diesem Felde eine Leidenschaft bewies, die oft jedes Maß verlor; wurden doch hier ihre ureigensten Interessen berührt. Daß ein Gefühl fachlicher Kollegialität nicht aufkommen konnte, ist durch die Kluft des nationalen Gegensatzes, der in der Presse zum gesteigerten Ausdruck kam, hinreichend begründet. Wie weit rein geschäftliche Erwägungen bei einzelnen Angriffsserien eine Rolle gespielt haben, läßt sich nicht darstellen und ist für die vorliegende Untersuchung auch ohne wesentliche Bedeutung.

Der Schlachtruf, mit dem die polnische Presse gegen die reichsdeutschen Zeitungen zu Felde zog, lautete: "Überflutung Polens durch die reichsdeutsche Presse". "Polenfeindliche Propaganda in den Straßen Posens", schrieben die polnischen Zeitungen. Vor allen anderen reichsdeutschen Zeitungen und Zeitschriften war in erster Linie damit die Berliner Illustrierte Zeitung, die mit einem Ostpreußenroman eine Zeitlang in Polen großes Aufsehen erregte, gemeint. Die polnischen Blätter polemisierten heftig gegen den Vertrieb der Zeitungen, verlangten die Entziehung des Postdebits oder überhaupt, wie im Falle der Berliner Illustrierten ein glattes Verbot. Den Artikeln und Nachrichten in reichsdeutschen Zeitungen über die Lage des Deutschtums in Polen setzten sie zumeist ein Dementi entgegen oder brachten als Erwiderung die Gegenüberstellung der "toleranten polnischen" und der "gewalttätigen deutschen" Volksgruppenpolitik.

War ihre Tonart bei dieser Gegnerschaft schon nicht mehr sachlich zu nennen, so verzichtete die Presse im Angesicht der publizistischen Vertretung der deutschen Volksgruppe von vornherein auf jeden Anspruch von Objektivität. Die deutschen Organe wurden bei Vertretung der [76] deutschen Sache eines "unerhört provokatorischen Tones"157 beschuldigt. Je nach der kämpferischen Haltung wurden die einzelnen deutschen Zeitungen als "loyal" oder "illoyal" beurteilt. Die Polemik, die die polnische Presse in der Sache des "Offenen Briefes" mit den beiden führenden Posener deutschen Organen,

Posener Tageblatt und Posener Neueste Nachrichten anstellte, gibt ein gutes Beispiel dafür. Das letztere Blatt erhielt für seine zustimmende Erklärung eine gute Note. Es sei eine verständige Antwort, schreibt der Kurj. Pozn.158 Der Dzien. Pozn.159 vertritt die gleiche Anschauung. Ganz anders aber ist die Beurteilung des Posener Tageblatts, dessen Antwort auf den "Offenen Brief" eine sachliche, aber feste Zurückweisung enthielt. Der Kurj. Pozn. nennt sie "ein typisches Beispiel des kreuzritterlichen Hochmuts und Hasses gegen die Polen - eines Hasses, der selbst im Angesicht der Majestät des Todes mit zynischer Provokation auftritt," während der Dzien. Pozn. es bei der Kennzeichnung "hakatistisch" bewenden läßt.

Von den in Westpreußen erscheinenden deutschen Zeitungen zog die Pucker Zeitung in Putzig die besondere Aufmerksamkeit der polnischen Presse auf sich. Das Blatt wurde auch in Kreisen der Kaschuben gern gelesen, ein Umstand, der den Polen im Lichte ihrer ethnographischen Ansprüche auf diesen Volksstamm als besonders gefährlich erschien. Die Tätigkeit der Zeitung, ihr Umfang, ihre Verbreitung, ihr Redaktionsstab u. a. m. wurden von der polnischen Presse beobachtet und auch kleine Veränderungen der Öffentlichkeit mitgeteilt. Vor allem aber wurde die positive Aufbauarbeit der Zeitung an dem deutschen Volkstum in seinen Absichten umgedeutet. Die umstürzlerische Arbeit der Pucker Zeitung, läßt sich das Słowo Pomorskie160 vernehmen, beginne den Geist der hiesigen Bevölkerung, der die deutsche Tünche abstreife, zu verzerren, indem sie ihn an den Fundamenten unterminiere. Die Wahrheit war gerade umgekehrt. Die polnische Presse wünschte vielmehr für die ungestörte Polonisierung der Bevölkerung die unbequeme Wachsamkeit der deutschen Zeitung loszuwerden und erhoffte auf Grund ihres Auftretens gegen die Zeitung ein Eingreifen der Behörden.

Die Wachsamkeit und der nationale Kämpfergeist der volksdeutschen Zeitungen waren es, die die polnische Presse zu immer neuen Attacken veranlaßten. Ganze Serien von Beschimpfungen hagelten auf diese deutschen Blätter herab, jede nur mögliche Verletzung journalistischer Pflichten wurde von ihnen behauptet, Charakterlosigkeit und Lügenhaftigkeit ihnen unzählige Male vorgeworfen, und schließlich landete die polnische Presse wieder bei dem immer gleichen Schluß: die deutschen Zeitungen stehen im Dienste der Politik Deutschlands. Sie könnten sich allein nicht halten und würden daher aus Deutschland gestützt, "besonders dort, wohin die [77] deutschen Vergeltungswünsche nicht aufgehört haben sich hinzurichten".161 Die nationale Haltung der Zeitungen äußere sich in einem passiven Widerstand gegen den polnischen Staat, dies aber finde die vollste Anerkennung durch das Deutsche Reich, schreibt das Słowo Pomorskie,162 das durch seine Agenten darüber wache, daß die Fühlung mit der deutschen Volksgruppe bewahrt und die deutschen Expansionsbestrebungen nach dem Osten ungeschwächt erhalten blieben. Offenbar meint die polnische Zeitung,

daß nur die deutschbewußten Organe der Volksgruppe von Berlin aus geleitet würden. Denn es gäbe auch eine Gruppe "loyal gesinnter Deutscher", die sich durch andere deutsche Zeitungen vertreten ließen, denen dafür von Deutschland jegliche Subventionen und jegliches Nachrichtenmaterial gesperrt würden. Der überaus aufschlußreiche Artikel des Słowo Pomorskie enthält im weiteren Verlauf den Vorschlag, eine "versöhnliche" deutsche Presse zu schaffen, die die "loyalen Deutschen" stärken und ihre Zahl vermehren würde. Der Plan enthüllt sich auf den ersten Blick als ein Versuch, die deutsche Volksgruppe zu sprengen, bei dem deutsche Elemente das Mittel zum Zweck sein sollten. Er hätte die Mobilisierung von publizistischen Kräften unter deutschem Namen gegen die kämpferische volksdeutsche Presse und damit gegen die Volksgruppe selbst gebracht. Jedoch ist der Plan im Laufe der Auseinandersetzung zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen.

Am Rande dieser zentralen Gebiete des kulturellen Lebens der Deutschen griff die polnische Presse zahlreiche andere deutsche Kulturwerte an; darunter den öffentlichen Gebrauch der deutschen Sprache. Die Stimmung des Polentums kam der Presse dazu lebhaft entgegen. Es darf daran erinnert werden, daß in dem ersten Jahrzehnt nach dem Weltkriege in deutscher Sprache geführte Unterhaltungen in den Straßen oder Lokalen westpolnischer Städte nicht selten auf den Protest polnischer Bürger stießen. Die Presse nahm sich des Themas an und bemühte sich, die sprachliche Unduldsamkeit in der polnischen Bevölkerung zu steigern oder aufrecht zu erhalten. Da ein Hinweis auf eine Verfolgung der polnischen Sprache unter der einstigen preußischen Verwaltung nicht möglich war - der Gebrauch der polnischen Sprache im Alltag hatte zu dieser Zeit nie einer Beschränkung unterlegen - so zog die Presse die angebliche Unterdrückung der polnischen Muttersprache bei den Polen in Deutschland heran. Der in Posen erscheinende Postęp163 gibt im Jahre 1921 die Schilderung einer Polin wieder, die sich darüber entrüstet, daß eine deutsche Lehrerin mit deutschen Kindern im Posener Botanischen Garten "laute deutsche Gesänge aufführe". Der Postęp fügt hinzu, daß die Erbitterung der in Deutschland noch verfolgten und nach Polen heimkehrenden Polen so gestiegen sei, daß sie nicht noch mehr gereizt werden dürften. "Mögen die Deutschen bei uns damit rechnen und mögen sie nicht den [78] Teufel an die Wand malen," schließt der Kommentar, der nicht den allgemein gültigen Begriffen von Ruhe und Ordnung dienen konnte, sondern nur geeignet war, Öl ins Feuer zu gießen. Auch in den späteren Jahren finden sich Mahnungen an die Polen, die deutsche Sprache als Umgangssprache nicht anzuerkennen. Der Kurj. Pozn.164 hält sich 1927 darüber auf, daß sich die Deutschen "in den Landesteilen, auf die sie Anspruch erheben", nur der deutschen Sprache bedienten und verlangten, daß man ihnen deutsch antworte. "Es wird höchste Zeit, daß man polnischerseits auf dieses herausfordernde Verhalten gebührend antworte," ist die Folgerung. Da das Blatt an der Tatsache nicht vorübergehen kann, daß die Zeit der gröbsten Auswüchse vorbei ist,

appelliert es in den folgenden Worten an das Selbstgefühl der Polen: "Mehr Gefühl für die eigene Würde,... mehr Achtung für unsere Sprache und unsere Sitten im eigenen Lande..."

Es ist dies einer der wenigen Versuche der Presse, neben die Negierung der kulturellen Eigenständigkeit des Deutschtums eine eigene positive nationale Erziehungsarbeit am Polentum zu setzen. Wir finden sie wohl auf anderen Gebieten, so im Wirtschaftsleben, jedoch im Kulturbereich hat die Presse nicht die Tradition der vorkriegszeitlichen Erziehungsarbeit fortgesetzt. Das mußte umso schwerer ins Gewicht fallen als die Verdrängung und Zerstörung der schöpferischen deutschen Kräfte ein kulturelles Absinken des Landes zur Folge hatte. Schon die Angliederung der ehemals deutschen hochkultivierten Länder an die primitiven Gebiete des übrigen Polen brachte es mit sich, daß eine Angleichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Struktur vor sich gehen mußte. Dieser Prozeß hat auf Kosten der deutschen Gebiete stattgefunden. Die Entdeutschung des westlichen Polens hat die Nivellierung verstärkt. Im polnischen Lager ist bewußt an der Herbeiführung dieses Zustandes gearbeitet worden, den man mit der Notwendigkeit, "die Spuren der Teilungen" auslöschen zu müssen, begründete. Die Fortführung dieser Politik brachte das Gesetz vom 1. 2. 1937 über die Änderung der Wojewodschaftsgrenzen, durch das Posen und Westpreußen um größere kongreßpolnische Bezirke erweitert wurden und damit eine weitere Verschlechterung ihrer Lage erlitten. Die Presse hat daraus nicht die Anregung zu einer positiven Arbeit am Polentum geschöpft, sondern ihren Blick starr auf die Niederwälzung des deutschen Kulturstandes gerichtet. Das der Regierung nahestehende Blatt Głos Prawdy165 hatte in besonderer Berücksichtigung der westpreußischen Verhältnisse die Grenzverschiebung schon 1928 gefordert. Die Deutschen befänden sich dort sozial und kulturell in privilegierter Stellung. Dieser Zustand ließe sich zu Gunsten des Polentums nur verbessern durch Einbeziehung der benachbarten Posener und kongreßpolnischen Kreise, "die einen höheren Prozentsatz rein polnischer Bevölkerung... besitzen".

[79] Die polnischen Stimmen, die dem Gedanken Raum gaben, welche kulturellen Nachteile ein solches Verfahren für Polen selbst im Gefolge haben mußte, waren zu spärlich und einflußlos, als daß sie sich Beachtung hätten verschaffen können. Die Oberhand behielten jene Presse und ihre Hintermänner, die - auch um der Schädigung des eigenen Landes willen - die Vernichtung des Deutschtums wollten.

## Anmerkungen:

126Nr. 62. ...zurück...

127Gazeta Narodowa vom 14. 3. 1919. ...zurück...

128Dziennik Bydgoski Nr. 21 vom 27. 1. 1921. ...zurück...

129Dziennik Bydgoski Nr. 94 vom 24. 4.1921. ...zurück...

130s. S. 59 ff. Vgl. ebenso Rauschning: l. c., S. 308 ff. ...zurück...

131Perdelwitz, R.: Die Polen in Deutschland, im Spiegel der polnischen Presse, S. 15. ...zurück...

132Gazeta Gdanska Nr. 147 vom 2. 7. 1927. Die Zeitung erschien in Thorn als Kopfblatt des Dzien. Pomorskie. Sie beschäftigt sich zwar viel mit Danziger Fragen, ist aber nicht als ein Danziger Blatt anzusehen. ...zurück...

133Kurj. Pozn. Nr. 302 vom 4. 7. 1930. ...zurück...

134Posener Tageblatt Nr. 40, 1925. ...zurück...

135Kurj. Pozn. Nr. 66 vom 20. 3. 1925. ...zurück...

136Dzien. Pozn. Nr. 157 vom 13. 7. 1927. ...zurück...

137Dzien. Pozn. Nr. 155 vom 10. 7. 1927. ...zurück...

138Dzien. Pozn. Nr. 11 vom 6. 2. 1921. ...zurück...

139Ostland Jg. 17, Heft 7 vom 15. 4. 1936. ...zurück...

140Dziennik Poranny vom 14. 8. 1935. ...zurück...

141Kurj. Pozn. Nr. 306 vom 9. 7. 1927. ...zurück...

142Kurj. Pozn. Nr. 136 vom 22. 3. 1930. ...zurück...

143Der Abdruck volksverräterischer Aufsätze aus deutschen pazifistischen Zeitungen wurde von der polnischen Presse überhaupt gern geübt. Der Hinweis, daß die Äußerungen aus deutscher Feder kamen, machte daraus eine volkspolitisch gefährliche Waffe. ...zurück...

144Kurj. Pozn. Nr. 312 vom 10. 7. 1930. ...zurück...

145Dzien. Pozn. Nr. 226 vom 30. 9. 1928. ...zurück...

146Dzien. Pozn. Nr. 156 vom 13. 7. 1922. ...zurück...

147Kurj. Pozn. Nr. 312 vom 10. 7. 1930. ...zurück...

148Kurj. Pozn. vom 1. 9. 1931. ...zurück...

149Rauschning, H.: l. c., S. 295 ff. ...zurück...

150Nr. 161. ...zurück...

151Kurj. Pozn. Nr. 36 vom 13. 2. 1925. ...zurück...

152Vgl. Rauschning, H., l. c., S. 299. ...zurück...

153Dzien. Pozn. Nr. 65 vom 19. 3. 1930. ...zurück...

154Kurj. Pozn. Nr. 63 vom 18. 3. 1921. ...zurück...

155Dzien. Pozn. Nr. 65 vom 19. 3. 1930. ...zurück...

156Słowo Pomorskie Nr. 103 vom 6. 5. 1927. ...zurück...

157Kurj. Pozn. Nr. 116 vom 21. 5. 1922. ...zurück...

158Kurj. Pozn. Nr. 105 vom 7. 5. 1922. ...zurück...

159Dzien. Pozn. vom 8. 5. 1922. ...zurück...

160Słowo Pomorskie Nr. 71 vom 27. 3. 1927. ...zurück...

161Kurj. Pozn. Nr. 588 vom 19. 12. 1936. ...zurück...

162Słowo Pomorskie Nr. 296 vom 25. 12. 1927. ...zurück...

163Postęp Nr. 76 vom 24. 4. 1921. ...zurück...

164Kurj. Pozn. Nr. 446 vom 30. 9. 1927. ...zurück...

165Głos Prawdy vom 29. 7. 1928. ...zurück...

# B. Die polnische Volkstumsfront und der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen (Forts.)

# II. Der Einsatz der polnischen Presse gegen die deutsche Volksgruppe seit 1918 (Forts.)

## d) Die Angriffspunkte (Forts.)

### 4. Die Organisation des Deutschtums

Als Posen und Westpreußen in polnische Hände überging, bestanden als Vertretungen des Deutschtums zwei Organisationen, die "Deutsche Vereinigung" und die "Deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft der politischen Parteien".166 Während die "loyale und versöhnliche" Zentralarbeitsgemeinschaft ein getreues Spiegelbild der parteipolitischen Zerrissenheit des damaligen Deutschen Reiches bot und zudem ebenso wie ein Teil der deutschen Presse aus durchsichtigen Gründen von Polen gefördert wurde,167 konnte die "Deutsche Vereinigung" durch ihre nationale Zielsetzung den Zusammenschluß aller anderen deutschen Organisationen erreichen. Die so gebildete neue Organisation war der "Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitsrechte", dessen Bemühungen in der einzigen Aufgabe mündeten, die Rechte der Angehörigen der deutschen Volksgruppe zu schützen.

Sowohl durch den Minderheitenschutzvertrag wie durch die polnische Verfassung war der "Deutschtumsbund" gesetzlich gesichert. Die polnische Verfassung sagte ausdrücklich "den Minderheiten im polnischen Staat die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden" zu, denen gegenüber sich der polnische Staat nur das "Recht der Kontrolle" ihrer Tätigkeit und "der Ergänzung ihrer finanziellen Mittel im Falle der Bedürftigkeit" vorbehielt.168

Polen hat diese Bestimmungen seiner Verfassung nicht eingehalten. Da sein Verhältnis zur deutschen Volksgruppe von seinem Willen bestimmt war, das Deutschtum innerhalb seiner Grenzen zu beseitigen, mußte ihm die Schutzorganisation der Volksgruppe als der gefährlichste Gegner erscheinen. Über die Art seines Vorgehens wird wiederum auf die Schriften von Mornik und Rauschning verwiesen. Die polnische Presse wurde der Schutzarbeit des "Deutschtumsbundes", die sich in einem streng legalen Rahmen vollzog, nicht einmal in Ansätzen gerecht, sondern unterstellte ihm schon bei seinem Entstehen polenfeindliche Absichten. Der Kurj.169 erblickt in jenen Tagen in

der straffen Organisation der Deutschen in Polen eine Gefahr für die ungestörte nationale Entwicklung Polens und [80] stellt ihr Verhalten ohne weitere Beweisführung einem illoyalen und staatsverräterischen Handeln gleich.

Die Instanzen, vor denen der "Deutschtumsbund" die Rechte der Deutschen vertreten konnte, waren einmal der polnische Staat selbst und zum anderen der Völkerbund. Als sich aber der "Deutschtumsbund" nach einer harten Geduldsprobe mit einigen Eingaben über die Behandlung der Deutschen in Polen an das Forum des Völkerbundes wandte, war die polnische Presse auf das höchste darüber entrüstet. Sie bestritt der Organisation nichts geringeres als das Recht, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf eine Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung der Verpflichtungen des Versailler Vertrages zu lenken, da dies nur einem Mitglied des Völkerbundes zustehe.170

Innerhalb der staatlichen Rechtssphäre konnte die Presse nicht nach diesem einfachen Rezept verfahren. Allzu klar stand dem "Deutschtumsbund" die verfassungsmäßige Legitimation zur Seite. Naheliegend aber und ebenfalls erfolgversprechend war die Anzweiflung seiner staatstreuen Haltung. Das Material für die pressepolitische Stimmungsmache lieferten die Behörden, indem sie durch polizeiliche Handlungen den Verdacht der Staatsfeindlichkeit auf die Organisation lenkten. Schon 1919 hatte die Presse derartige Ereignisse auszuwerten verstanden. Das Posener Massenblatt Orędownik171 meldet eine polizeiliche Haussuchung in den Räumen des deutschen Volksrates in Posen, die belastendes Material über eine Zusammenarbeit des Volksrates mit deutschen Militär- und Zivilbehörden ergeben haben sollte. Die Nachricht - dem Aussehen nach mehr eine gerüchtweise Verlautbarung - versieht das Blatt mit einem Kommentar, der die vorherige Vermutung bereits zur festen Tatsache macht: Es hätte eine deutsche Expositur bestanden. Den Haupttrumpf erhielt die Presse zugespielt, als im Jahre 1923 im Rahmen einer schlagartig durchgeführten großen Aktion Haussuchungen und Beschlagnahmungen von Aktenmaterial in den Geschäftsstellen des "Deutschtumsbundes" vorgenommen wurden. Die Räume wurden geschlossen und die Organisation verboten. Das scharfe Auftreten der Polizei erfolgte auf Grund von haltlosen Verdachtsmomenten angeblich wegen einer geheimen Tätigkeit des Verbandes im Dienste des Deutschen Reiches. Trotz des Mangels an Beweisen - das Verfahren wurde jahrelang verschleppt - behandelte die Presse die Anklagepunkte als belegte Tatsachen. Der Dzien. Pozn.172 äußert sich dazu wie folgt:

"Es hat sich nämlich herausgestellt, daß jener 'Deutschtumsbund' nicht nur eine Expositur des in dem 'vorübergehend von Polen besetzten' Gebiete kämpfenden germanischen Revanchegeistes war, sondern die bei den Haussuchungen gefundenen Akten lieferten den [81] unwiderleglichen Beweis einer engen Verbindung der deutschen Konsulate in der polnischen

Republik mit ihm."

Aus dem vorgefundenen Briefwechsel sei ersichtlich, daß die deutschen Konsulate den "Deutschtumsbund" als "ihren integralen Bestandteil" betrachteten.173

Das gleiche Schicksal - zum Staatsfeind Polens erklärt zu werden - erlitt die neugegründete deutsche Organisation, die "Vereinigung der deutschen Abgeordneten in Sejm und Senat". Die Presse entwickelte eine Theorie, nach welcher die "Vereinigung" und der "Deutschtumsbund" in einer Linie die Fortsetzungen des alten Ostmarkenvereins waren. "Das Schild wurde umgemalt," schreibt der Kurj. Pozn.,174 "und nachdem diese Institution (der "Deutschtumsbund") wegen ihrer staatsfeindlichen Betätigung aufgelöst worden war, übernahmen die Agenten des berüchtigten 'Deutschtumsbundes' die 'Vereinigung'..." Wie der Ostmarkenverein, so sei jetzt die anstelle des aufgelösten "Deutschtumsbundes" entstandene "deutsche Vereinigung" sozusagen eine hakatistische Nebenregierung, "die gierig nach Preußen blickt". "Es drängt sich die Frage auf," fährt die Zeitung fort, "wer diese merkwürdige Nebenregierung finanziert. Mögen die maßgebenden Faktoren prüfen, ob dies nicht etwa 'die Hauptregierung' in Berlin ist, die indiskret hinter die Grenze des Nachbarn schaut". Der Dzien. Pozn.175 behauptet die gleichen unerlaubten Beziehungen zu den deutschen Konsulaten nun auch von den Büros der deutschen Abgeordneten und verlangt im Namen der Volksgesamtheit "ein unverzügliches und tatkräftiges Einschreiten der polnischen Regierungsstellen".

Die ständige allgemeine Verdächtigung des deutschen Organisationswesens steigt wie eine Flutwelle an, wenn einer der zahlreichen Prozesse gegen Deutsche zur Verhandlung kommt, die, wegen geringfügiger Vorkommnisse in Gang gebracht, von der Presse zu großen Staatsaktionen aufgebauscht werden, hinter denen die Presse die Organisationen als eigentliche Angeklagte sieht. Das jeweilige Anklagematerial ließ sich unschwer zu diesem Zweck ausbeuten. Ein Beispiel dafür bietet die Gazeta Gdanska,176 die anläßlich eines Verfahrens gegen den deutschen Abgeordneten Graebe schreibt:

"Die Bromberger Deutschen, die organisatorisch mit Pommerellen verbunden sind, haben - darüber geben wir uns keiner Täuschung hin - dazu beigetragen, eine polenfeindliche Aktion jenseits der Grenzen zu entfesseln... Der Bromberger Prozeß des früheren Abgeordneten des Deutschen Klubs, Kurt Graebe, hat in dieser Hinsicht sensationelles Material gebracht..."

[82] Wie auf den übrigen Lebensgebieten, so war auch auf dem politischen Sektor die Führung der deutschen Volksgruppe dem stärksten Druck ausgesetzt. Nicht nur, daß über ihr unaufhörlich die Willkür des polnischen

Staates stand, der durch Verhaftungen, Vernehmungen, Strafverfahren und eine skrupellose Verschleppung der Prozesse die Zertrümmerung der deutschen Führung zu erreichen hoffte, mußte sie obendrein die Verleumdungen und Beschimpfungen der Presse über sich ergehen lassen. Die Beseitigung der deutschen Führerschaft hatte der Dzien. Pozn.177 schon in der Umsturzzeit angestrebt. Er hatte damals als Vergeltung für die angebliche Internierung von Polen in Deutschland empfohlen, hervorragende deutsche Persönlichkeiten verhaften zu lassen. Später wandte die Presse ihre Aufmerksamkeit den deutschen Abgeordneten zu. Diese in der vordersten Linie der deutschen Volksgruppe stehenden Männer wurden von der Presse ohne Rücksicht auf ihre Abgeordneteneigenschaft verfolgt und verleumdet, als ob sie sich krimineller Handlungen schuldig gemacht hätten. Ihr Einfluß auf die Deutschen wurde als überaus störend im Sinne der polnischen Staatsraison empfunden. Der Dzien. Pozn.178 berichtet von dem "schon berühmten" Abgeordneten Naumann, der die Stütze des Hakatismus im Kreise Schubin sei. "Wenn Naumann nicht wäre, würde der Kreis Schubin sicherlich wieder ganz polnisch werden". Den entscheidenden Wert legte die Presse darauf, die Ernsthaftigkeit der freiwilligen Loyalitätsbekenntnisse der Abgeordneten zu erschüttern. Die Möglichkeit hierzu erblickte sie entsprechend ihrem Vorbringen gegen die deutschen Organisationen einmal mehr in einer Verbreitung von Gerüchten über geheime Verbindungen der Abgeordneten mit Berlin. Als neuer Gedanke wird der von der Verteilung aus Deutschland fließender, für politische Zwecke bestimmter finanzieller Unterstützungen angewandt. Mittelsmänner dafür sollen die Abgeordneten Graebe und Naumann sein. "Der sogen. Oberstleutnant Kurt Graebe," schreibt Gazeta Gdanska,179 "spielt sicherlich die Rolle eines ausgezeichneten Hauptkassierers der - sagen wir es deutlich - Reptilienfonds, die die deutsche Propaganda in ununterbrochenem Strom in verschiedener Form in unser Land einführt..."

In Ergänzung zu diesen bedrohlichsten, weil gegen die Fundamente der deutschen Organisation gerichteten Vorstößen verbreitete die Presse laufend Nachrichten verschiedenen Inhalts, die die Staatsgefährlichkeit der "deutschen Vereinigung" glaubwürdig machen sollten. Alle ihre Tätigkeit sei "geheime Minierarbeit", die "angeblich so schwachen Verbindungsfäden mit Deutschland" seien stark genug, um Geld und politische Verhaltungsmaßregeln für die Deutschen von Berlin nach Polen gehen zu lassen.180 Oder Słowo Pomorskie181 veröffentlicht eine Notiz über [83] das unter den Deutschen musterhaft ausgebaute Nachrichtennetz. Besondere Kuriere würden die Vertrauensleute über alle Maßnahmen des Deutschtums und vor allem die deutsche Fraktion für neue Beschwerden im Sejm unterrichten. Der Kurj. Pozn. berichtet wiederum verschiedentlich von einer besonderen "Taktik der Deutschen". Einmal wollen sie die internationale Lage benutzen, um möglichst weitgehende Forderungen aufzustellen,182 doch einige Jahre später glaubt der Kurj. eine große Wandlung in dieser Taktik

bemerken zu können. Während früher die zahlreichen deutschen Organisationen ihre Lebenskraft nach außen verrieten, ziele heute die deutsche Taktik ausdrücklich dahin, "die Aufmerksamkeit möglichst wenig auf die Tätigkeit der Deutschen in Polen, ihre Organisationen und Politik zu lenken".183

In dieses Kapitel gehören auch die Wahlkämpfe für die Stadtparlamente und für Sejm und Senat, die ja seitens des Deutschtums unter der Leitung ihrer Organisation durchgefochten wurden. Die von den polnischen Parteien in den Westgebieten während der Wahlvorbereitungen angestellten Versuche zu einer polnischen Einheitsfront zu kommen, gingen mit einem deutlichen Seitenblick auf das Deutschtum vor sich. Von den Wahlen zu dem Sejm seien die vom März 1928 herausgegriffen. In den Wochen vorher hatten alle Anstrengungen, zu einer polnischen Einheitsliste zu kommen, keinen Erfolg gehabt. Słowo Pomorskie184 versucht die Schuld an der Aufspaltung des Polentums in Westpreußen in mehr als 10 Wahllisten den Deutschen zuzuschieben, die dem Ausland beweisen wollten, daß Westpreußen "verdeutscht sei und daß die deutschen Ansprüche auf seine Rückgabe an Deutschland begründet seien". Nachdem die Wahlen einen deutschen Gewinn ergeben hatten, erhob sich ein Sturm der Entrüstung im polnischen Lager. Die Zeitungen verschiedener Richtungen gerieten heftig aneinander, um sich gegenseitig für den Fehlschlag verantwortlich zu machen.185 Das Kennzeichnende ist nicht das parteipolitische Gezänk, das sich nunmehr entspinnt, sondern die allerseits gleichmäßig vorhandene Eilfertigkeit der Zeitungen, die "deutsche Gefahr" nun auch im innerpolitischen Leben als bedrohlich erscheinen zu lassen. Deshalb wird eine Tatsache von den Zeitungen trotz aller Peinlichkeit herausgehoben, daß nämlich sich nicht nur die westpreußischen Kaschuben für die deutschen Listen entschieden hätten, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit sich selbst Polen zu den deutschen Kandidaten bekannt haben müßten.186

Der gewaltige Vormarsch des Nationalsozialismus in Deutschland und sein Eindringen in volksdeutsche Kreise stellt auch die polnische Presse vor eine neue Lage. Wenn sie schon seit Jahren mit wachsendem Mißtrauen [84] die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung im Reich verfolgt hatte, so war dies vor allem deshalb geschehen, weil sie die Auswirkungen des Nationalsozialismus in der Gefahr des erstarkenden Revisionismus gesehen hatte, d. h. also in einer Aktivierung der staatspolitischen Bestrebungen des Reiches im Hinblick auf die abgetrennten Gebiete.

Kurj. Pozn.187 entnimmt unter der Überschrift "Naziversammlungen unter den Volksdeutschen in Polen" im Jahre 1932 dem Völkischen Beobachter den Bericht eines reichsdeutschen Nationalsozialisten von einer Vortragsreise bei den Volksdeutschen in Posen und Westpreußen. Sätze, in denen von den Wünschen der Volksdeutschen nach Befreiung aus der Hand

der Polen die Rede ist, wertet der Kurj. nun für seinen Zweck aus. Die rein private Stellungnahme des deutschen Artikelschreibers erklärt er als die eigentliche Gesinnung des Deutschtums, alle bisherigen Loyalitätsversicherungen der deutschen Organisationen gelten ihm als falsch. Mehr denn je ist es für ihn eine abgemachte Sache, daß die Deutschen eine staatsfeindliche Aktion mit dem Ziele der Losreißung der westlichen Landesteile vom polnischen Staatsgebiet beabsichtigen.

Der völkische Gehalt des nationalsozialistischen Gedankengutes und seine Anziehungskraft auf alle Deutschen ist als volkspolitischer Machtfaktor von der Presse erst spät begriffen worden. Dann allerdings stellte sie fest, daß "der Rest der Deutschen, der nach dem Kriege in Polen zurückblieb und zur Assimilierung geneigt war," aus seiner Erstarrung erwachte und die Neugeburt der völkischen Gemeinschaft erlebte.188 Umso erbitterter richtete sich die Presse gegen jede Erscheinung im Leben der Volksgruppe, die eine Beziehung zum Wesen des Nationalsozialismus zu haben schien.

Einen hinreichenden Anlaß dafür boten die großen Prozesse gegen Mitglieder deutscher Organisationen, die seit 1935 einsetzten. Wegen "Geheimbündelei" oder "politischer Schulung" werden deutsche Institutionen aufgelöst und ihre Angehörigen vor Gericht gestellt. Am meisten wird das Deutschtum in Oberschlesien davon betroffen, aber die Presse in Posen und Westpreußen berichtet so eifrig von den einzelnen Strafverfahren, daß der gesteigerte Verfolgungswille auch auf diese Landesteile übergreift. Die Behörden arbeiten dabei der Presse in die Hand. Im Jahre 1936 werden in Westpreußen einige Ortsgruppen der "Deutschen Vereinigung" aufgelöst, und die Presse hat Gelegenheit, "Beispiele für die gegen Polen gerichtete Tätigkeit der Deutschen" anzuführen. Der Kurj. Pozn.189 schreibt von geheimen und verschwörerischen Zusammenkünften in Privatwohnungen, von aufgefundenen deutschen militärischen Vorschriften, von einer engen Zusammenarbeit mit der Danziger SA, u. a. m. In Wahrheit ist es der zu neuem Leben erweckte völkische Geist in den deutschen Organisationen, den die Presse wie die führenden Kräfte der polnischen Volks- [85] tumsfront mit steigender Besorgnis betrachten. In dem Konitzer Prozeß gegen eine Reihe meist jugendlicher Deutscher spricht der Richter den eigentlichen Grund aus: "Der polnische Staat wünscht nicht, daß sich auf seinem Gebiet die nationalsozialistische Weltanschauung verbreitet".190 Die Presse gibt der gleichen Meinung Ausdruck, wenn sie erklärt, daß es nicht um die Tatsache des Bestehens und der Vernichtung der Geheimbündelei selbst gehe.

"Es geht vielmehr um diese unterirdischen Ströme,... die unter der Oberfläche der kleinen, aber beweglichen deutschen Volksgruppe geleitet werden...."191

Ebenso wenig blieben die wirtschaftlichen Verbände der Deutschen von der Presse verschont. Vor allem vor dem Erscheinen des Nationalsozialismus

wird ihnen manchmal sogar eine höhere Bedeutung als den politischen Organisationen zugemessen, - kein Wunder bei der starken Einengung des politischen Lebens der Deutschen. Słowo Pomorskie192 vermutet hinter den deutschen Wünschen nach einem Ausbau ihrer Wirtschaftsorganisationen einen geheimen Plan, der den Deutschen Einfluß im kommunalen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Polens verschaffen soll. Das Ende würde der Versuch sein, die Westgebiete von Polen abzutrennen. In den Leitungen der Verbände säßen "lauter verbissene Hakatisten", bemerkt die Briesener Zeitung Głos Wąbrzeski,193 die in einem Artikel gegen die "Maulwurfsarbeit der deutschen Genossenschaften" wettert und damit besonders den "Briesener Vorschußverein" und den "Landbund" meint. Zu diesen alten Klängen gesellt sich als neuer Ton die Nachricht, daß der Direktor des "Vorschußvereins" mit einigen Mitgliedern der Genossenschaft in "dienstlichen Angelegenheiten" nach Danzig gefahren sei, um an einem "Kongreß der Nationalsozialisten als Vertreter zweier Hitler-Ortsgruppen in Polen (sicherlich aus dem Kreise Briesen)" teilzunehmen. Dieser reichlich fragwürdigen Geschichte haftet sichtbar der Wunsch an, die deutschen Wirtschaftseinrichtungen mit politischen Vorgängen in Verbindung zu bringen, um sie dadurch dem Zugriff der Behörden reif zu machen. Der Dzien. Pozn.,194 der die Meldung des vorgenannten Blattes aufgegriffen hat, bemerkt dazu, daß niemand den Deutschen die Arbeit in den eigenen Wirtschaftsorganisationen unmöglich machen wolle, daß aber die polnische Duldsamkeit ein Ende nehmen müsse, wenn diese politischen Zwecken zugeführt würden - und verrät damit die tiefere Absicht der Zweckmeldung.

Eine gänzlich andere Kampfart wandte die Presse gegen das ausgedehnte deutsche Vereinswesen an. Die politische Harmlosigkeit deutscher Geselligkeitsvereine war zwar allenthalben bekannt, hielt aber die Presse [86] nicht davon zurück, dies durch teils versteckte teils offene Andeutungen in Zweifel zu ziehen. Die Versuche des Dzien. Pozn.195 z. B., an den rein gesellig-kulturellen Bestrebungen des deutschen Männergesangvereins "Harmonie" in Jarotschin herumzudeuteln, sind trotz ihrer Fadenscheinigkeit ganz ernst zu nehmen. Da die Zeitung, um den mageren Inhalt auszugleichen, Worte des Dichters Mickiewicz zitiert, u. a.: "Das kreuzritterliche Reptil wird niemand besänftigen, weder Gastfreundschaft, noch Bitten, noch Gaben —," so ist zu erwarten, daß die Nachricht auch ihre zustimmende Leserschaft gefunden hat. Überhaupt hielt die Presse den geselligen Verkehr zwischen Deutschen und Polen im Rahmen ihrer Vereinstätigkeit für schädlich. Der nationalen Gegensätzlichkeit wurden zwar damit die ärgsten Stacheln gezogen und der Boden für eine vernünftige Aussöhnung bereitet, - aber gerade dies widersprach völlig den Wünschen der Presse. In einer Zuschrift, die ebenso gut in der Zeit vor dem Weltkriege hätte erscheinen können, wendet sich die Posener Arbeiterzeitung Prawda196 gegen die polnische Schützengilde in Exin, die "bekannte deutsche Hakatisten" als Gäste bei einer Veranstaltung hatte. "Schande Euch

Schützen in Exin!", ruft die Zeitung aus. Im Verfolg dieses gesellschaftlichen Boykotts beobachten sich die polnischen Blätter gegenseitig scharf auf ihre Haltung im Verkehr mit deutschen Kreisen. Kommt es einmal vor, daß ein polnisches Blatt einen Mitarbeiter zu dem Fest eines deutschen Vereins entsendet und ihn Grüße in deutscher Sprache überbringen läßt, so fährt die Presse auf: Dies sei geradezu unglaublich; aber das Blatt - gemeint ist das Słowo Pomorskie - sei ja dadurch bekannt, daß es in der Regel mit dem Wort und der Tat in Zwiespalt stehe.197

Die Darstellung des Presseeinsatzes gegen die deutschen Organisationen wäre nicht abgeschlossen, wenn nicht der Mittlerrolle der polnischen Presse bei dem Auftreten der polnischen Gegenorganisationen Erwähnung getan würde. Sie werden laufend von der Presse durch Hinweise auf ihre Veranstaltungen, wie Tagungen, Ratssitzungen, Demonstrationsumzüge, Propagandawochen usw. unterstützt. Mit Vorliebe veröffentlicht die Presse aber Proklamationen und Entschließungen der polnischen Kampfverbände, von denen hier außer dem Westverband nur noch das "Lager des Großen Polen" genannt seien. Im allgemeinen wurden diese Verlautbarungen ohne Kommentar wiedergegeben. Sie wirkten in der Tat allein durch die Schärfe ihres Tones und die Unversöhnlichkeit ihres Inhalts. Bei besonderen Anlässen finden sich aber in der Presse Betrachtungen zur Tätigkeit der Verbände. Als das "Lager des Großen Polen" im September 1932 "wegen Gefährdung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung" für Westpreußen aufgelöst wurde, sprach der Kurj. Pozn.198 an auffallender Stelle sein [87] Bedauern darüber aus. Das "Lager" habe als seinen Hauptzweck die Vertiefung der polnischen Kultur in Pommerellen und die Aufklärung seiner Mitglieder über die deutsche Gefahr betrachtet. Deutsche, Juden und alle umstürzlerischen Elemente seien seine größten Gegner gewesen. Mit ihm sei ein großer organisatorischer Kraftaufwand durchgestrichen worden. Welcher Art der "Kraftaufwand" war, dessen Ende der Kurj. Pozn. beklagt, geht aus dem amtlichen Auflösungsdekret hervor, in dem festgestellt wird, daß sich die Mitglieder des "Lagers" u. a. die Verbreitung des Hasses und die Aufwiegelung der verschiedenen Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander hätten zuschulden kommen lassen. Ähnliche warme Worte widmet der Dzien. Pozn.199 dem Westmarkenverband zur Feier seines zehnjährigen Bestehens. Für die propagandistisch am besten gelungene Aufgabe hält die Zeitung die "Propagandamonate", denen die Presse ihre volle Unterstützung geliehen hatte. Den Schluß seines Festartikels versieht der Dzien. Pozn. mit folgender Werbung: "Dem Westmarkenverein sollte jeder Pole angehören, jeder Sohn unseres Vaterlandes, jede Tochter sollte diesem großen Werk mit Hilfe und Arbeit beispringen."

# Anmerkungen:

166vgl. Rauschning, H.: l. c., S. 41 ff. und S. 57 ff.; ebenso Mornik: l. c., S. 108 ff. ...zurück...

167Rauschning, H.: l. c., S. 58. ...zurück...

168Art. 109. ...zurück...

169Kurj. Pozn. Nr. 91 vom 21. 4. 1921. ...zurück...

170Kurj. Pozn. Nr. 116 vom 21. 5. 1922. ...zurück...

171Orędownik Nr. 57, 1919. ...zurück...

172Dzien. Pozn. Nr. 14 vom 17. 1. 1924. ...zurück...

173vgl. hierzu Mornik: l. c., S. 110 ff., wo das Ergebnis des späteren Prozesses wiedergegeben ist. ...zurück...

174Kurj. Pozn. Nr. 442 vom 26. 9. 1928. ...zurück...

175Dzien. Pozn. Nr. 14 vom 17. 1. 1924. ...zurück...

176Gazeta Gdanska Nr. 3 vom 6. 1. 1931. ...zurück...

177Dzien. Pozn. Nr. 90 vom 17. 4. 1919. ...zurück...

178Dzien. Pozn. Nr. 198 vom 28. 8. 1924. ...zurück...

179Gazeta Gdanska Nr. 4 vom 8. 1. 1931. ...zurück...

180Kurj. Pozn. Nr. 107 vom 11. 5. 1922. ...zurück...

181Słowo Pomorskie Nr. 103 vom 6. 5. 1927. ...zurück...

182Kurj. Pozn. Nr. 200 vom 30. 8. 1924. ...zurück...

183Kurj. Pozn. Nr. 193 vom 26. 4. 1928. ...zurück...

184Słowo Pomorskie Nr. 40 vom 18. 2. 1928. ...zurück...

185Dzien. Pozn. Nr. 58 vom 10. 3. 1928 f. d. Regierung; Kurj. Pozn. Nr. 108 vom 6. 3. 1928 für die ND. ...zurück...

186Słowo Pomorskie Nr. 54 vom 6. 3. 1928. ...zurück...

187Kurj. Pozn. Nr. 260 vom 10. 6. 1932. ...zurück...

188Ostland Jg. 17, Nr. 7 vom 15. 4. 1936. ...zurück...

189Kurj. Pozn. Nr. 131 vom 19. 3. 1936. ...zurück...

190Völkischer Beobachter Nr. 190 vom 9. 7. 1937. ...zurück...

191Kurj. Pozn. Nr. 560 vom 2. 12. 1936. ...zurück...

192Słowo Pomorskie Nr. 102 vom 5. 5. 1927. ...zurück...

193Głos Wąbrzeski vom 10. 11. 1932. ...zurück...

194Dzien. Pozn. Nr. 261 vom 12. 11. 1932. ...zurück...

195Dzien. Pozn. Nr. 51 vom 3. 3. 1925. ...zurück...

196Prawda Nr. 137 vom 15. 6. 1924. ...zurück...

197Dzien. Pozn. Nr. 150 vom 5. 7. 1927. ...zurück...

198Kurj. Pozn. Nr. 140 vom 27. 9. 1932. ...zurück...

199Dzien. Pozn. Nr. 240 vom 18. 10. 1932. ...zurück...

88]

## C. Schlußbetrachtung

Die vorliegende Untersuchung dokumentiert an Hand zahlreicher Zitate den Willen der polnischen Presse, ein eigenständiges deutsches Volkstum innerhalb der polnischen Grenzen nicht zu dulden. Was uns entgegentritt - es sei nochmals betont - ist ein mit absoluter Einheitlichkeit vorgetragener Presseangriff gegen das Deutschtum, der daneben kein anderes Ziel kennt.

Zusammenfassend sei das Kennzeichnende daraus vorgetragen:

Die Presse bleibt nach 1918 weiterhin in hohem Grade volkspolitisch ausgerichtet. Auch in den Methoden versucht man, an die Vorkriegszeit anzuknüpfen.

Die veränderten Verhältnisse, das Herr-Sein im eigenen Staat, haben die Bedingungen der ehemaligen Pressepolitik beseitigt.

Daher muß die Presse zunächst den Boden für die praktische Entwicklung der antideutschen Absichten schaffen, d. h. ihr Einsatz geht bewußt darauf aus, in der polnischen Bevölkerung neue Vorstellungen über das Deutschtum in der Form von Gefährdungs- und Vergeltungsgedanken zu erzeugen.

Auf Grund der gebildeten Meinung kann die Presse dann volkspolitische Forderungen stellen, die sich sowohl an das Polentum wie an die polnische Staatsführung richten.

Gegenüber der Staatsführung spielt die Presse eine doppelte Rolle. Gestützt auf den Gegensatz Posens und Westpreußens zu Warschau ist sie der Regierung eine ewig unzufriedene Mahnerin; gleichzeitig ist sie aber damit auch die erste Handlangerin der amtlichen antideutschen Volkstumspolitik. Ihr Radikalismus zwingt schließlich der Regierung die Übernahme eines Programmes auf, das sich weitgehend mit den Anschauungen der westpolnischen Nationaldemokratie deckt. Zugleich erweitert sie dadurch den Einfluß der Nationaldemokratie in der polnischen Bevölkerung.

Die Feststellung, daß die polnische Presse in zwei Jahrzehnten polnischer

Herrschaft eine gleichmäßige stete Feindschaft zur deutschen Volksgruppe bewiesen hat, reicht allein nicht aus, um das Ergebnis ihrer Arbeit zu werten. Denn der gleiche Geist der Gegnerschaft gegen alles Deutsche hat auch einst die Presse unter dem preußischen Regime beherrscht. Doch [89] es darf nicht übersehen werden, daß sie in jener Zeit auch eine große Kraft am Erziehungswerk ihres Volkstums war; freilich mit Mitteln, die sich an der Leistung und nationalen Arbeit des Gegners maßen und in der Hauptsache aus dem nationalen Gegensatz ihre Kräfte zogen. Trotzdem: dieser Einsatz hat den Aufbau des polnischen Volkstums gefördert, das "polnische Gemeinwesen im preußischen Staat" war nicht zuletzt eine Frucht der Erziehungsarbeit der polnischen Presse.

Demgegenüber bietet die Presse der Nachkriegszeit das Bild einer grellen Einseitigkeit der publizistischen Arbeit am vorliegenden Problem. Die Bewertung muß nach folgenden Gesichtspunkten vor sich gehen:

Die Presse hat auf die Vernichtung des Deutschtums hingearbeitet, nichts aber für die Belebung der Kräfte des eigenen Volkstums getan. Sie war zwar an der Bildung der polnischen Volkstumsfront entscheidend beteiligt. Doch diese Front beruhte auf einer Gemeinsamkeit, die sich in dem Willen zur Beseitigung des Deutschtums erschöpfte. Der proklamierte Zerstörungswille war der einzige Beitrag der Presse zur nationalen Einheit. Ihre gleichzeitigen Angriffe gegen die Staatsführung haben im Wesentlichen ihren parteiegoistischen Zielen, aber nicht dem polnischen Staat gedient.

Die Presse hat jedes staatliche Zusammenleben mit den Deutschen vereitelt. Das gleiche Recht der Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit anzuerkennen, war bei ihr nicht einmal in Ansätzen vorhanden.

Ein Zusammengehen aller Kräfte zur gemeinsamen Arbeit am Aufbau des Staates wurde von ihr nicht nur nicht gefördert, sondern - im vollen Bewußtsein der Schädigung des Allgemeinwohls - nach Möglichkeit hintertrieben.

Die Presse hat durch ihr feindseliges Verhalten jede Möglichkeit, zu einem ehrlichen Ausgleich mit dem Deutschtum und schließlich mit dem Deutschen Reich zu gelangen, zu ihrem Teil zu verhindern gesucht.

Ihre ganze publizistische Tätigkeit hat keine positiven Werte geschaffen, sondern sich lediglich in einem blinden, engstirnigen Negativismus erschöpft. Sie hat sich damit letztlich als Schädling am eigenen Volk und Staat erwiesen. Ihre schwere Schuld war es mit, daß Polen seine Verpflichtungen gegenüber der deutschen Volksgruppe gebrochen und dafür ein Regiment der Willkür und Rechtlosigkeit eingerichtet hatte, das in den Septembertagen 1939 im Namen der Gerechtigkeit sein Ende fand.

[90]

# D. Literatur-Verzeichnis


Altkemper, Dr., Johannes: Deutschtum und Polentum in politisch-konfessioneller Bedeutung. Leipzig 1910.

Bernhard, Ludwig: Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen. München und Leipzig 1920. 3. Aufl.

Bülow, Hans: Deutsche Politik. Berlin 1916.

Delbrück, Hans: Die Polenfrage. Berlin 1894.

Fuchs, Werner: Der neue Polenspiegel. Selbstzeugnisse polnischen Eroberungswillens. Berlin 1930.

Günzel, Walter: Die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen zur Zeit der Kanzlerschaft Bülows 1900-1909. Diss. Lepizig 1933.

Jakowski, Stanislaw: "Die polnische Presse in Vergangenheit und Gegenwart" in: Zeitungswissenschaft, Nr. 8, 12. Jahrgang vom 1. 8. 1937.

Knorr, Emil: Die polnischen Aufstände seit 1830 in ihren Zusammenhängen mit den internationalen Umsturzbestrebungen. Berlin 1880.

Laubert, Manfred: Deutsch oder slawisch? Kämpfe und Leiden des Ostdeutschtums. Berlin 1928.

— Die preußische Polenpolitik von 1772-1914. Berlin 1920.

— Nationalität und Volkwille im preußischen Osten. Breslau 1925.

Lück, K.: Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Posen 1938.

Massow, W. von: Die Polennot im deutschen Osten. Berlin 1908.

Mornik, Stanislaus: Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen. Berlin und Leipzig 1931.

Müller, Bernhard: Der Kampf zwischen politischem Katholizismus und Bismarcks Politik im Spiegel der Schlesischen Volkszeitung. Breslau 1929.

— Nationalpolnische Presse, Katholizismus und katholischer Klerus. Ein

kirchen- und zeitgeschichtlicher Ausschnitt aus den Tagen des Großkampfes zwischen Deutschtum und Polentum in den Jahren 1896-1899. Breslau 1931.

Perdelwitz, Dr. Richard: Die Posener Polen von 1815-1914. Ein Jahrhundert großpolnischer Ideengeschichte. Sonderheft der Grenzmärkischen Heimatblätter. 1936.

— Die Polen in Deutschland im Spiegel der polnischen Presse. Herausgegeben vom Grenzmarkdienst Posen-Westpreußen (1932).

Rauschning, Dr. Hermann: Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik. Berlin 1930.

Recke, Walter: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927.

Roß, Friedrich: Polnische Kampfverbände und Propaganda-Institute. Herausgegeben vom Bund Deutscher Osten. Königsberg Pr. 1935.

Schomacker, Dr., Joachim: Politische Wissenschaft in Polen und ihre Organisation. Herausgegeben vom Bund Deutscher Osten. Berlin 1939.

Sczeponik, Thomas: Die Gewissensnot der deutschen Katholiken in Polen. Kattowitz 1927.

Wagner-Vosberg: Der Polenspiegel. Die Umtriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse. Berlin 1908.

Osteuropäische Lageberichte, herausgegeben vom Institut für Osteuropäische Wirtschaft, Königsberg Pr.

Ostland: Jahrbuch für ostdeutsche Interessen. Lissa in Pr., 1913.

Ostland-Berichte. Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig.

Ostland: Zeitschrift. Herausgegeben vom Bund Deutscher Osten.

Gesamtüberblick über die polnische Presse. Berlin 1919-1938.

# Zeitungen

Deutsche Presse:

1Deutsche Nachrichten, Posen.
2Deutsche Rundschau in Polen, Bromberg.
3Freie Presse, Lodsch.
4Posener Tageblatt, Posen.
5Völkischer Beobachter.

Polnische Presse:

1Dziennik Bydgoski.
2Dziennik Kujawski.
3Dziennik Poranny.
4Dziennik Poznański.
5Gazeta Gdanska.
6Gazeta Narodowa.
7Gazeta Powszechna.
8Gazeta Posnańska.
9Gazeta Toruńska.
10Głos Pomorski.
11Głos Poranny.
12Głos Prawdy.
13Kurjer Poznański.
14Orędownik.
15O.S.A.
16Postęp.
17Prawda.
18Słowo Pomorskie.
19Wielkopolanin.